OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Oktober 2019

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2019

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 21. Oktober 2019

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 3

Globale Konjunkturaussichten trüben sich weiter ein 5

CESEE: Starke Investitionsdynamik im Jahr 2019 gefolgt von Wachstumsabschwächung 2020 und 2021 - Anhaltend gedämpftes Wachstum in Russland 13

Österreich: Robustes Dienstleistungswachstum federt Ende der Industriekonjunktur ab 20

Geringfügig reduziertes Periodenergebnis im 1. Halbjahr 2019 für Österreichs Banken 27

Österreichs Beitrag zum Geldmengenwachstum im Euroraum entwickelt sich weiterhin überdurchschnittlich 29

Annex 32

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 22. August bis 16. Oktober 2019 33

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 38

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Zunehmende Handelshemmnisse, gepaart mit einer hohen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der weltweiten Handelsbeziehungen sowie anhaltende geopolitische Spannungen trüben die globalen Konjunkturaussichten weiter ein. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase des Abschwungs, der bereits 2018 einsetzte. Ausschlaggebend für die Abschwächung des Wachstums sind vor allem die starke Verlangsamung in der Dynamik des Welthandels und der Industrieproduktion. Das weltweite Handelsvolumen soll der aktuellen IWF-Prognose zufolge im Jahr 2019 lediglich um 1,1% wachsen, und damit um 2,3 Prozentpunkte geringer als noch im Frühjahr angenommen. Das Wirtschaftswachstum wurde viel geringer revidiert – um 0,1 Prozentpunkte auf +1,7% für die Industrieländer und um 0,5 Prozentpunkte auf +3,9% für die Schwellenländer. Die Wachstumsaussichten für die USA wurden hingegen aufgrund der Zinsschritte der FED und des im Sommer verabschiedeten Haushaltsplans sogar leicht nach oben auf +2,4% revidiert.

Der Brexit ist nach wie vor der bestimmende Unsicherheitsfaktor in Europa. Da die von Premierminister Johnson mit der EU erzielte Einigung am 19.10. vom britischen Parlament abgelehnt wurde, geht die Unsicherheit weiter. Die Wirtschaft im Euroraum verlor vor dem Hintergrund der schwächeren weltwirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Quartal 2019 an Schwung. Das Wachstum betrug nur noch 0,2% (nach 0,4% im ersten Quartal). Zurückzuführen ist das schwache Wachstum vor allem auf Deutschland (-0,1%) und Italien (0,0%). Die beiden anderen großen Euroraumländer Spanien (+0,5%) und Frankreich (+0,3%) befinden sich hingegen auf einem positiven Wachstumstrend. Die Arbeitsmärkte in den Euroraumländern entwickeln sich trotz der Wachstumsverlangsamung noch sehr positiv. Die Arbeitslosenquote im Euroraum fiel im August weiter und belief sich auf 7,4%, nach 7,5% im Juli. Die Inflation im Euroraum sinkt energiepreisbedingt ebenfalls weiter und kam im September bei 0,8% zu liegen. Die EZB geht in ihrer Prognose vom September von einer Inflationsrate von 1,2% im Jahr 2019 und 1,0% im Jahr 2020 aus. Die Inflationsprognosen der meisten anderen Prognoseinstitutionen für 2020 liegen etwas höher, der IWF erwartet in seiner aktuellen Prognose für nächstes Jahr einen Anstieg des Preisniveaus im Euroraum von 1,4%.

Die schwache Entwicklung im Euroraum dämpft auch die Wachstumsaussichten für die mittel- und osteuropäischen Länder. Für die CESEE-6-Länder wird eine bedeutende Abschwächung des BIP-Wachstums von 4,4% im Jahr 2018 auf 3,9% im Jahr 2019 erwartet.

Das Auslaufen der in den Jahren 2015 bis 2018 sehr starken Industriekonjunktur dämpft zusehends das Wachstum in Österreich. Im zweiten Quartal 2019 sank das reale BIP-Wachstum auf 0,3% gegenüber dem Vorquartal - das schwächste Wachstum seit mehr als vier Jahren. Dafür zeichnet die exportorientierte Industriekonjunktur verantwortlich, während die mehr binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungssektoren nach wie vor robust wachsen. Ein Update des im August auf Basis der VGR-Schnellschätzung berechneten OeNB-Konjunkturindikators ergibt für das dritte und vierte Quartal 2019 weiterhin ein Wachstum von 0,2% bzw. 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Für das Gesamtjahr 2019 ergibt sich damit ein BIP-Wachstum von 1,6%. Diese Prognose liegt innerhalb der Bandbreiten der im Oktober veröffentlichten Prognosen (WIFO: 1,7%, IHS: 1,6%, IWF: 1,6%, Bank Austria 1,5%). Das Beschäftigungswachstum ist nach wie vor robust, die Vorlaufindikatoren kündigen jedoch eine bevorstehende Trendwende am Arbeitsmarkt an. Die Inflation ist im Lauf dieses Jahres aufgrund rückläufiger Energiepreise gesunken und kam im September bei 1,2% zu liegen. Die OeNB erwartet in ihrer jüngsten Inflationsprognose vom September für das Jahr 2019 eine HVPI-Inflationsrate von 1,5 %, gefolgt von 1,6 % in den Jahren 2020 und 2021.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Globale Konjunkturaussichten trüben sich weiter ein[2]

Weltwirtschaft: Wachstumsprognosen werden weiter zurückgenommen

Zunehmende Handelshemmnisse, gepaart mit einer hohen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der weltweiten Handelsbeziehungen, sowie anhaltende geopolitische Spannungen trüben die globalen Konjunkturaussichten weiter ein. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase des Abschwungs, der bereits 2018 einsetzte. Vor diesem Hintergrund senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner jüngsten Prognose von Mitte Oktober die globalen Wachstumsaussichten neuerlich. Für das Jahr 2019 geht der IWF nun von einem Weltwirtschaftswachstum von 3,0% aus und reduzierte damit die Wachstumsprognose auf den tiefsten Wert seit dem Beginn der globalen Finanzkrise 2008/09. Auch die für das Jahr 2020 erwartete Erholung sieht der IWF weniger ausgeprägt als noch im Frühjahr und nahm die Wachstumsprognose für das Jahr 2020 um 0,2 Prozentpunkte auf 3,4% zurück.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	IWF		OECD		Europäische Kommission	
	15.10.2019		19.09.2019		**10.07.2019**/07.05.2019*	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Euroraum	1,2	1,4	1,1	1,0	**1,2**	**1,4**
Ver. Königreich	1,2	1,4	1,0	0,9	**1,3**	**1,3**
Japan	0,9	0,5	1,0	0,6	0,8	0,6
China	6,1	5,8	6,1	5,7	6,2	6,0
USA	2,4	2,1	2,4	2,0	2,4	1,9
Welt gesamt	3,0	3,4	2,9	3,0	3,2	3,5

* EK: Fett unterlegte Werte von Interimsprognose Juli 2019, restliche Werte von EK Prognose Mai 2019.

Ausschlaggebend für die Abschwächung des Wachstums sind vor allem die starke Verlangsamung in der Dynamik des Welthandels und der Industrieproduktion. Das weltweite Handelsvolumen soll den aktuellen Prognosen zufolge im Jahr 2019 lediglich um 1,1% wachsen, und damit um 2,3 Prozentpunkte geringer als noch im Frühjahr angenommen. Auch die für das Jahr 2020 erwartete Erholung des Welthandels wurde nach unten korrigiert und soll nunmehr 3,2% betragen und somit nicht an das Wachstum vor dem Einbruch anschließen. Die Handelsstreitigkeiten, aber auch der Einbruch in der Autoindustrie, das schwache Geschäftsklima und die Verlangsamung des Wachstums in China ließen das Wachstum der Industrieproduktion weltweit zurückgehen. Der Dienstleistungssektor hingegen entwickelt sich nach wie vor solide, was auch die niedrige Arbeitslosigkeit und das weitgehend robuste Lohnwachstum in den Industriestaaten erklärt. Wie lange die bereits ungewöhnlich lange andauernde Resilienz des Dienstleistungssektors noch anhalten wird, ist ungewiss und wird maßgeblich die weitere wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen.

Der globale Abschwung ist nicht von einigen wenigen Ländern getrieben, sondern ist breit basiert. Dennoch unterscheiden sich die Dynamiken über die Länder hinweg. Neben den handels-

[2] Autorin: Anna Katharina Raggl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

und geopolitischen Unsicherheiten sind es in den Industrieländern auch strukturelle Faktoren – allen voran sinkendes Produktivitätswachstum und alternde Bevölkerungen –, die eine Abschwächung des Wachstums bewirken. Die Industriestaaten sollen laut IWF in den Jahren 2019 und 2020 mit je 1,7% wachsen. In den Jahren 2017 und 2018 belief sich das Wachstum der Industriestaaten noch auf 2,5% und 2,3%.

Während die Abschwächung des Wachstums in den Industrieländern bereits im Frühjahr prognostiziert worden war und in der Herbstprognose nur eine leichte weitere Korrektur (um -0,1 Prozentpunkte in 2019) durchgeführt wurde, sah sich der IWF im Falle der Schwellenländer zu einer deutlich stärkeren Abwärtsrevision veranlasst. Er senkte die Prognosen um 0,5 Prozentpunkte für das Jahr 2019 auf 3,9% und um 0,2 Prozentpunkte für das Jahr 2020 auf 4,6%. Im Gegensatz zu den Industrieländern soll das Wachstum in den Schwellenländern somit im Jahr 2020 wieder anziehen.

Die moderate Erholung des Weltwirtschaftswachstums, die für 2020 prognostiziert wird, hängt dabei sehr stark an der Entwicklung einiger Schwellenländer, die sich aktuell aus unterschiedlichen Gründen in makroökonomischen Schwierigkeiten befinden. Dazu gehören neben Ländern in Lateinamerika auch Länder im Mittleren Osten und sowie in Osteuropa.

USA: IWF revidiert Wachstum für 2019 und 2020 leicht nach oben

Das *Bureau of Economic Analysis* bestätigte in seiner dritten Schätzung ein Wachstum des realen BIP im zweiten Quartal 2019 von 0,5% gegenüber dem Vorquartal. Damit wuchs die US-Wirtschaft um 0,3 Prozentpunkte langsamer als noch im ersten Quartal. Aktuelle Nowcasts der Federal Reserve Bank (FED) von New York rechnen im dritten Quartal mit einem (annualisierten) Wachstum von 2% und damit mit einem ähnlichen Wachstum wie im zweiten Quartal. In den Sommermonaten lagen die FED Nowcasts für das dritte Quartal noch zwischen 1,6% und 1,8%.

In den aktuellen Prognosen des IWF wurden die Wachstumsaussichten der USA für das Jahr 2019 auf 2,4% angehoben (+0,1 Prozentpunkte gegenüber der April-Prognose). Auch für 2020 erhöhte der IWF die Wachstumsaussichten (+0,2 Prozentpunkte). Die Aufwärtsrevision der Prognosen wurde unter anderem aufgrund der Zinsschritte der FED und des im Sommer verabschiedeten Haushaltsplans, der auch die Anhebung der Schuldenobergrenze beinhaltete, durchgeführt. Trotz der Aufwärtsrevision soll sich das Wachstum im Jahr 2020 aufgrund des Auslaufens der 2017 beschlossenen Fiskalmaßnahmen auf 2,1% abschwächen.

Der Arbeitsmarkt sendete zuletzt gemischte Signale. Die Arbeitslosenquote sank im September auf 3,5%, nachdem sie in den drei Vormonaten konstant bei 3,7% gelegen hatte. Damit erreichte sie ein weiteres Rekordtief, das zuletzt in den späten 1960er Jahren verzeichnet worden war. Das Beschäftigungswachstum ging jedoch zurück. Im September wurden 136.000 neue Stellen geschaffen, und damit um 32.000 weniger als noch im August. Die Anzahl der neu geschaffenen Stellen lag ebenfalls unter dem 12-Monatsschnitt. Der überwiegende Teil der neu geschaffenen Stellen kam aus dem Dienstleistungsbereich, wobei im Einzelhandel die Anzahl der neu geschaffenen Stellen zurückging. Neben dem Beschäftigungswachstum ging auch das Wachstum der Stundenlöhne im September zurück. Es sank zum ersten Mal seit einem Jahr unter 3% und lag damit unter den Erwartungen.

Die FED beschloss im September einen weiteren Zinsschritt: Die Leitzinsspanne wurde erneut um 25 Basispunkte reduziert. Sie liegt nun bei 1,75-2,00%. Nach der Zinssenkung im Juli war dies der zweite Zinsschritt in Folge.

Vereinigtes Königreich: Deutlich langsameres Wachstum nun auch im Dienstleistungssektor

Das *Office for National Statistics* (ONS) bestätigte in seiner zweiten Schätzung das negative Wachstum des realen BIP im zweiten Quartal. Nachdem das erste Quartal mit einem Wachstum von 0,5% (gegenüber dem Vorquartal) positiv überraschte, schrumpfte die Wirtschaft im Vereinigten Königreich im zweiten Quartal um 0,2%. Die hohen Lageraufstockungen und Vorratskäufe im ersten Quartal, bedingt durch den damals angepeilten Austrittstermin aus der EU mit Ende März, wurden im zweiten Quartal wieder abgebaut.

Angebotsseitig ist der Dienstleistungssektor der einzige Sektor, der im zweiten Quartal einen positiven Wachstumsbeitrag leistete. Mit einem Wachstum von nur 0,1% (qoq) entwickelte sich jedoch auch dieser sehr schwach. Seit dem zweiten Quartal 2018 – das Wachstum des Dienstleistungssektors betrug damals noch 0,8% – verlangsamte sich das Wachstum des Dienstleistungssektors stetig. Besonders der Handel, aber auch die Bereiche Kommunikation, Gesundheit, Bildung und Administration, waren für den letzten starken Rückgang verantwortlich. Der Industriesektor schrumpfte im zweiten Quartal um 0,2%, der Bausektor um 0,1%.

Vertrauensindikatoren zeigen auch für das dritte Quartal keine Verbesserung an. Der *Economic Sentiment Indikator* (ESI) für das Vereinigte Königreich gab im September weiter nach und belief sich auf 88 Punkte. Seit April 2019 fällt dieser Indikator immer deutlicher unter das langjährige Mittel, das auf 100 normiert ist. Während im August hauptsächlich der Einzelhandel und der Dienstleistungssektor den Rückgang des Gesamtindexes auslösten, gaben im September die Bereiche Industrie und Bau stark nach.

Der IWF sieht für das Jahr 2019 ein Wachstum von 1,2%, für das Jahr 2020 werden 1,4% prognostiziert. Damit beließ der IWF die Prognosen bei den Werten des Frühjahrs. Nach wie vor nimmt der IWF in seinen Prognosen einen geordneten Austritt an, weist jedoch darauf hin, dass die Ausgestaltung des Austrittes zum Zeitpunkt der Prognose mit hoher Unsicherheit behaftet war. Die gestiegene Unsicherheit hinsichtlich der Austrittsmodalitäten und die schwache globale Konjunktur wirkten sich negativ auf die Prognosen aus, dies wurde jedoch durch die Ankündigung von öffentlichen Ausgaben ausgeglichen.

Die Inflationsrate betrug im September 1,7% und blieb damit auf dem Niveau vom August. Preisniveausteigernd wirkten die Dienstleistungen, während die Preise für Industriegüter – teils energiepreisbedingt – weniger stark anstiegen als zuletzt. Die Kerninflation stieg im September auf 1,7% und legte damit gegenüber August um 0,2 Prozentpunkte zu.

Die *Bank of England* beließ in ihrer letzten Sitzung im September den Leitzins (*bank rate*) unverändert bei 0,75%.

Japan: Erhöhung der Mehrwertsteuer mit 1. Oktober

Das im ersten Quartal überraschend positive Wachstum flachte im zweiten Quartal wieder ab. Nach 0,8% im ersten Quartal (im Vergleich zum Vorquartal) wuchs die japanische Volkswirtschaft im zweiten Quartal mit einer Rate von 0,3%. Als Bremse für das Wachstum erwies sich insbesondere der negative Beitrag der Nettoexporte. Die im ersten Quartal zurückgegangenen Exporte erholten sich nicht, während die Importe anstiegen. Der starke private und öffentliche Konsum und leicht wachsende Investitionen glichen dies jedoch aus, sodass ein Wachstum von 0,3% erreicht werden konnte.

Mit 1. Oktober wurde die bereits für 2015 angekündigte und zweifach hinausgezögerte Erhöhung der Mehrwertsteuer durchgeführt. Statt 8% beträgt diese nun 10%, ausgenommen sind

lediglich die meisten Nahrungsmittel, auf die nach wie vor eine Steuer von 8% eingehoben wird. Die Steuererhöhung soll zur Finanzierung der aufgrund der alternden Bevölkerung ständig ansteigenden Sozialkosten im hochverschuldeten Japan beitragen. Es gab bereits zwei Mehrwertsteuer-Erhöhungen, wovon eine 1997 (von 3% auf 5%) und eine 2014 (von 5% auf 8%) stattfand. Beide lösten starke Konjunktureinbrüche aus.

Um die negativen Folgen für die Konjunktur abzuschwächen, wurden Gegenmaßnahmen beschlossen. Bis Juni 2020 wird es Rückerstattungen der Mehrwertsteuerdifferenz bei Kartenzahlungen in bestimmten (kleinen) Geschäften geben. Damit will die Regierung einerseits Konsumenten entlasten und andererseits das elektronische Bezahlen fördern. Berechnungen auf Basis von Scanner-Daten aus Supermärkten zeigen jedoch, dass in der ersten Oktoberwoche die Umsätze von Supermärkten mit etwa 10-20% (gegenüber der Vorjahresperiode) stark zurückgingen. Inwiefern Vorzieheffekte im September diesen Einbruch erklären – damit wäre der Rückgang zumindest teilweise temporärer Natur –, wird sich nach Vorliegen der Daten zeigen.

Die Inflationsrate fiel im August auf ein 2-Jahres-Tief von 0,3%, während die Kerninflation (ohne unbearbeitete Nahrungsmittel und Energie) gegenüber Juli unverändert bei 0,6% blieb. Verantwortlich für den Rückgang der Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte waren Preisrückgänge bei Erdöl und Betriebsmitteln.

Die *Bank of Japan (BoJ)* ließ die Leitzinsen in ihrer letzten Sitzung im September unverändert. Die niedrige Inflation, die Mehrwertsteuererhöhung und die ersten Zahlen über die Auswirkungen dieser Maßnahme erhöhen allerdings den Druck auf die BoJ, die Geldpolitik weiter zu lockern.

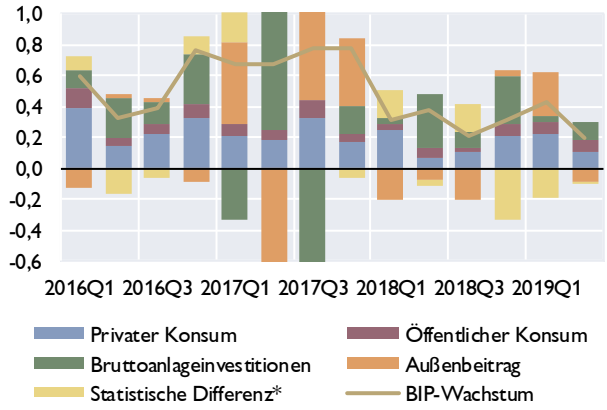
Euroraum: Negativer Außenbeitrag und schwacher Konsum dämpfen Wachstum im zweiten Quartal

Das Wachstum im Euroraum, das im ersten Quartal mit 0,4% (im Vergleich zum Vorquartal) noch positiv überraschte, gab im zweiten Quartal 2019 nach und fiel auf 0,2%. Die im September veröffentlichten nachfrageseitigen Komponenten des Wachstums zeigen, dass ein schwächerer Konsum und ein nunmehr sinkender Außenbeitrag für den Rückgang des Wachstums verantwortlich waren. Der Wachstumseffekt des privaten Konsums halbierte sich gegenüber dem ersten Quartal auf 0,2 Prozentpunkte. Während die Exporte weitestgehend konstant blieben, stiegen die Importe an, was in Kombination einen negativen Wachstumseffekt von 0,1 Prozentpunkten ergab. Der ursprünglich für März geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die damit einhergehenden Lageraufstockungen und Vorratskäufe im Vereinigten Königreich, welche die Exporte des Euroraums im ersten Quartal erhöhten, stellten einen temporären Faktor dar, der im zweiten Quartal wegfiel.

Auf Länderebene blieben die Wachstumszahlen im zweiten Quartal weiterhin heterogen. Deutschland verzeichnete mit -0,1% (qoq) ein negatives Wachstum – nachfrageseitig begründet durch einen starken Rückgang der Exporte, einem nur leichten Rückgang der Importe, einem schwachen Konsum und stagnierenden Investitionen. In Frankreich betrug das Wachstum im zweiten Quartal 0,3%, wie auch bereits im Vorquartal. Während im ersten Quartal jedoch die Nettoexporte wachstumshemmend wirkten, bremsten im zweiten Quartal der geringe Konsum sowie Lagerveränderungen das Wachstum.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

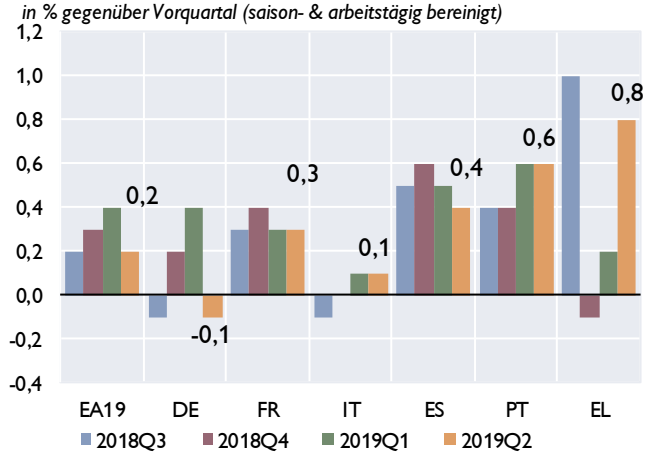
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Euroraum: Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)

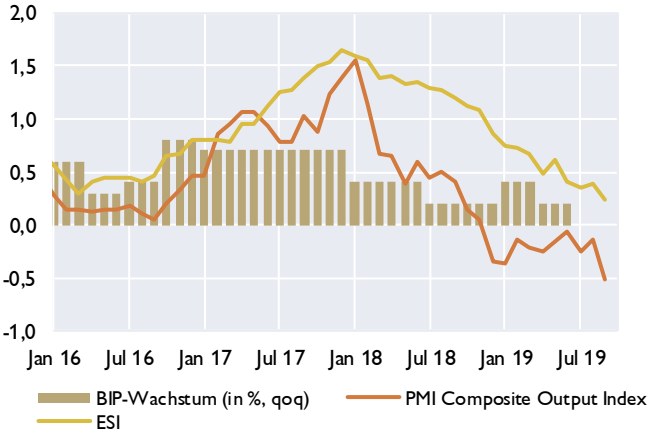


Quelle: Eurostat.

Die Vertrauensindikatoren, welche bereits für September vorliegen, deuten auf eine Fortsetzung des schwachen Wachstums im Euroraum hin. Der *Economic Sentiment Indicator (ESI)* gab im September weiter nach und notierte bei 101,7 Punkten (-1,4 Indexpunkte gegenüber dem Vormonat August). Der Mittelwert des Indexes ist auf 100 normiert. Der September-Wert lag damit zwar noch leicht über dem langjährigen Mittel, näherte sich diesem jedoch weiter an. Der *Purchasing Mangers' Index (PMI)* notierte im September bei 50,4 Indexpunkten und sank um 1,6 Punkte unter den August-Wert. Insgesamt blieb aber auch der PMI im September noch knapp über der 50-Punkt-Marke, welche eine Kontraktion von einer Expansion trennt. Ein Blick auf die Subindizes für Industrie und Dienstleistungen zeigt jedoch, dass ersterer mit 45,6 Punkten im September weiter unter die 50-Punkt-Marke fiel, während zweiterer seinen Abwärtstrend fortsetzte, jedoch mit 52,0 Punkten noch deutlich über dieser Grenze lag.

Euroraum: Stimmungsindikatoren

Indizes um Mittelwert bereinigt relativ zur Standardabweichung



Quelle: Eurostat, EK, Markit, eigene Berechnungen.

Nur leichte Erholung des Wachstums für 2020 prognostiziert

Die neue IWF-Prognose für das Wachstum im Euroraum ist von leichten Abwärtsrevisionen gekennzeichnet. Die schwache globale Wachstumsdynamik und die damit einhergehenden niedrigen Exportaussichten veranlassten den IWF, die Wachstumsaussichten für den Euroraum für die Jahre 2019 und 2020 um je 0,1 Prozentpunkte zurückzunehmen. Das Wachstum im Euroraum soll gemäß den Schätzungen 1,2% im Jahr 2019 und 1,4% im Jahr 2020 betragen.

Auf Länderebene nahm der IWF für das Jahr 2019 Abwärtsrevisionen in Deutschland (-0,3 Prozentpunkte), Frankreich und Italien (je -0,1 Prozentpunkte), aber auch in kleineren Ländern wie Österreich (-0,4 Prozentpunkte), Belgien (-0,1 Prozentpunkte), Griechenland (-0,4

Prozentpunkte) und Finnland (-0,7 Prozentpunkte) vor. In den genannten Ländern wurden größtenteils auch für das Jahr 2020 die Wachstumsaussichten reduziert.

Prognose: Reales BIP-Wachstum

	2019	2020
Belgien	1,2	1,3
Deutschland	0,5	1,2
Estland	3,2	2,9
Irland	4,3	3,5
Griechenland	2,0	2,2
Spanien	2,2	1,8
Frankreich	1,2	1,3
Italien	0,0	0,5
Zypern	3,1	2,9
Lettland	2,8	2,8
Litauen	3,4	2,7
Luxemburg	2,6	2,8
Malta	5,1	4,3
Niederlande	1,8	1,6
Österreich	**1,6**	**1,7**
Portugal	1,9	1,6
Slowenien	2,9	2,9
Slowak. Rep.	2,6	2,7
Finnland	1,2	1,5
Euroraum	**1,2**	**1,4**

Quelle: IWF WEO, Oktober 2019.

Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die Arbeitslosenquote im Euroraum sank im August weiter und belief sich auf 7,4%, nach 7,5% im Juli. Die Erholung am Arbeitsmarkt schreitet damit mit gedämpftem Tempo voran und die Arbeitslosenquote liegt nur mehr 0,1 Prozentpunkte über dem Vorkrisentief.

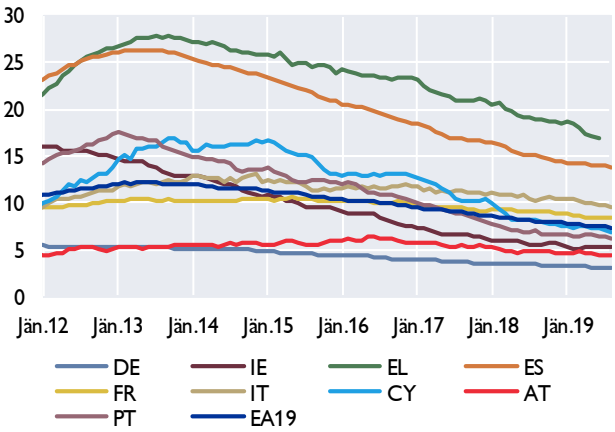
In Deutschland blieb die Arbeitslosenquote trotz Konjunktureinbruch mit 3,1% im August unverändert gegenüber Juli, ebenso konstant blieb sie in Frankreich mit 8,5% und in Belgien mit 5,5%. In Spanien, nach wie vor das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit im Euroraum, reduzierte sich die Arbeitslosenquote leicht von 13,9% im Juli auf 13,8% im August. Eine nennenswerte Veränderung von Juli auf August war lediglich in Italien zu beobachten. Trotz schwacher Konjunktur in der ersten Jahreshälfte sank die Arbeitslosenquote von 9,8% auf 9,5%.

HVPI-Inflationsrate fiel im September auf niedrigsten Wert seit 2016

Die Inflationsrate ging im September im Euroraum um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr 0,8% zurück und fiel damit auf ein Niveau, das zuletzt im November 2016 verzeichnet worden war. Der Rückgang war vor allem durch die Entwicklung der Energiepreise getrieben, aber auch die Preise unbearbeiteter Lebensmittel stiegen im September weniger an als dies noch im Vormonat der Fall gewesen war. Die Preisentwicklung der Dienstleistungen wirkte hingegen inflationssteigernd. Die Kerninflation, die die Preissteigerung ohne die volatilen Komponenten Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak wiedergibt, stieg im September leicht an und erreichte 1,0% (+0,1 Prozentpunkte höher als im Vormonat).

Euroraum: Arbeitslosenquoten einzelner Länder

in %

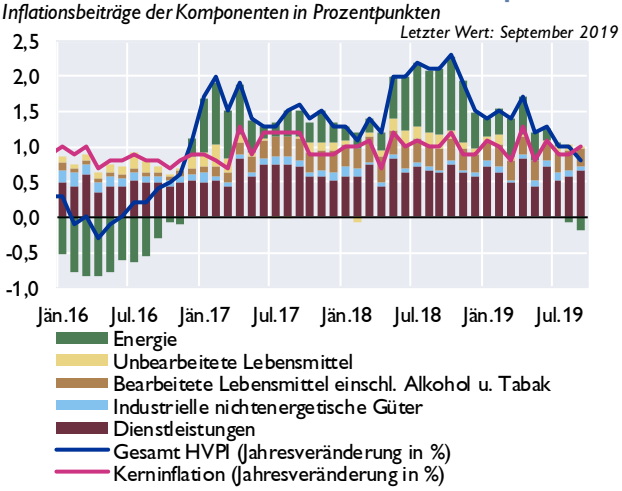


Quelle: Eurostat.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und Komponenten

Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten

Letzter Wert: September 2019



Quelle: Eurostat.

Die EZB geht in ihrer Prognose vom September von einer Inflationsrate von 1,2% im Jahr 2019 und 1,0% im Jahr 2020 aus. Die Inflationsprognosen der meisten anderen Prognoseinstitutionen für 2020 liegen etwas höher, der IWF erwartet in seiner aktuellen Prognose für nächstes Jahr eine Inflationsrate von 1,4% für den Euroraum.

Geldpolitische Maßnahmen des EZB-Rates vom 12. September 2019

Die EZB-Ratssitzung vom 12.9.2019 brachte ein Maßnahmenpaket, das auf eine umfassende geldpolitische Lockerung im Euroraum abzielte. Wie der EZB-Präsident ausführte, wurde eine weitere Lockerung der Geldpolitik notwendig, da das Erreichen des mittelfristigen Preisstabilitätsziels laut Prognose noch weiter in die Zukunft gerückt ist. Derzeit gehen sämtliche verfügbaren Prognosen davon aus, dass die HVPI-Inflationsrate bis zum Jahr 2021 nicht über 1,5% ansteigen wird.

Das beschlossene Paket beinhaltet insgesamt fünf Komponenten.

- *Die Senkung des Zinssatzes auf die Einlagefazilität („rate on the deposit facility") stellt die erste Maßnahme dar. Die Herabsetzung dieses Zinssatzes um 10 Basispunkte von -0,4% auf -0,5% bezweckt unter anderem eine Verringerung der Kreditzinsen und eine Erhöhung des Kreditwachstums im Euroraum.*
- *Als zweite Maßnahme wurde in der geldpolitischen Ratssitzung im September 2019 eine Anpassung der sogenannten „Forward Guidance" vorgenommen.*[3] *In den geldpolitischen Entscheidungen vor dem 12.9.2019 wurde Forward Guidance grundsätzlich in zwei Subkomponenten aufgeteilt: einen zeitabhängigen Bestandteil („time-dependent leg"), der präzisiert, wie lange die EZB mindestens ihre Leitzinssätze auf dem gegenwärtigen (oder einem niedrigeren) Niveau zu belassen gedenkt; und einen situationsabhängigen, Daten-getriebenen Bestandteil („state-dependent leg"), der Zinserhöhungen bis zum Eintreten einer nachhaltigen Konvergenz der Inflationsrate zum mittelfristigen Preisstabilitätsziel der EZB ausschließt. Seit der letzten Ratssitzung verzichtet die EZB nun auf den zeitabhängigen Bestandteil der Forward Guidance. Diese Entscheidung bedeutet eine weitere Lockerung, da sämtliche verbleibende, konkrete zeitliche Beschränkungen der expansiven Zinspolitik aufgehoben wurden.*
- *Die dritte Maßnahme des Pakets ist die Wiederaufnahme der Netto-Ankäufe von Anleihen („expanded asset purchase programme, APP") mit einer monatlichen Summe von 20 Mrd EUR ab dem 1.11.2019. Der Wiederbeginn der Anleihenkäufe bezweckt eine Dämpfung der Laufzeitenprämien und somit eine weitere Abflachung der Zinskurve. Zudem wirkt die Wiederaufnahme der Netto-Ankäufe der automatischen Laufzeitverkürzung im Anleihenportfolio, und somit auch dem graduellen Verlust der dämpfenden Wirkung auf längerfristige Laufzeitprämien, entgegen. Diese Kompensationswirkung ist mit Reinvestitionen allein nicht erreichbar. Laut der Entscheidung wird das Eurosystem die monatlichen Netto-Ankäufe so lange wie nötig fortsetzen, um die expansive Wirkung der Leitzinspolitik zu stärken. Ein Ende der Netto-Ankäufe wird gemäß der Entscheidung erst dann erfolgen, wenn der EZB-Rat kurz vor einer Anhebung der Leitzinsen steht. Durch die Wiederaufnahme der Netto-Ankäufe auf unbeschränkte Zeit verlängert sich auch der Horizont der Reinvestitionen erheblich.*

[3] Forward Guidance beschreibt die Kommunikation von künftigen geldpolitischen Absichten auf der Basis der vorliegenden Einschätzung der zukünftigen Preisentwicklungen relativ zum Preisstabilitätsziel der Zentralbank. Mithilfe von Forward Guidance können Notenbanken längerfristige Zinserwartungen beeinflussen und somit zusätzliche geldpolitische Impulse liefern.

- *Viertens änderte der EZB-Rat die am 22.7.2019 angekündigten Modalitäten der sogenannten „targeted longer-term refinancing operations" (TLTROs) der dritten Generation (TLTRO III). Die TLTROs III zielen darauf ab, mit der Bereitstellung von günstigen langfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten, Geschäftsbanken zu einer erhöhten Kreditvergabe zu bewegen. TLTROs sind in zweierlei Hinsicht ein maßgeschneidertes Programm: einerseits können Geschäftsbanken nur Gelder in der Höhe von maximal 30% ihres Bestands an ausständigen, anrechenbaren Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen und Haushalte[4] aufnehmen; andererseits orientiert sich der Zinssatz, den Geschäftsbanken für die TLTRO-Gelder zahlen, an ihrer Netto-Kreditvergabe. Im Vergleich zu den am 22.7.2019 angekündigten Maximal- und Minimalzinssätzen, die Geschäftsbanken für TLTRO-Gelder leisten müssen, bedeuten die verabschiedeten Änderungen eine Verringerung um 10 Basispunkte. Für Ausleihungen in den TLTROs III zahlen Geschäftsbanken nunmehr maximal den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Die untere Grenze ist seit der Ratssitzung im September durch den Zinssatz in der Einlagefazilität definiert.[5] Eine weitere Abänderung der Modalitäten betrifft die Laufzeit der TLTROs III, die mit drei Jahren – anstatt der ursprünglich geplanten zwei Jahre – angesetzt wurde. Aufgrund der Verlängerung der Laufzeit beschloss der EZB-Rat zudem, eine ursprünglich nicht vorgesehene vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeit nach 2 Jahren einzuführen.*
- *Die fünfte Maßnahme stellt eine Neuheit im Instrumentarium der EZB dar. Ab der siebten Mindestreserveperiode (ab 30.10.2019) können Geschäftsbanken im Euroraum von der Einführung eines Freibetrags für die Verzinsung der Überschussliquidität, welche sie auf Girokonten beim Eurosystem halten, profitieren. Bis zur sechsten Mindestreserveperiode 2019 galt für Einlagen auf Girokonten der negative Zinssatz der Einlagefazilität. Für Geschäftsbanken entstanden dadurch Zinskosten, die sich negativ auf ihre Profitabilität und in weiterer Folge auf ihre Kapitalisierung auswirken könnten. Da die Transmission der Geldpolitik durch den Bankenkanal stark von der Kapitalsituation der Finanzinstitute abhängt, könnte die Negativverzinsung der Überschussliquidität zu einer Dämpfung der expansiven Wirkung der geldpolitischen Maßnahmen führen. Um dies zu verhindern, wird ab der siebten Mindestreserveperiode 2019 ein Freibetrag im Ausmaß des sechsfachen Mindestreserveerfordernisses mit 0% verzinst. Die Einführung dieses Freibetrags hat ein sogenanntes „tiering" der Überschussliquidität in einen unverzinsten und einen negativ verzinsten Teil zur Folge. Somit werden Geschäftsbanken bis zu einem gewissen Betrag von der Bezahlung von Negativzinsen befreit. Nur jener Teil der Überschussliquidität einer Bank, der über den Freibetrag hinausgeht, ist weiterhin vom negativen Zinssatz der Einlagefazilität (derzeit -0,5%) betroffen.*

[4] Kredite an Haushalte zur Erwerbung von Immobilien sind für TLTRO III nicht anrechenbar.

[5] Es gelten jeweils die durchschnittlichen Zinssätze während der Laufzeit des jeweiligen TLTROs III.

CESEE: Starke Investitionsdynamik im Jahr 2019 gefolgt von Wachstumsabschwächung 2020 und 2021 - Anhaltend gedämpftes Wachstum in Russland

OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder und Russland[6,7]

*Für die **CESEE-6-Region** erwartet die OeNB eine Abschwächung des BIP-Wachstums von 4,4% im Jahr 2018 auf 3,9% im Jahr 2019. Für die Jahre 2020 und 2021 wird von einer weiteren Verlangsamung auf 3,5% bzw. 3,2% ausgegangen. Trotz einer gewissen Abschwächung wird auch in den nächsten Jahren ein starkes Wachstum des privaten Konsums zu beobachten sein. In Bezug auf die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen wird für das Jahr 2019 ein dynamisches Wachstum erwartet, gefolgt von einer Abkühlung. Im Einklang mit den eingetrübten Aussichten für das Importwachstum im Euroraum wird sich das Exportwachstum der CESEE-6-Länder im Jahr 2019 abschwächen, in weiterer Folge aber ebenso wie das Importwachstum im Euroraum wieder an Fahrt gewinnen. Auch für das Importwachstum der CESEE-6-Region wird für 2019 mit einem leicht gedämpften Wachstum gerechnet, das sich 2020 und 2021 erholen wird. Das geringste Wachstum wird im Jahr 2019 für Kroatien und die Tschechische Republik erwartet, während Ungarn und Polen die höchsten Wachstumsraten unter den CESEE-6-Ländern verzeichnen werden. Die Risiken für die Wachstumsaussichten ergeben sich hauptsächlich aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld und sind eher abwärtsgerichtet.*

OeNB/BOFIT-BIP-Prognose 2019-2021 im Vergleich zum World Economic Outlook des IWF

	Eurostat/ Rosstat	OeNB/BOFIT Oktober 2019			IWF World Economic Outlook Oktober 2019			Differenzen zwischen OeNB und IMF		
						Prognose				
	2018	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
	Jahreswachstum in %							*in Prozentpunkten*		
CESEE-6	**4,4**	**3,9**	**3,5**	**3,2**	**3,8**	**3,1**	**2,8**	**0,1**	**0,4**	**0,4**
Bulgarien	3,3	3,5	3,3	3,1	3,7	3,2	3,0	-	-	-
Kroatien	2,6	2,8	2,6	2,6	3,0	2,7	2,5	-	-	-
Tschechien	2,9	2,7	2,7	2,6	2,5	2,6	2,6	0,2	0,1	0,0
Ungarn	5,1	4,4	3,3	3,5	4,6	3,3	2,9	-0,2	0,0	0,6
Polen	5,2	4,3	3,9	3,5	4,0	3,1	2,7	0,3	0,8	0,8
Rumänien	4,2	4,1	3,3	2,8	4,0	3,5	3,0	0,1	-0,2	-0,2
Russland	2,3	1,0	1,8	1,6	1,1	1,9	2,0	-0,1	-0,1	-0,4

Anmerkung: saisonbereinigte Daten für 2018.
Quellen: OeNB/BOFIT-Prognose Oktober 2019, IWF, Eurostat, Rosstat.

*Für **Russland**[8] wird für 2019 ein BIP-Wachstum von 1,0% und für 2020 eine schwache Erholung auf 1,8% prognostiziert, bevor 2021 schließlich ein Rückgang auf 1,6% erfolgt. Der Privatkonsum dürfte angesichts*

[6] Autorin: Antje Hildebrandt (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[7] Stichtag für die dieser Prognose zugrunde liegenden Daten: 20. September 2019 Die Projektionen für die CESEE-6-Länder – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik, und Ungarn – wurden von der OeNB erstellt; jene für Russland wurden von der Bank of Finland in Kooperation mit der OeNB ausgearbeitet. Sämtliche Projektionen beruhen auf den Annahmen der von Expertinnen des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2019.

[8] Die Ölpreisannahme der Bank of Finland bezieht sich auf Preisnotierungen für Brent-Terminkontrakte (Zehntagesdurchschnitt der Tagespreisnotierungen) mit Stichtag 16. September 2019. Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Terminkontrakte für Brent-Rohöl deuten darauf hin, dass sich der Ölpreis während des dreijährigen Prognosezeitraums leicht rückläufig von 64 USD je Barrel (2019) auf 59 USD je Barrel (2020) bzw. 57 USD je Barrel (2021) entwickeln wird.

stagnierender Realeinkommen und geringerer Wachstumsraten bei Konsumkrediten nur leicht steigen. Für den Prognosezeitraum werden keine wesentlichen Reformen zur Verbesserung des Investitionsklimas für private Unternehmen erwartet. Deutliche Wachstumsbelebungen dürften daher eher dem relativ mäßigen Anstieg der öffentlichen Ausgaben und Investitionen zuzuschreiben sein. Da sich die weltweiten Konjunkturaussichten im Vergleich zum Frühjahr 2019 eingetrübt haben, ist kaum mehr mit externer Unterstützung für das russische Wirtschaftswachstum zu rechnen. Aufwärts- und Abwärtsrisiken dieser Prognose sind mehr oder weniger ausgeglichen.

OeNB CESEE-6 forecast: continued softening of economic growth over the next years

The CESEE-6 countries grew by 4.2% annually in the first half of 2019. Hence, GDP growth was somewhat smaller than in the same period of 2018. Across the region, GDP growth surprised on the upside compared to our spring 2019 projections. This was particularly the case for Hungary and Romania, but also for Croatia. For the second half of 2019, GDP growth is projected to weaken moderately in most CESEE-6 countries and to remain unchanged in Bulgaria and the Czech Republic as the unexpectedly strong momentum of gross fixed capital formation in several CESEE-6 countries loses some steam. Furthermore, private consumption growth is expected to moderate. Due to deteriorating external demand on the back of continued global trade tensions, export growth is forecast to decline even further in the course of 2019. For the full year of 2019, GDP growth will amount to 3.9%, before moderating to 3.5% in 2020 and further to 3.2% in 2021.

Monetary policy to remain overall accommodative

Our assumptions regarding the monetary policy stance in the CESEE-6 countries remain more or less unchanged compared to our last forecast of spring 2019. Accordingly, we assume that a no-change policy is the most likely scenario for both 2019 and 2020. In this context, lending activity in the CESEE-6 continues to develop dynamically (less so in Croatia, where lending to the corporate sector, in particular, is rather sluggish). Generally, good financing conditions continue to be supportive for private consumption and gross fixed capital formation.

Fiscal policy in the CESEE-6 region is rather neutral or expansionary

Currently, fiscal policy is rather neutral or expansionary in the CESEE-6 countries. In Poland, upcoming elections in 2019 have already caused some fiscal slippage. Furthermore, tax cuts are on the agenda in 2020. After the collapse of the Romanian government at the end of August 2019 due to political turbulence, new elections will only be held in 2020. We therefore expect Romania to implement required fiscal consolidation measures at a later stage with a new government in office (currently, the country is subject to the EU's significant deviation procedure). In Croatia, the Czech Republic and Hungary, we expect fiscal policy to be neutral or slightly expansionary in 2019, and to possibly become more restrictive toward the end of the forecast horizon. Bulgaria maintains its cautious fiscal policy stance.

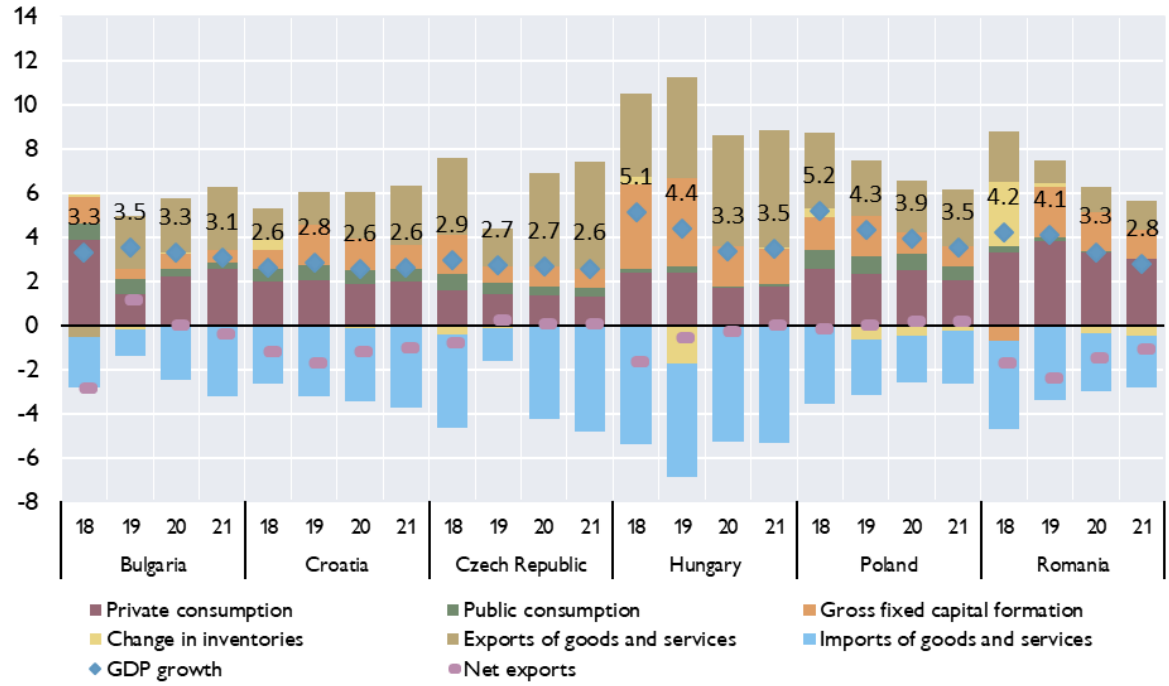
Private consumption growth will remain strong

Despite some moderation over the projection horizon, private consumption growth will generally remain strong. One key factor contributing to this development is certainly the remarkable situation on the labor market with record-low unemployment rates. Furthermore, policy makers in the CESEE-6 countries have implemented (or plan to implement) more or less expansionary policy measures targeting consumers, which provides an additional boost to private consumption growth. Only in Bulgaria we observe a sharp drop in private consumption growth

in 2019 where – apart from a high base effect – consumer mood is leveling off somewhat in 2019. We expect that public consumption growth for the full year of 2019 will develop as it did in the first half of 2019. Thereafter, we forecast some moderation in all CESEE-6 countries, largely driven by consolidation needs.

CESEE-6: GDP and GDP components (realized data for 2018, projections for 2019 to 2021)

Percentage points, year-on-year GDP growth in %



Source: Eurostat, OeNB.

Investment activity driven by EU funds

In most CESEE-6 countries, i.e. in Croatia, Hungary, Poland and Romania, gross fixed capital formation is expected to be very strong in 2019 but to lose steam thereafter. In Hungary, for instance, growth rates exceeded 19% year on year in the first half of 2019 (after 16.5% for the full year of 2018). We expect growth rates to moderate only slightly to 16.2% for the full year of 2019, before decreasing further to below 7% in 2020. In Croatia, investment growth is projected to more than double to 8.5% in 2019 (from 4.1% in 2018), and to decelerate both in 2020 and 2021. In general, accelerated investment activity in 2019 is largely driven by a strong use of EU funds within the EU's multiannual financial framework for the period from 2014 to 2020. However, funds are available for up to two more years after the end of a funding period. To our knowledge, some countries (particularly Hungary) will have invested most of the available funds by end-2019, whereas other countries (e.g. Croatia) will still have a large scope for using funds from the current framework. Therefore, we expect the strong impact of EU funds on investment growth to prevail in some countries over the forecast horizon. In Hungary and Romania, investment growth is also supported by elevated (residential) construction activity. We expect construction activity to generally remain buoyant over the projection horizon, given strong demand for residential construction largely due to favorable income prospects as well as supportive financing conditions and housing subsidies in some countries. In Bulgaria and the Czech

Republic, in contrast, gross fixed capital formation is expected to drop significantly in 2019 compared to 2018, as was already indicated by weak results for the first half of 2019. Apart from a base effect, the weakening in investment activity can be largely explained by deteriorating export prospects which made investors more reluctant to invest. For both 2020 and 2021, however, we expect fixed investment growth to recover somewhat in Bulgaria and the Czech Republic.

Dampened export growth on average in the CESEE-region

In 2019, we project slumping export growth on average in the CESEE-6, which is in line with weakening import growth projections for the euro area. Export growth will be particularly dampened in the Czech Republic, Poland and Romania (and will remain unchanged in Hungary) in 2019. The pattern is somewhat different for Bulgaria and Croatia, where export growth will accelerate in 2019 compared to 2018. In both countries, base effects play a role. Furthermore, in the case of Bulgaria, we see some orientation toward export markets outside the euro area, and in the case of Croatia, export growth is supported by another good tourist season. In all CESEE-6 countries (except in Croatia), import growth will moderate in line with weaker domestic demand in 2019. In some countries, especially in Bulgaria and the Czech Republic, imports will gain speed thereafter. For Poland and Romania, we expect a weakening of import growth over the projection horizon, while import growth is forecast to remain robust in Hungary throughout all three years.

In 2018, the contribution of net exports to growth was negative in all CESEE-6 countries. This picture will change in 2019. In fact, we expect the contribution of net exports to turn positive in Bulgaria and the Czech Republic, to become neutral in Poland, and to narrow in Croatia and Hungary. Only for Romania we expect a widening of the gap. For the remainder of the forecast horizon, we expect a further improvement of net contributions in most countries along with a recovery in export growth.

CESEE-6: risks mostly stem from external developments

Risks to our CESEE-6 forecast are mainly due to external developments that cause a high degree of uncertainty in several areas. Certainly, economic growth of the world economy, in general, or the euro area, in particular, could turn out higher (lower) than assumed in our baseline scenario and would thus translate into higher (lower) growth prospects of the CESEE-6 countries. In our overall risk assessment, however, we conclude that the risks to global economic growth and euro area growth – and eventually to our CESEE-6 projections – are slightly tilted to the downside for several reasons:

First, there is still a high risk that trade tensions between the U.S. and its major trading partners will escalate further. This would shake the world economy and would have negative spillover effects on the mostly small, open and highly integrated CESEE-6 economies.

Second, at the EU level, there are still many uncertainties regarding the conditions under which the U.K. will leave the EU. Several options are under discussion; yet, a messy Brexit with unknown implications for both the U.K. and the EU remains a possible outcome. In any case, the CESEE-6 will be negatively affected in several ways, both directly and indirectly. Most obviously, a disorderly Brexit would harm trade flows within the EU and may have implications for financial stability. Furthermore, Brexit will have a negative impact on the EU's new multiannual financial framework for 2021–2027 as this will be the first EU budget without U.K.'s net contribution. However, this effect will only materialize toward the end of the projection horizon.

Third, new geopolitical risks in the Middle East are emerging, such as those caused by the drone attacks on key oil facilities in Saudi Arabia, one of the largest oil producers in the world, in mid-September 2019. The resulting damage destabilized oil markets across the world and resulted in a sudden jump in oil prices. Despite moderating thereafter, more volatile oil prices may harm the world economy. Moreover, risks persist that the conflicts in the Middle East may spread to other parts of the world, which would severely affect global growth. This would also have adverse effects on the CESEE-6.

Major domestic risks are predominately related to the developments in the CESEE-6 labor markets. Labor shortage is omnipresent not only in all countries but also in almost all sectors. The manufacturing sector, in particular, which is essential for the region's foreign trade, suffers from the lack of a skilled workforce, and thus from the ensuing negative consequences for economic growth. Capacity constraints limit production in a sufficient and timely manner, wage pressures have already started to erode competitiveness in several countries, and foreign investors are more and more likely to be discouraged from investing in countries with obvious labor shortages and prospects of rising wages. While current labor shortages are factored into our baseline, they could become more pronounced, which would tilt the countries' risk profile to the downside. Furthermore, rising wages could feed through to inflation, resulting in higher-than-anticipated monetary tightening, which we consider as a downside risk. On the positive side, further strains on the labor markets could also translate into higher real disposable income fueled by stronger wage growth, which would push private consumption beyond the expected levels.

As discussed in our previous forecast, some sector-specific risks prevail in some CESEE-6 countries. In the Czech Republic and in Hungary, in particular, economic growth is strongly linked to the automotive sector. To remain competitive, these economies therefore have to e.g. react to new technological requirements for the automotive sector or fulfill new emission standards. One minor sector-specific risk relates to adverse weather conditions that could harm the economic growth of CESEE-6 countries with a comparatively large agricultural sector (mainly Poland and Romania).

Non-economic internal risks also prevail in some CESEE-6 countries. Further increases in populist tendencies could erode investor confidence and discourage foreign investors. So far, however, political tendencies have not noticeably undermined investor confidence. Overall, we therefore regard political developments in the CESEE-6 as a minor downside risk to our growth projections.

There are also several upside risks to our GDP growth forecast. As mentioned before, higher-than-expected global economic growth and euro area growth, in particular, could boost exports and eventually GDP growth of the CESEE-6 countries even more than currently projected. Furthermore, there may be a stronger use of EU funds than expected (this upside risk is mostly relevant for our forecasts for Bulgaria, Croatia and Romania as the other CESEE-6 countries already feature high absorption rates). Lastly, Brexit may go off without a hitch.

Russia: state investment projects slightly boost the pace of economic growth

We forecast GDP to grow by 1.0% in 2019 and to recover slightly to 1.8% in 2020, before reverting to a growth rate of 1.6% in 2021. Fluctuations in global commodity markets continue to influence the pace of Russia's economic expansion, even if the country has ample fiscal buffers to sustain even a significant decline in export prices. Our first basic assumption is that Russia will continue to pursue its current economic policies geared to achieving macroeconomic stability and

economic independence. This implies restrained growth in public sector expenditures, the accumulation of excess revenues in the National Welfare Fund, and a continuation of the inflation targeting of the central bank. Economic independence implies favoring domestic products and services over imports as well as maintaining policies that restrict imports. Our second basic assumption relates to global oil prices (see footnote 3). Additionally, we assume that there will be no major shifts in EU-Russia or U.S.-Russia relations. While the current sanctions regime is expected to remain in place, we do not see either side imposing new wide-ranging restrictive measures or removing existing ones.

Private consumption growth in 2018 was supported by a rise in real wages and a very rapid increase in consumer credit, both of which are losing steam. Our baseline only allows for a relatively modest increase in public spending and a more pronounced, albeit temporary, expansion of public investments over the forecast period. The size of the National Welfare Fund increased above the threshold of 7% of GDP in August 2019 and may rise further (based on still relatively high oil prices), allowing for some of the funds to be invested in domestic projects. We do not, however, expect a significant investment boost based on these funds.

Despite brisk growth in fixed investments in 2018, the level of investments (as a ratio to GDP) is still lower than in late 2014. In the first half of 2019, investment growth only came to 0.6% year on year, pointing to a significant slowdown in fixed investment growth. Given the high base effect in the second half of 2018, we do not expect substantial growth for the full year of 2019. In both 2020 and 2021, many of the projects envisaged in Russia's National Projects Program should proceed to the implementation phase, giving a boost to fixed capital formation. We do not expect any real and sustained changes in the investment climate during the forecast period. Uncertainties and lack of structural reforms will hamper private investments.

Russia's export and, above all, import developments have been very volatile in recent years. Overall economic growth was supported by rapid growth in export volumes both in 2017 and 2018. In contrast, early 2019 saw a decline in exports. While a further surge in volumes of Russia's biggest export commodities (crude oil, petroleum products and natural gas) is unlikely, ramping up liquefied natural gas (LNG) production on the Yamal peninsula, the opening of a new gas pipeline to China and rapid growth in certain metal industry exports could sustain export growth in both 2020 and 2021. Given modest growth in domestic demand, import growth is likely to remain weaker than export growth, implying a small positive growth effect from net exports over the entire forecast period.

Upside and downside risks to the Russian forecast are relatively balanced

Due to the floating exchange rate and adherence to its fiscal rule, Russia's economic performance has become less dependent on oil price movements. However, large changes in the price of Russia's top export commodity remain hugely important. Any significant rise or drop in crude oil prices will be reflected in the ruble exchange rate, thereby affecting Russia's financial markets, cost of investment funding and net exports.

The sanctions imposed by the West have had a distinctly negative impact, particularly on Russia's financial markets. Amid the ever-present risk of a flare-up in geopolitical tensions, new sanctions or threats of new sanctions would undoubtedly have a negative, albeit relatively small, impact on Russia's medium-term growth outlook.

We expect government expenditure and fixed investment to grow modestly. If the government budget rule is relaxed or a significant share of the National Welfare Fund is used for

domestic projects, investment growth could accelerate temporarily toward the end of the forecast horizon. Industrial capacity utilization remains extremely high and unemployment is historically low, underlining the need for new investments.

As in the previous forecasts, the largest source of uncertainty relates to net exports as forecasting Russian export volumes has proven to be quite a challenge. Changes in import volumes largely depend on domestic demand and import prices which, in turn, depend on the ruble exchange rate.

Österreich: Robustes Dienstleistungswachstum federt Ende der Industriekonjunktur ab[9]

Das Auslaufen der in den Jahren 2015 bis 2018 sehr starken Industriekonjunktur dämpft zusehends das Wachstum in Österreich. Im zweiten Quartal 2019 sank das reale BIP-Wachstum auf 0,3% gegenüber dem Vorquartal - das schwächste Wachstum seit mehr als vier Jahren. Dafür zeichnet die exportorientierte Industriekonjunktur verantwortlich, während die mehr binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungssektoren nach wie vor robust wachsen. Das Beschäftigungswachstum ist nach wie vor robust, die Vorlaufindikatoren kündigen jedoch eine bevorstehende Trendwende am Arbeitsmarkt an. Die Inflation ist im Lauf dieses Jahres aufgrund rückläufiger Energiepreise gesunken und kam im September bei 1,2% zu liegen. Die OeNB erwartet in ihrer jüngsten Inflationsprognose vom September für das Jahr 2019 eine HVPI-Inflationsrate von 1,5 %, gefolgt von 1,6 % in den Jahren 2020 und 2021.

Abnehmende Konjunkturdynamik im ersten Halbjahr 2019

Österreichs Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal um 0,3% gewachsen. Wie auch schon in den Vorquartalen wurde das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen, die 0,3 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beitrug. Das Wachstum des privaten Konsums lag nahezu unverändert bei starken 0,4%. Die Investitionsdynamik hat hingegen gegenüber dem ersten Quartal (+1,0%) deutlich nachgelassen, lag mit 0,5% aber noch über dem langjährigen Durchschnitt von 0,4%. Ausrüstungsinvestitionen (ohne Fahrzeuge) stagnierten, während sich die Wohnbauinvestitionen mit einem Plus von 1,1% ungebrochen dynamisch entwickelt haben. Das Exportwachstum verlangsamte sich weiter auf 0,5% (Q1: +0,8%), die Nettoexporte trugen nur mehr geringfügig (0,1%-Punkte) zum Wachstum des realen BIP bei. Entstehungsseitig hat die Industrie im zweiten Quartal 2019 erstmals im aktuellen Konjunkturzyklus keinen Wachstumsbeitrag mehr zum BIP geleistet. Das Wachstum wurde fast ausschließlich von den Dienstleistungen getragen (Grafik 1).

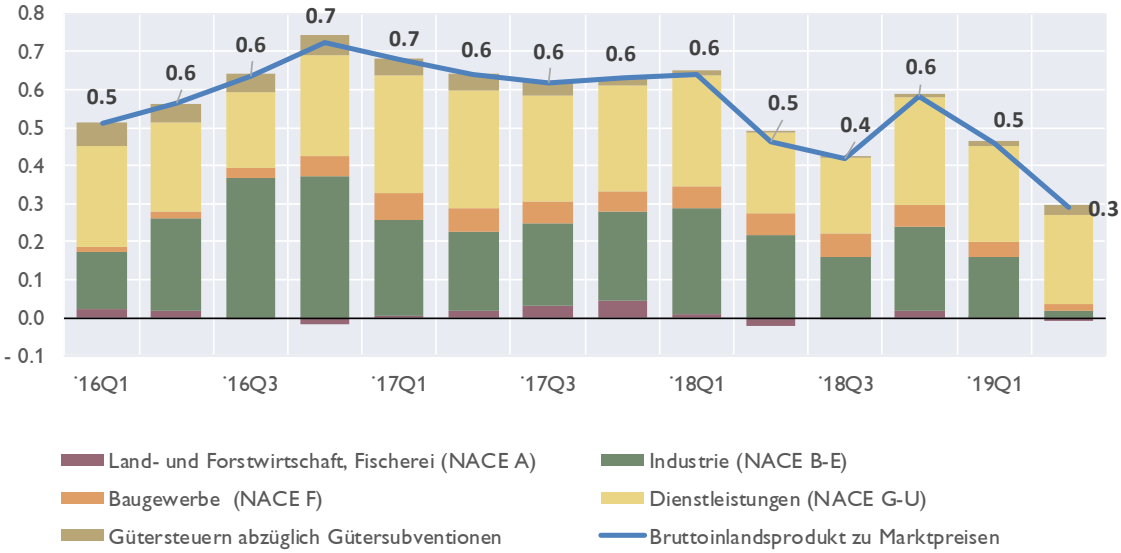
In Zuge der Veröffentlichung der neuen Jahresrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Statistik Austria am 25. September kam es zu einigen bemerkenswerten Revisionen historischer Daten, insbesondere für das Jahr 2018. Das Wirtschaftswachstum für 2018 wurde von 2,7% auf 2,3% hinunterrevidiert (real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Zyklusreihe; nicht saisonbereinigt: 2,4%). Der aktuelle Konjunkturzyklus hat nun seinen Höhepunkt bereits im Jahr 2017 mit einem Wachstum von 2,7% (nicht-saisonbereinigt 2,5%) erreicht. Das Wachstum des privaten Konsums im Jahr 2018 ist um 0,5 Prozentpunkte auf 1,1% hinunterrevidiert worden. Da nun aber das Wachstum des öffentlichen Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen höher eingeschätzt werden, hat sich der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage zum BIP nicht geändert.

[9] Autoren: Friedrich Fritzer und Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Abbildung 1

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP-Wachstum

Wachstum zum Vorquartal in % (BIP) bzw. Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten



Quelle: WIFO.

Tabelle 1: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Österreich

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom 25.9.2019

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q3 18	+0.4	+0.2	+0.1	+0.9	+1.1	+1.0	0.3	0.1	−0.0	−0.0
Q4 18	+0.6	+0.3	−0.1	+1.2	+0.9	+0.8	0.5	0.1	0.0	−0.0
Q1 19	+0.5	+0.5	−0.1	+1.0	+0.8	+0.6	0.5	0.2	−0.1	−0.0
Q2 19	+0.3	+0.4	+0.0	+0.5	+0.5	+0.4	0.3	0.1	−0.1	−0.0
2015	+1.1	+0.4	+0.9	+2.3	+3.2	+3.4	0.9	0.0	0.1	0.0
2016	+2.0	+1.6	+1.6	+3.8	+3.4	+4.1	2.0	−0.2	0.1	0.1
2017	+2.7	+1.7	+1.2	+3.7	+5.0	+4.7	2.0	0.4	0.2	0.1
2018	+2.3	+1.1	+0.7	+4.3	+5.4	+4.2	1.7	0.8	−0.0	−0.2

Revisionen gegenüber 30.07.2019 (Q2 Flash)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	in Prozentpunkten						*in Prozentpunkten*			
Q3 18	+0.0	−0.1	−0.2	+0.1	+0.2	+0.3	−0.0	−0.1	0.1	0.0
Q4 18	+0.1	+0.0	−0.3	+0.5	+0.1	+0.1	0.1	0.0	0.0	−0.0
Q1 19	+0.1	−0.0	−0.3	+0.2	−0.1	−0.2	−0.0	0.0	−0.1	0.1
Q2 19	−0.0	−0.0	−0.3	−0.0	−0.0	−0.1	−0.1	0.0	0.0	−0.0
2015	−0.1	+0.0	+0.1	+0.2	−0.3	−0.0	0.1	−0.2	−0.0	0.0
2016	+0.0	+0.2	−0.1	−0.4	+0.4	+0.1	−0.0	0.2	−0.1	−0.0
2017	−0.1	−0.0	−0.2	−0.1	+0.4	+0.2	−0.1	0.1	−0.1	−0.0
2018	−0.4	−0.5	+0.3	+0.7	+0.9	+1.0	−0.0	−0.0	−0.4	0.0

Quelle: WIFO, Eigene Berechnungen OeNB

Die Wachstumsraten für Exporte und Importe wurden für die Jahre 2016 bis 2018 zum Teil deutlich angehoben, der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte hat sich aber nur geringfügig erhöht. Die Lagerveränderungen haben laut neuer VGR im Jahr 2018 keinen Wachstumsbeitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet. Das bedeutet eine Abwärtsrevision um 0,4 Prozentpunkte und erklärt damit die gesamte BIP-Revision. Die Wachstumsraten für die ersten beiden Quartale des Jahres 2019 wurden hingegen kaum revidiert - weder für das BIP noch für die Nachfragekomponenten.

Seit der Einführung von ESVG 2010 berechnet das WIFO zwei unterschiedliche saisonbereinigte BIP-Reihen. Die von WIFO und OeNB in ihren Konjunkturanalysen verwendete Trend-Zyklusreihe (erste Spalte in Tabelle 2) ist um irreguläre Schwankungen bereinigt und daher weniger volatil als die von Eurostat und Statistik Austria publizierte Reihe. Diese Unterschiede sind seit dem zweiten Halbjahr 2018 besonders ausgeprägt. Auslöser könnten die durch die neuen Abgasregeln ausgelösten Schwankungen im Automobilsektor sein. Darauf deuten jedenfalls nachfrageseitig extreme Schwankungen bei den Fahrzeuginvestitionen und entstehungsseitig in der Sachgüterindustrie hin. Die Eurostat-Reihe wird üblicherweise von internationalen Institutionen wie EK, IMF oder OECD verwendet.

Tabelle 2

Reales BIP-Wachstum in Österreich nach unterschiedlichen Saisonbereinigungskonzepten

	Trend-Zyklusreihe (WIFO, OeNB)	Saisonbereinigte Reihe (Eurostat, STAT)	Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %		in %-Punkten
2018Q3	+0.4	+0.1	+0.3
2018Q4	+0.6	+0.9	−0.3
2019Q1	+0.5	+0.6	−0.1
2019Q2	+0.3	+0.0	+0.3
2015	+1.1	+1.0	+0.1
2016	+2.0	+2.1	−0.1
2017	+2.7	+2.6	+0.0
2018	+2.3	+2.3	−0.0

Quelle: WIFO, Eigene Berechnungen OeNB

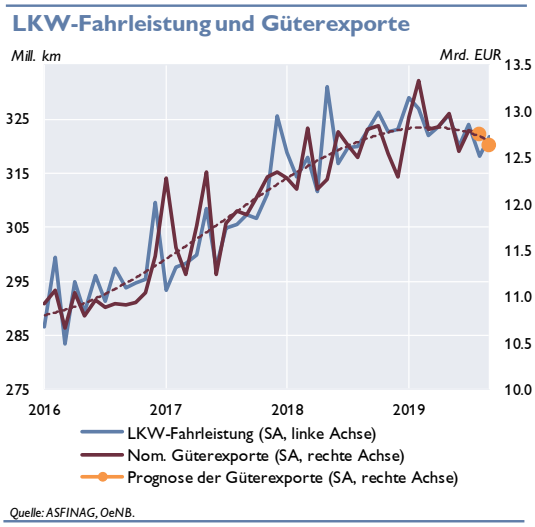
Ein Update des im August auf Basis der VGR-Schnellschätzung berechneten OeNB-Konjunkturindikators ergibt für das dritte und vierte Quartal 2019 weiterhin ein Wachstum von 0,2% bzw. 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Für das Gesamtjahr 2019 ergibt sich damit ein BIP-Wachstum von 1,6%. Diese Prognose liegt innerhalb der Bandbreiten der im Oktober veröffentlichten Prognosen (WIFO: 1,7%, IHS: 1,6%, IWF: 1,6%, Bank Austria 1,5%).

Außenhandel verliert weiter an Dynamik

Die österreichische Exportwirtschaft kann sich der internationalen Konjunkturschwäche nicht entziehen. Im Juli 2019 wurden gemäß den aktuellen Daten von Statistik Austria nominell um 5,3% mehr Güter im Ausland abgesetzt als im Vorjahresmonat. Bereinigt um Arbeitstageffekte – der Juli hatte um einen Arbeitstag mehr als der Vorjahresmonat – fiel der Anstieg mit +1,2% deutlich schwächer aus. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2019 stiegen die nominellen Güterexporte um 3,6%. Die Exporte in den Euroraum zeigten dabei mit +2,4% eine unterdurchschnittliche Dynamik. Dies ist vor allem der schwachen Entwicklung der Exporte nach Deutschland (+0,5%) und Italien (+1,0%) geschuldet, auf die zusammen 37% der österreichischen Güterexporte entfallen. Von den Top 10 Exportdestinationen Österreichs zeigten die Exporte nach China (+13,8%), Ungarn (+13,1%) und UK (+12,3%) das höchste Wachstum. Von den Gütergruppen ist insbesondere das starke Wachstum von Brennstoffen und Energie (+18,8%, preisbedingt), Fahrzeugen (+10,3%) und chemischen Erzeugnissen (+7,6%) hervorzuheben, während die Exporte von bearbeiteten Waren leicht schrumpften (-0,9%).

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators stagnierten die Güterexporte in den Monaten August und September im Vergleich zu den Vorjahresmonaten nahezu (-0,1% bzw. +0,9%). Damit setzte sich die schwache Exportdynamik der letzten Monate fort. Für das dritte Quartal ergibt sich ein Wachstum von 2,1%, arbeitstagbereinigt jedoch nur von 0,6%. Seit dem Höhepunkt im Februar 2019 ging das um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigte Exportvolumen leicht zurück – ein Spiegelbild der verhaltenen Nachfrage auf den österreichischen Absatzmärkten. Für die nächsten Monate signalisieren die Umfragewerte eine weitere Abkühlung der Exportkonjunktur. Die Einschätzung der Exportauftragseingänge lt. Einkaufsmanagerindex der Bank Austria ging im August stark zurück und lag mit 43,5 Punkten deutlich unter der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Auch die von der Europäischen Kommission erhobenen Erwartungen des Exportvolumens sinken beständig und erreichten mit -3,3 Punkten im dritten Quartal ein deutlich unterdurchschnittliches Niveau. Die österreichische Exportwirtschaft blickt daher einem schwierigen vierten Quartal entgegen.

Abbildung 2



Industrieproduktion dreht im zweiten Quartal 2019 ins Minus

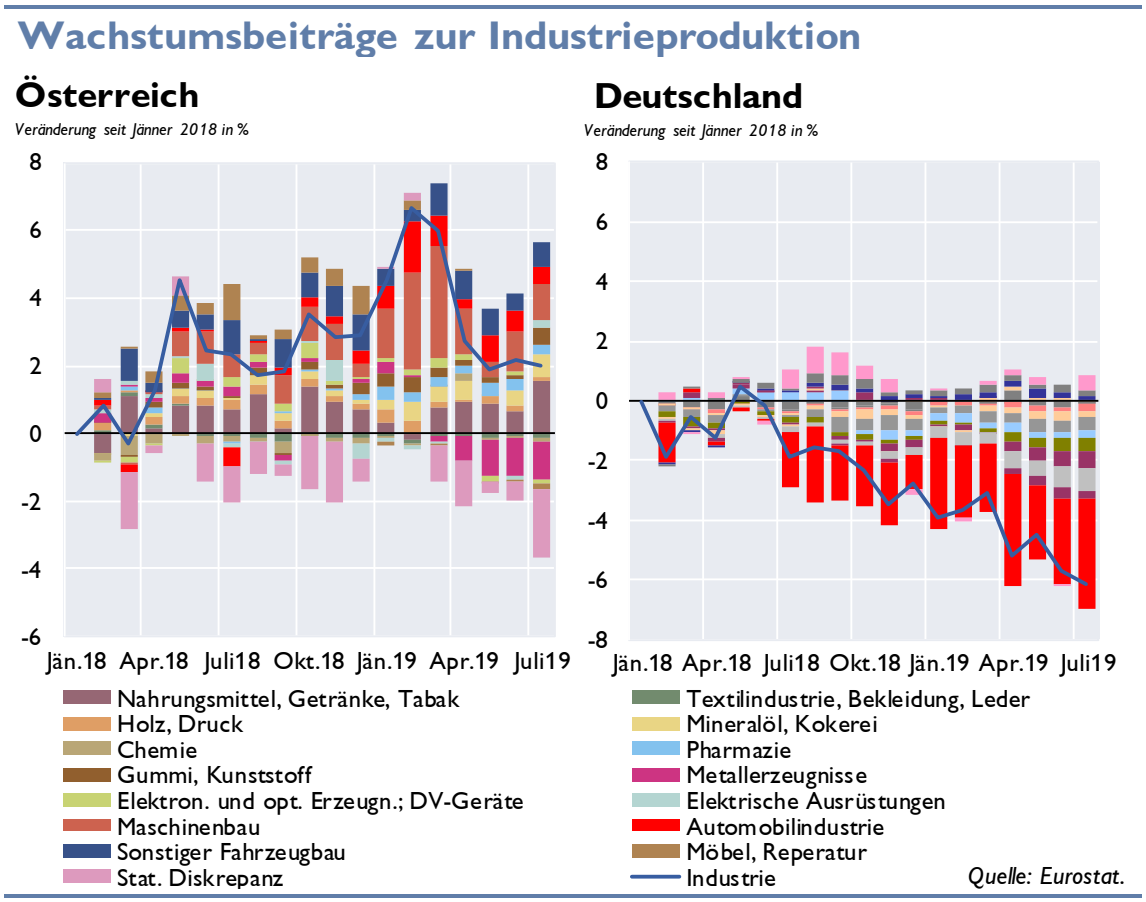
Die verfügbaren Vorlaufindikatoren für die österreichische Industrie zeigen seit einigen Monaten eine Abschwächung der Industriekonjunktur an. Seit Ende des ersten Quartals liegt das Industrievertrauen laut Umfrage der Europäischen Kommission unter seinem langjährigen Durchschnitt. Der von der Bank Austria veröffentlichte Einkaufsmanagerindex unterschreitet seit April die 50 Punkte-Marke – ein Signal für einen bevorstehenden Rückgang der Industrieproduktion.

Die Industrieproduktion erreichte im Februar ihren Höhepunkt und sank bis Mai um 4,4%. Im Juni und Juli war eine Stagnation zu beobachten. Damit geht eine lange Hochkonjunkturhase der österreichischen Industrie zu Ende. In den Jahren 2015 bis 2018 ist die Industrieproduktion im Durchschnitt um 3½% gewachsen. Auch gegen Ende des letzten Jahres und zu Beginn des laufenden Jahres zeigte sich die österreichische Industrie noch erstaunlich resilient. Im ersten Quartal 2019 stieg die Industrieproduktion im Jahresabstand noch um 5½%. Getragen wurde das Wachstum der Industrieproduktion im ersten Quartal vor allem vom Maschinenbau, aber auch von der Automobilindustrie. Die österreichische Industrie konnte sich damit lange dem Abwärtstrend der deutschen Industrie entziehen. In Deutschland hat die Rezession neben der Automobilindustrie auch die meisten anderen Industriezweige erfasst.

So bemerkenswert die Abkoppelung von Deutschland in den vergangenen Monaten auch war, gänzlich entziehen kann sich Österreichs Industrie dieser Entwicklung nicht. Neben den wegfallenden Impulsen aus dem Maschinenbau, ist es vor allem die rückläufige Produktion von Metallerzeugnissen, die die Industrieproduktion dämpft. Auch wenn Österreichs Industrie zur Jahresmitte 2019 Produktionsrückgänge verzeichnen musste, so fällt dieser Rückgang deutlich schwächer aus als in Deutschland.

Neben der Entwicklung in Deutschland haben sich zuletzt auch die Wachstumsaussichten für die CESEE-Länder eingetrübt, und der Ausblick für den Welthandel bleibt verhalten. Angesichts dieses schwierigen globalen Umfelds blickt die exportorientierte österreichische Industrie einem schwierigen zweiten Halbjahr entgegen.

Abbildung 3



Konjunkturabkühlung schlägt sich am Arbeitsmarkt nieder

Die Konjunkturabkühlung hinterlässt seit der Jahresmitte ihre Spuren am Arbeitsmarkt. Das Wachstum der Zahl der unselbstständig Beschäftigten, das im Jahr 2018 mit +86.200 Personen den höchsten Wert seit dem Jahr 1973 (95.600) erreicht hat, hat sich im Verlauf des heurigen Jahres sukzessive abgeschwächt und kam im September bei 55.900 (im Vergleich zum Vorjahresmonat) zu liegen.[10]

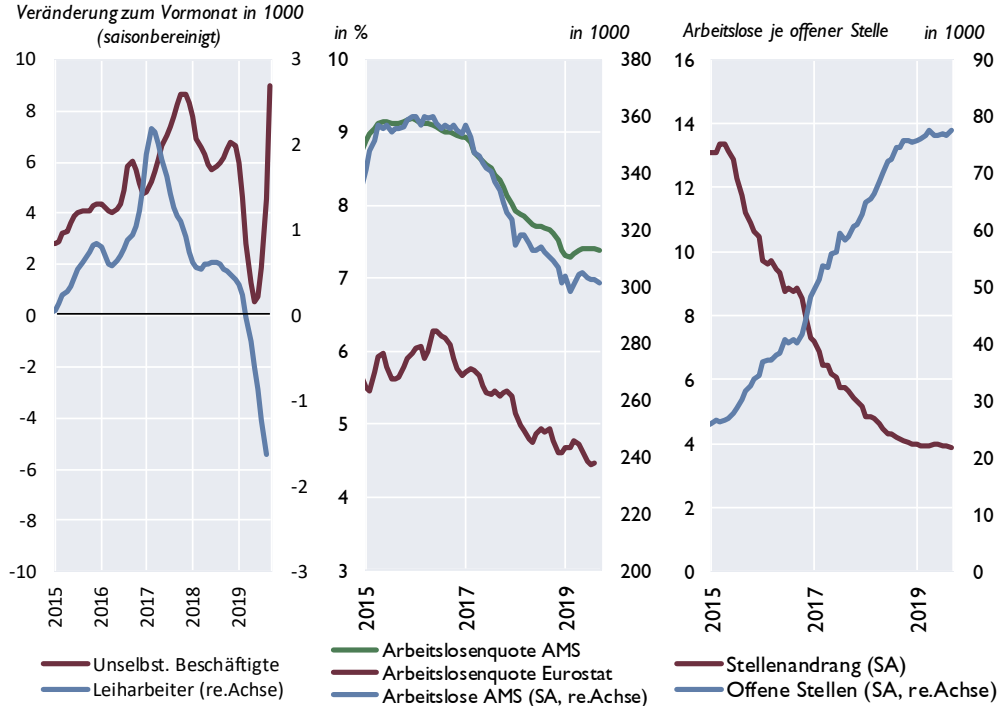
Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung lag im September bei 7,4% und damit im Durschnitt der ersten drei Quartale dieses Jahres. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat weist hingegen heuer einen sinkenden Trend auf und kam im August bei 4,5% zu liegen. Die Zahl der Leiharbeiter, ein guter Vorlaufindikator für den gesamten Arbeitsmarkt, ist hingegen bereits seit April 2019 rückläufig. Das spiegelt einerseits die spezifische Wachstumsschwäche im

[10] Im August betrug das Beschäftigungswachstum nur 26.600 Personen. Diese Wachstumsabschwächung ist jedoch ein rein statistischer Effekt, da der 31. August auf einen Samstag fiel (2018: Freitag) und damit rund 30.000 Ferialpraktikanten nicht erfasst wurden, da sie an diesem Stichtag nicht mehr beschäftigt waren.

Industriesektor wider, da die Mehrheit der Leiharbeiter in diesem Sektor beschäftigt ist und signalisiert andererseits eine verhaltene Beschäftigungsdynamik in den kommenden Monaten.

Abbildung 4

Arbeitsmarktindikatoren für Österreich (saisonbereinigt)



Quelle: AMS, HSV, Eurostat. *Anmerkung: Alle Daten saisonbereinigt*

Rückgang der österreichischen HVPI-Inflation auf 1,2% im September 2019

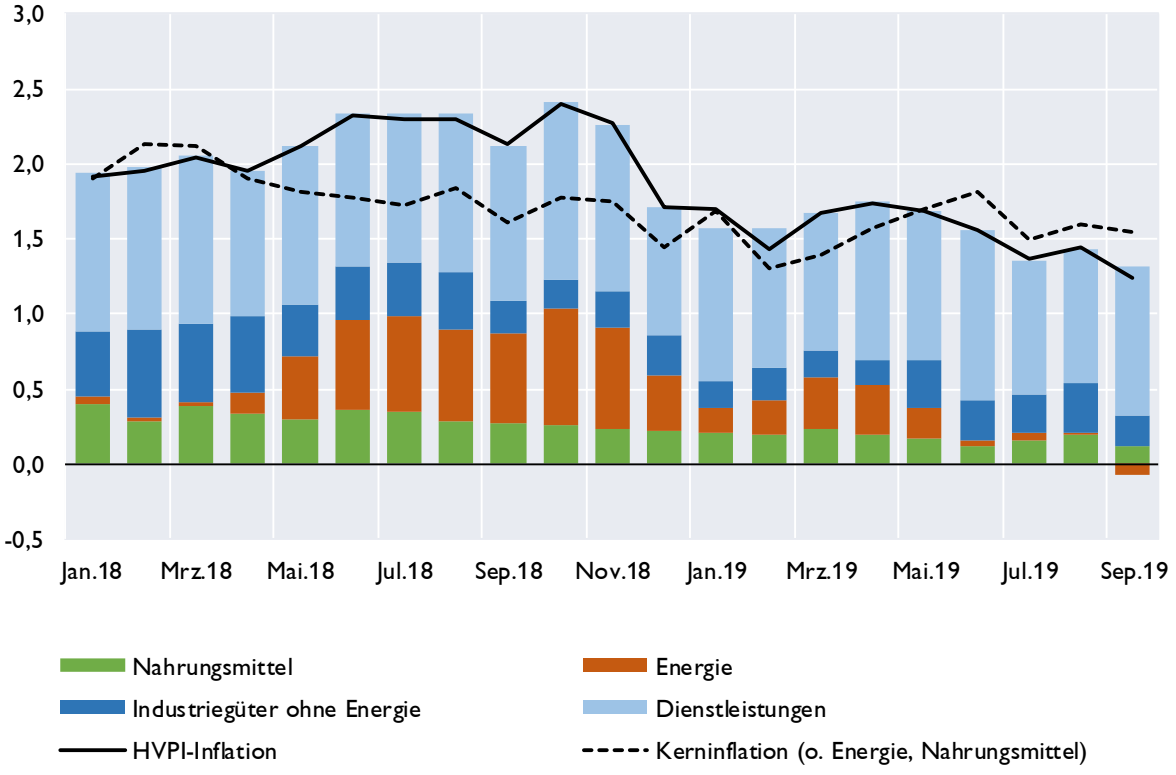
Die österreichische am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate lag von März bis Mai 2019 bei 1,7% und ging danach bis September 2019 auf 1,2% zurück. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die abnehmende Teuerung von Energie und in einem weit geringeren Ausmaß auf Nahrungsmittel zurückzuführen, während die Teuerungsraten von Dienstleistungen sowie von Industriegütern ohne Energie weitgehend konstant blieben. Somit veränderte sich auch die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate in den letzten Monaten nur wenig und lag im September 2019 bei 1,6%.

Der Hauptgrund für den Rückgang der Energiepreisinflation und damit auch der Gesamtinflation in den letzten Monaten war die Entwicklung des Rohölpreises, der sich von rund 72 US-Dollar pro Barrel der Marke Brent im April 2019 auf 62 US-Dollar pro Barrel im September 2019 abschwächte. Dies spiegelt laut Fed New York eine Ausweitung der Angebotsmenge von Ländern außerhalb der OPEC, gepaart mit der nachlassenden Nachfrage infolge der globalen Konjunktureintrübung, wider. Mitte September erfolgte ein abrupter Anstieg des Rohölpreises aufgrund eines Drohnenangriffs auf Ölraffinerien in Saudi-Arabien, der sich aber innerhalb weniger Tage zum Großteil wieder zurückbildete.

Abbildung 5

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Geringfügig reduziertes Periodenergebnis im 1. Halbjahr 2019 für Österreichs Banken[11]

Im 1. Halbjahr 2019 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund 3,5 Mrd EUR und damit um 71 Mio EUR weniger als im 1. Halbjahr 2018. Das geringfügig reduzierte Periodenergebnis im 1. Halbjahr 2019 resultiert aus geringeren Auflösungen bei den Wertminderungen.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute

		1. HJ 2019	1. HJ 2018	Differenz	
		in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ
	ZINSERGEBNIS, NETTO	7.681	7.484	197	2,6%
+	PROVISIONSERGEBNIS, NETTO	3.494	3.536	−42	-1,2%
+	Handelserfolg [1]	301	336	−35	-10,4%
+	Dividendenerträge	321	305	16	5,1%
+	Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto	194	−53	247	468,7%
+	Sonstiges betriebliches Ergebnis	106	68	38	55,4%
=	**BETRIEBSERTRÄGE, NETTO**	**12.097**	**11.677**	**420**	**3,6%**
-	(Verwaltungsaufwendungen)	7.083	7.126	−43	-0,6%
-	(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen)	820	603	217	36,0%
=	**BETRIEBSERGEBNIS**	**4.194**	**3.948**	**246**	**6,2%**
-	(Saldo aus Wertberichtigungen, Wertminderungen/Wertaufholungen sowie Rückstellungen für das Kreditrisiko)	−20	−177	157	88,9%
-	(Sonstige Rückstellungen)	113	−40	153	378,3%
+	Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	528	609	−82	-13,4%
+	Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen	1	−102	103	100,9%
+	Sonstiger Saldo in Summe	8	−6	15	232,7%
=	**PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN**	**4.638**	**4.666**	**−28**	**-0,6%**
-	(Ertragssteuern)	787	789	−2	-0,2%
+	Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	2	1	1	170,5%
+	Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	3	14	−11	-79,4%
-	(Minderheitenanteile)	334	299	35	11,7%
=	**PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN**	**3.521**	**3.592**	**−71**	**-2,0%**

Quelle: OeNB.

[1] Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto +Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP +Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto

Datenstand: 20.09.2019

Die konsolidierten Betriebserträge der österreichischen Kreditinstitute lagen im 1. Halbjahr 2019 um 420 Mio EUR über dem Wert im Halbjahr 2018. Positiv auf die Betriebserträge wirkte sich vor allem das um 247 Mio EUR gestiegene Ergebnis aus nicht zum Handelsbestand

[11] Autoren: Stefan Kinschner, Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, aus. Dieser Anstieg ist größtenteils auf Bewertungsgewinne bei Eigenkapitalinstrumenten zurückzuführen. Weitere positive Treiber waren ein um 197 Mio EUR gestiegenes Nettozinsergebnis sowie ein um 38 Mio EUR höheres sonstiges betriebliches Ergebnis. Einen Rückgang verzeichnete hingegen das um 42 Mio EUR geringere Provisionsergebnis und der um 35 Mio EUR gesunkene Handelserfolg.

Das konsolidierte Betriebsergebnis wies einen Anstieg um 246 Mio EUR aus. Neben den bereits angeführten gestiegenen Betriebserträgen wirkten sich die um 43 Mio EUR geringeren Verwaltungsaufwendungen positiv aus. Die Erhöhung der Abschreibungen um 217 Mio EUR gegenüber dem 1. Halbjahr 2018 dämpfte hingegen das Betriebsergebnis.

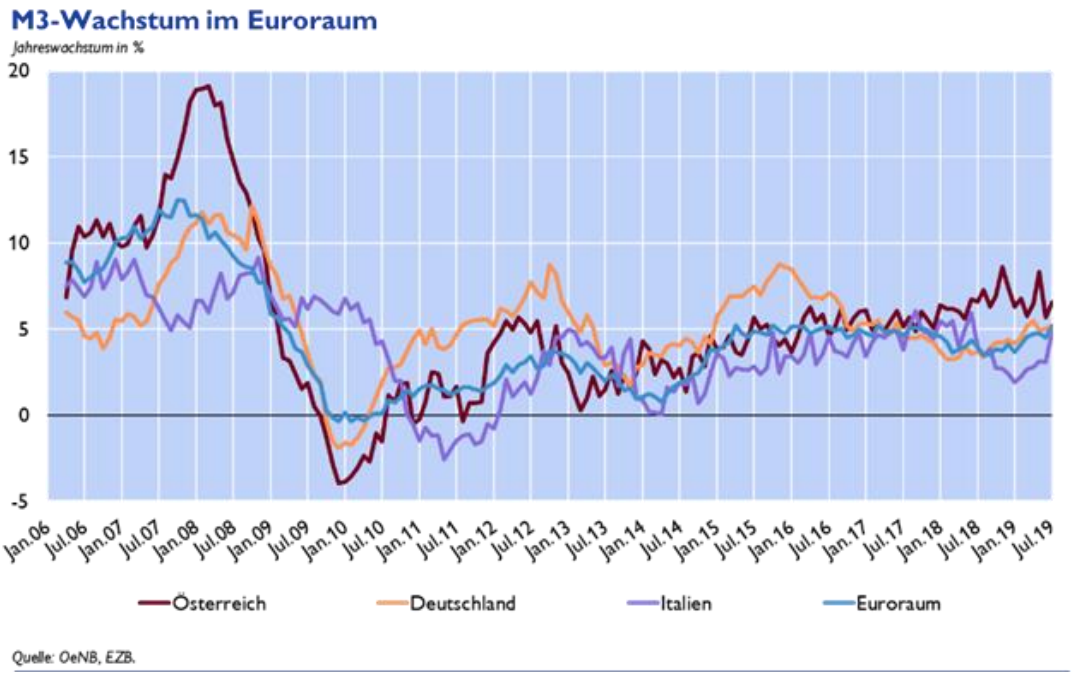
Insgesamt wurde ein im Vergleich zum 1. Halbjahr 2018 um 71 Mio EUR geringeres konsolidiertes Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen erzielt. Hauptverantwortlich dafür zeichneten um 157 Mio EUR geringere Wertaufholungen bzw. geringe Auflösungen von Wertminderungen als im 1. Halbjahr 2018. Darüber hinaus beeinflussten die um 153 Mio EUR höheren sonstigen Rückstellungen und das um 82 Mio EUR geringere Ergebnis aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen das Periodenergebnis negativ. Ergebnisverbessernd wirkte sich hingegen das um 103 Mio EUR gestiegene Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen, langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen aus.

Es ist zu beachten, dass die Daten für das 1. Halbjahr 2019 auf den Bilanzierungsvorschriften gemäß IFRS 16 beruhen, während die Vergleichswerte für das 1. Halbjahr 2018 noch unter IAS 17 erstellt wurden. Diese Regelwerke unterscheiden sich hauptsächlich in den Vorgaben zur Erfassung von Leasingverhältnissen.

Österreichs Beitrag zum Geldmengenwachstum im Euroraum entwickelt sich weiterhin überdurchschnittlich[12]

Der österreichische Beitrag zum Geldmengenwachstum M3 im Euroraum stieg im Juli 2019 mit einer Jahreswachstumsrate von 6,6% (+24,0 Mrd. EUR) auf 390,8 Mrd EUR an. Da sich der Beitrag Österreichs zur Geldmenge in den letzten Jahren dynamischer entwickelte als im gesamten Euroraum, stieg auch der Anteil Österreichs am gesamten Geldmengenaggregat M3 im Euroraum auf rund 3,1% an. Im Euroraum insgesamt nahm das Geldmengenwachstum im Laufe des Jahres 2019 kontinuierlich zu und wies im Juli 2019 mit 5,2% den höchsten Wert seit März 2017 auf. In Deutschland, welches mit 26,8% den höchsten Anteil am Geldmengenaggregat M3 im Euroraum hat, lag das Wachstum mit 5,2% genau im Euroraum-Durchschnitt. Am dynamischsten entwickelte sich das Geldmengenwachstum mit 11,6% in Estland, welches jedoch nach Lettland (0,15%) mit 0,16% den geringsten Anteil am Geldmengenaggregat M3 im Euroraum aufweist.

Grafik 1



Betrachtet man die Einzelkomponenten der Geldmenge, so zeigt sich, dass sowohl in Österreich als auch im Euroraum insgesamt weiterhin täglich fällige Einlagen – welche in Österreich mit 67% bzw. im Euroraum mit 59% den höchsten Anteil an der Geldmenge M3 ausmachen – und somit das Geldmengenaggregat M1 für das deutlich positive Geldmengenwachstum verantwortlich waren. Täglich fällige Einlagen weiteten sich im Jahresverlauf in Österreich um 7,2% bzw. +17,4 Mrd EUR aus (Euroraum: +8,3% bzw. +573,3 Mrd EUR), wobei der mit Abstand größte Teil des Anstieges (90%) auf private Haushalte

[12] Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

(+10,1% bzw. +15,6 Mrd EUR) zurückzuführen war. Neben privaten Haushalten kam es auch bei nichtfinanziellen Unternehmen (+4,6% bzw. +2,6 Mrd EUR) und sonstigen Finanzintermediären[13] (+2,6% bzw. +0,4 Mrd EUR) zu einer Ausweitung ihrer täglich fälligen Einlagen bei österreichischen Banken. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass die Wachstumsdynamik täglich fälliger Einlagen im Laufe der letzten 12 Monate abgenommen hat. So war deren Jahreswachstum vor 12 Monaten in Österreich noch bei 13,5% gelegen.

Im Euroraum waren es neben privaten Haushalten (+9,2% bzw. +357,7 Mrd EUR) auch nichtfinanzielle Unternehmen (+8,8% bzw. +164,1 Mrd EUR), die das täglich fällige Einlagenwachstum dominierten und zusammen einen Anteil von 91% an der gesamten Ausweitung (+8,3% bzw. +573,3 Mrd EUR) aufwiesen.

Tabelle 1

Täglich fällige Einlagen nach Sektoren

Jul 19		Bestand		monatlicher Flow		jährlicher Flow		Jahreswachstum in %	
in Mrd EUR		AT	Euroraum	AT	Euroraum	AT	Euroraum	AT	Euroraum
Summe täglich fällige Einlagen		259	7.493	1,6	70,4	17,4	573,3	7,2	8,3
1	**Private Haushalte**	170	4.254	0,4	49,6	15,6	357,7	10,1	9,2
2	**Nichtfinanzielle Unternehmen**	59	2.018	-0,3	31,1	2,6	164,1	4,6	8,8
3	**Sonstige Finanzintermediäre**	16	763	-0,2	-4,9	0,4	29,2	2,6	4,0
4	**Versicherungen und Pensionskassen**	3	157	0,3	0,5	-1,0	3,0	-26,2	1,9
5	**Sonstiger Staat**	11	301	1,4	-5,9	-0,2	19,4	-2,1	6,9

Die sonstigen kurzfristigen Einlagen, welche in Österreich fast ausschließlich (zu 96%) aus Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren bestehen, lieferten in Österreich ebenfalls einen positiven Beitrag zum M3-Wachstum. Im Euroraum kam es in dieser Kategorie mit einer Jahreswachstumsrate von 0,1% zu einer Stagnation. Den höchsten Anteil am Einlagenvolumen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren hatten in Österreich mit 66,3 Mrd EUR private Haushalte, welche allerdings mit -3,3% bzw. -2,2 Mrd EUR ihr Einlagenvolumen in dieser Kategorie abbauten. Für den Zufluss bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit verantwortlich waren der Staatssektor[14] (+60,4% bzw. +2,3 Mrd EUR), sonstige Finanzintermediäre (+35,5% bzw. +2,1 Mrd EUR) und der Unternehmenssektor (+14,8% bzw. +1,5 Mrd EUR). Insgesamt war zu erkennen, dass von den 3,6 Mrd EUR an Zuflüssen bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren, der Großteil (ca. 3,0 Mrd EUR) von Geschäftspartnern mit Sitz in der sonstigen Währungsunion kam. Rund die Hälfte (1,5 Mrd EUR) des Nettozuflusses aus der sonstigen Währungsunion kam von sonstigen Finanzintermediären mit Sitz in Luxemburg und Belgien.

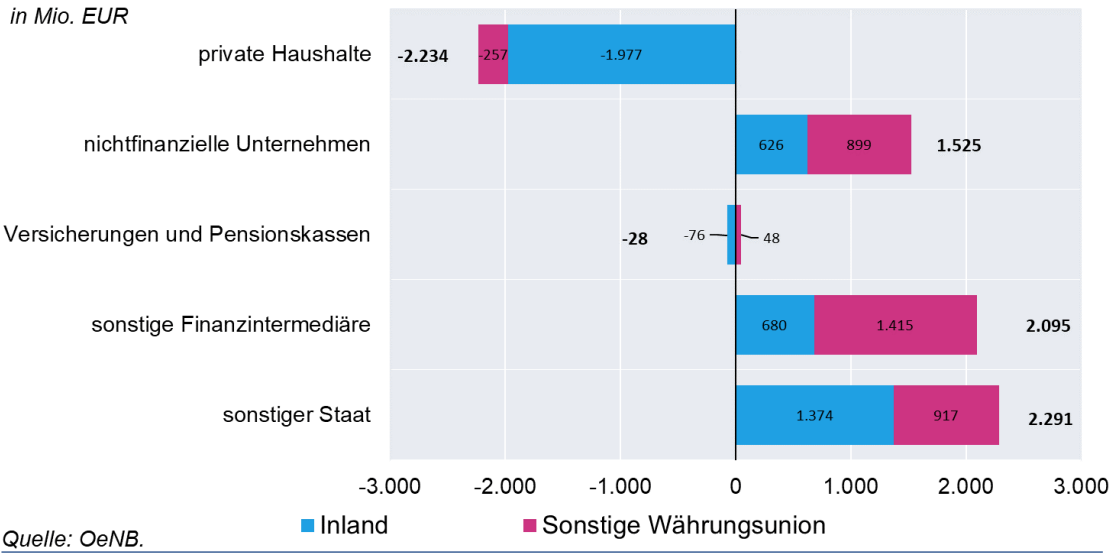
[13] In diesem Sektor sind u.a. Investmentfonds, Privatstiftungen und Finanzleasingunternehmen enthalten.

[14] Sonstiger Staat = Bundesländer, Gemeinden, Sozialversicherungen.

Grafik 2

Nettotransaktionen (12 Monate) von Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis 2 Jahre bei österreichischen Banken

untergliedert nach Geschäftspartner/Sitz des Geschäftspartners



Quelle: OeNB.

Im Euroraum-Durchschnitt machten Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren lediglich 32% der sonstigen kurzfristigen Einlagen, die zu 68% aus Einlagen mit Kündigungsfrist[15] von bis zu drei Monaten bestehen, aus. Wie schon erwähnt, kam es insgesamt bei den sonstigen kurzfristigen Einlagen im Euroraum zu einer Stagnation, wobei sich die beiden Unterkategorien unterschiedlich entwickelten. Einlagen mit vereinbarter Laufzeit gingen im Euroraum – anders als in Österreich – mit -5,5% bzw. -63,7 Mrd EUR zurück. Diese Entwicklung wurde insbesondere von Spanien (-12,9% bzw. -27,0 Mrd EUR) und den Niederlanden (-22,9% bzw. -9,6 Mrd EUR) beeinflusst. Trotzdem leisteten auch Spanien und die Niederlande einen positiven Beitrag zum Geldmengenwachstum im Euroraum, da der Anstieg bei täglich fälligen Einlagen in beiden Ländern (Spanien: +8,7% bzw. +83,8 Mrd EUR, Niederlande: +5,1% bzw. +17,5 Mrd EUR) die soeben beschriebenen Rückgänge bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit überkompensierte. Einlagen mit Kündigungsfrist bis drei Monate entwickelten sich im Euroraum mit +3,0% bzw. +68,4 Mrd EUR positiv. Mit einem Jahreswachstum von 4,8% bzw. 31,9 Mrd EUR wurde diese Kategorie insbesondere von Frankreich positiv beeinflusst.

Kurzfristige marktfähige Finanzinstrumente (Repogeschäfte, begebene Geldmarktfondsanteile, begebene Wertpapiere mit Laufzeit bis zwei Jahre) haben in Österreich kaum eine Bedeutung. Das gesamte aushaftende Volumen lag in dieser Kategorie bei 3,1 Mrd EUR, sodass auch deren Einfluss auf die Geldmenge zu vernachlässigen ist. Auch im Euroraum insgesamt haben kurzfristige marktfähige Finanzinstrumente nur einen geringen Anteil an der Geldmenge und leisteten im Juli 2019 bei einem Jahreswachstum von -1,2% lediglich einen geringen negativen Beitrag zum Geldmengenwachstum.

[15] Jener Zeitraum, welcher von der Kündigung bis zur möglichen Auszahlung der Einlage vergeht, ohne eine Vertragsstrafe auszulösen.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 22. August bis 16. Oktober 2019[16]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
4. September 2019	EP ECON	Ernennung von Christine Lagarde zur neuen EZB-Präsidentin. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss des Europäischen Parlaments stimmte für die Ernennung von Christine Lagarde zur neuen EZB-Präsidentin. In ihrer Rede vor dem EP betonte die designierte EZB-Präsidentin Christine Lagarde nachfolgende Schwerpunkte: • Eine Kooperation zwischen unabhängiger EZB und dem gewähltem EP ist essentiell. Die EZB-Präsidentin plädierte für die Einhaltung des EZB-Mandats bei entsprechender Flexibilität. • Die Effektivität der Geldpolitik sei von der Resilienz des Finanzsystems abhängig. Trotz der bereits substanziellen Verbesserungen seit der Krise, gäbe es noch einige Herausforderungen wie die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion, die derzeit niedrige Profitabilität der Banken und die technologiebedingte Änderung des Finanzsektors. Hier seien Notenbanken und Finanzmarktaufsicht gefordert, Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die Chancen von Innovationen zu nutzen. • Christine Lagarde betonte die Notwendigkeit einer entsprechenden Fiskalpolitik zur Stabilisierung in schlechteren Zeiten und zur Entlastung der Geldpolitik. Christine Lagarde sprach sich für effektive und vereinfachte Regelungen sowie ein adäquates Fiskalinstrument des Euroraums aus. Diese Maßnahmen – in Kombination mit Reformen der Finanz- und Zahlungsverkehrssysteme – sollen der Stärkung der internationalen Rolle des Euro und somit der Souveränität Europas dienen.
10. September 2019	EK	Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte die Mitglieder und Prioritäten der zukünftigen Kommission vor. Das neue Kollegium umfasst acht Vizepräsidenten. Die Vizepräsidenten sind für die in den Politischen Leitlinien skizzierten Topprioritäten verantwortlich. Die Prioritäten der zukünftigen Kommission sind: Das Europäische Grüne Abkommen, ein an das digitale Zeitalter angepasstes Europa, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, die unsere europäische Lebensweise schützt, ein stärkeres Europa auf

[16] Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		internationaler Ebene und ein neuer Impuls für die europäische Demokratie. Drei exekutive Vizepräsidenten werden eine doppelte Funktion wahrnehmen. Sie sind als Vizepräsidenten für eines der drei zentralen Themen der Agenda der gewählten Präsidentin zuständig und gleichzeitig Kommissionsmitglieder: 1. Frans Timmermans (Niederlande) wird die Arbeiten am europäischen „Grünen Deal" koordinieren und mit Unterstützung der zuständigen Generaldirektion die Klimapolitik leiten. 2. Margrethe Vestager (Dänemark) wird die gesamte Agenda für ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist, koordinieren und als Kommissarin mit Unterstützung der zuständigen Generaldirektion für den Wettbewerb zuständig sein. 3. Valdis Dombrovskis (Lettland) wird die Arbeiten für die Wirtschaft in den Diensten der Menschen koordinieren und als Kommissar mit Unterstützung der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion für Finanzdienstleistungen zuständig sein.
13. September 2019	Eurogruppe	Eurogruppe (19 MS) • Beratungen zu Wachstum und Beschäftigung: Zwischen den Finanzministern fand ein Gedankenaustausch zu öffentlichen Finanzen im Euroraum statt. Einigkeit bestand in der Notwendigkeit verstärkter öffentlicher Investitionen unter Berücksichtigung der EU-Klimaschutzstrategie. • Irland: Kommission und EZB informierten die Finanzminister über Ergebnisse der elften Überwachungsmission nach Abschluss des Anpassungsprogramms in Irland (21.-24. Mai 2019). Es besteht eine anhaltend gute wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung Irlands und es bestehen keine Risiken hinsichtlich Rückzahlungen. • Griechenland: ESM-Managing-Direktor Klaus Regling begrüßte die wachstumsfreundlichen Reformen der neuen griechischen Regierung und den bestehenden Willen zur vorzeitigen Rückzahlung von Teilen des IWF-Kredits. Eurogruppe inklusives Format (27 MS) • Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC): Minister befassten sich mit offenen Fragen zu BICC für den Euroraum. Angestrebt wird ein Euroraum-Governance-Rahmen für BICC, der mit dem Europäischen Semester verknüpft sein soll. Die Eurogruppe und der Euro-Gipfel sollen federführend die strategische Richtung und die Prioritäten für Investitionen und Reformen vorgeben. Die Finanzierung ist nach wie vor umstritten. Einige Mitgliedsstaaten präferieren dafür EU-Budgetmittel, andere bevorzugen zusätzliche Mittel via intergouvernementale Vereinbarungen, dies bedürfte aber einer spezifischen Ermächtigungsklausel, was breit unterstützt wird. Eine Einigung wird für den Europäischen Rat im Oktober erwartet.

		• ESM-Vertragsüberarbeitung: Es bestand weitgehend ein Einvernehmen über eine ESM-Vertragsüberarbeitung, womit die politische Einigung vom Eurogipfel vom Dezember 2018 umgesetzt werden kann.
23. September 2019	EP ECON	Monetärer Dialog mit EZB-Präsident Mario Draghi Der EZB Präsident berichtete dem Europäischen Parlament, dass das Wirtschaftswachstum deutlicher zurückgegangen ist als erwartet. Deswegen war eine schnelle währungspolitische Reaktion erforderlich. Zur Gewährleistung der Preisstabilität war eine weitere Lockerung der Geldpolitik notwendig. Das Euro-Währungsgebiet hat nach wie vor keine fiskalpolitischen Instrumente zur Verfügung, die vergleichbar mit anderen großen Währungsräumen sind. Mit ihrer Unabhängigkeit hat die EZB jedoch auch künftig Anpassungsflexibilität. Langfristig gesehen ist die Errichtung eines fiskalpolitischen Instruments zur Stabilisierung des Euroraums notwendig.
9. Oktober 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte • Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit" (BICC): Die Finanzminister einigten sich auf die Eckpunkte von BICC, einschließlich effektiverer Maßnahmen zur Unterstützung öffentlicher Investitionen und struktureller Reformen, die 2021 in Kraft treten sollen. Die Implementierung des BICC soll im Rahmen des Europäischen Semesters erfolgen. Die Gesamthöhe des neuen Instruments muss jedoch noch festgelegt werden. Dessen Finanzierung wird Teil der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) der EU sein. • Portugal: Berichtet wurde von der 10. Post-programme-Überwachung. Es konnten wesentliche Fortschritte beim Abbau von „Non-performing loans" (NPLs) gemacht werden. Es wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7 % für 2019 und 2020, erwartet.
10. Oktober 2019	ECOFIN Rat	Schwerpunkte • Entwicklungsfinanzierungsarchitektur der EU: Dem ECOFIN Rat wurde ein Bericht der „Wise Persons Group (WPG)" unter dem Vorsitz von Thomas Wieser vorgestellt. Dieser Bericht beinhaltet Ergebnisse der Überprüfung des Zusammenwirkens von EIB, EBRD und den Außenprogrammen des EU-Haushaltes sowie mit den nationalen Entwicklungsbanken. Vorgeschlagen wird weiters die Errichtung einer „European Climate and Sustainable Development Bank". Schlussfolgerungen sollen im Dezember angenommen werden. • Aktionsplan zur besseren Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung: Der Aktionsplan soll durch eine Reihe nicht-legislativer, kurzfristiger Maßnahmen u.a. ein besseres Verständnis über die Schwächen bei der Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erreicht, die aufsichtliche Konvergenz gefördert, sowie die

		grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden. Einigung bestand darin, dass eine umfassende Umsetzung der vierten und fünften Geldwäscherichtlinie für einen aktiven Kampf gegen Geldwäsche unerlässlich ist. Es ist eine Verstärkung im Bereich der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den nationalen Behörden erforderlich. • Europäisches Semester: Mit der formellen Annahme der länderspezifischen Empfehlungen (CSR) beim ECOFIN-Rat wurde das Europäische Semester 2019 am 9. Juli beendet. Im Anschluss erfolgt nunmehr die übliche Rückschau, um Verbesserungspotential aufzuzeigen. Laut dieser Analyse hat sich der Ablauf des Europäischen Semesters u.a. durch die höhere Transparenz bei den finanzpolitischen CSR weiter verbessert; auch der stärkere horizontale Austausch war erfolgreich, könnte aber im Hinblick auf 2020 laut Wunsch der Mitgliedstaaten noch weiter vertieft werden. Ein erneuter Kritikpunk betrifft die mangelnde Umsetzung länderspezifischer Empfehlungen. • Neues Mitglied EZB-Direktorium: Die Finanzminister sprachen die Empfehlung für Fabio Panetta, Vize-Gouverneur der Banca d'Italia, als Nachfolger von Benoit Coeuré aus. Ein formaler Beschluss soll bis Jahresende 2019 vorliegen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

5. September 2019	IWF	Aufhebung der Alterslimite für die Position des Managing Directors (MD) Der IWF-Gouverneursrat hat dem Vorschlag des Exekutivdirektoriums zur Aufhebung der Alterslimite für die Position des MD zugestimmt. Seit Beschluss der sog. By-Laws des IWF im Jahre 1951 durfte das Alter eines Kandidaten/einer Kandidatin die Anzahl an 65 Lebensjahren nicht übersteigen sowie die Amtsperiode nicht in die Lebenszeit über 70 Jahren hineinreichen. Die unmittelbare wirksame Abänderung der By-Laws gleicht die „Terms of Appointment" jenen des IWF-Exekutivdirektoriums sowie der Weltbank an.
25. September 2019	IWF	Nominierung von Kristalina Georgieva für die Position des MD Das Exekutivdirektorium nominiert Fr. Georgieva als MD für die am 1. Oktober 2019 beginnende Amtsperiode von fünf Jahren. Mit Fr. Georgieva leitet erstmals eine Kandidatin aus einem Schwellenland den IWF.
27. September 2019	IWF	Griechenland Art. IV Konsultationen Der IWF-Stab beendete am 27. September die Artikel IV-Konsultationen mit Griechenland und kam u.a. zu der Schlussfolgerung, dass weiterhin substantielle Nachwirkungen der Staatsschuldenkrise bestehen würden (hohe private und öffentliche Staatsverschuldung, hohes Ausmaß an notleidenden Krediten im Bankensektor, etc.). Darüber hinaus würde die

		griechische Wirtschaft an geringer Produktivität, schlechter Zahlungskultur und ungünstigen demographischen Entwicklungen leiden. Unter realistischen makroökonomischen Einschätzungen wäre eine langfristige nachhaltige Verschuldungssituation nicht gegeben, der real-effektive Wechselkurs wäre weiterhin überbewertet. Für 2020 empfiehlt der IWF-Stab den griechischen Behörden und den europäischen Kreditgebern, die post-monitoring-Vorgaben des zu erzielenden Primärüberschusses abzusenken.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 21. Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose des Internationalen Währungsfonds für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanz-saldo	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeits-kräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,4	2,1	1,8	2,3	3,7	3,5	−5,6	−5,5	106,2	108,0	−2,5	−2,6
Japan	0,9	0,5	1,0	1,3	2,4	2,4	−3,0	−2,2	237,7	237,6	3,3	3,3
China	6,1	5,8	2	2	4	4	−6	−6	56	61	1,0	0,9
Euroraum	1,2	1,4	1,2	1,4	7,7	7,5	−0,9	−0,9	83,9	82,3	2,8	2,7
EU28	1,5	1,6	1,5	1,7	×	×	−0,9	−1,0	80,4	78,9	2,0	1,9
Österreich	1,6	1,7	1,5	1,9	5,1	5,0	0,1	−0,2	70,7	67,7	1,6	1,8
Deutschland	0,5	1,2	1,5	1,7	3,2	3,3	1,1	1,0	58,6	55,7	7,0	6,6
Vereinigtes Königreich	1,2	1,4	1,8	1,9	3,8	3,8	−1,4	−1,5	85,6	84,8	−3,5	−3,7
Polen	4,0	3,1	2,4	3,5	3,8	3,8	−1,5	−2,5	47,8	47,3	−0,9	−1,1
Ungarn	4,6	3,3	3,4	3,4	3,5	3,4	−1,8	−1,6	67,5	65,1	−0,9	−0,6
Tschechische Republik	2,5	2,6	2,6	2,3	2,2	2,3	0,2	−0,1	31,6	30,5	−0,1	−0,2

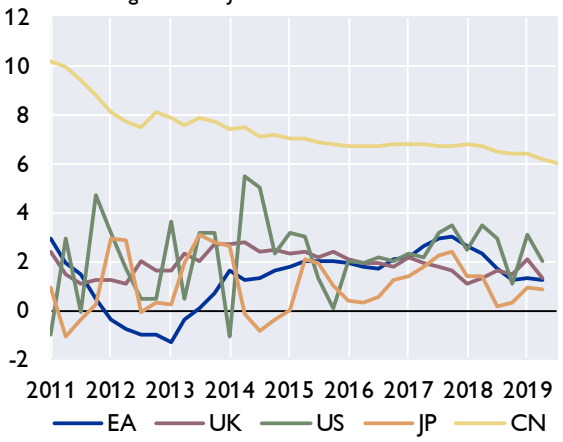
Quelle: IWF-WEO Prognose Oktober 2019.

[1] *HVPI-Inflation; China, USA, Japan: VPI.*

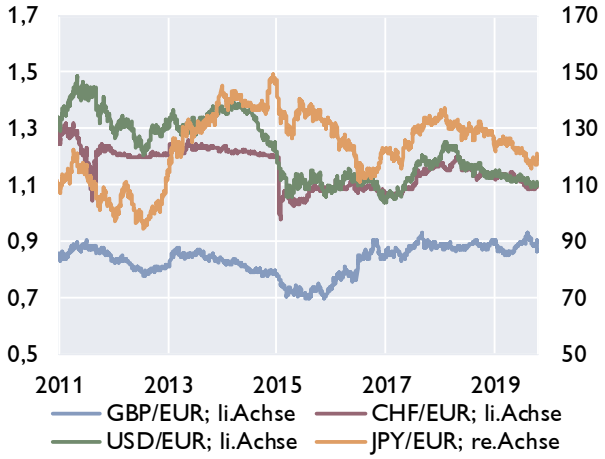
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

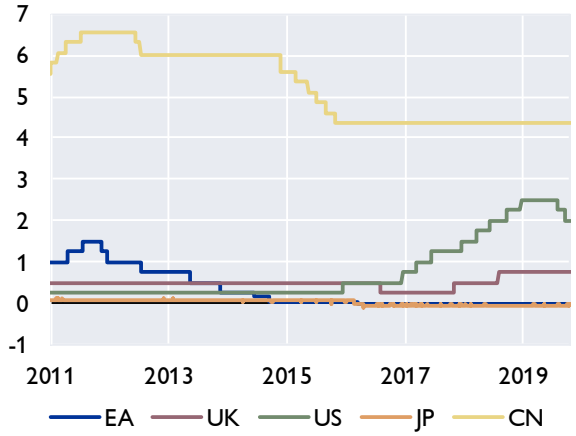


Wechselkurse zum Euro



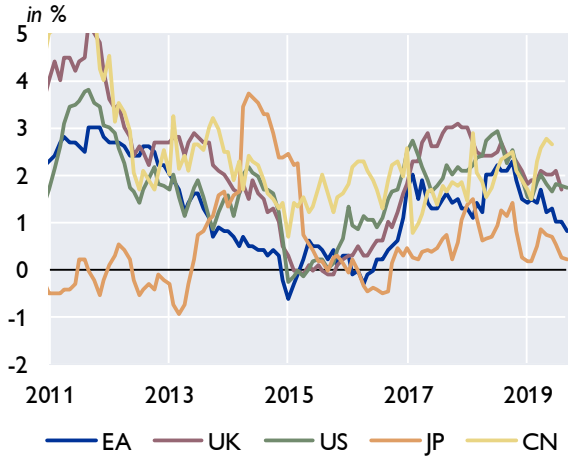
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



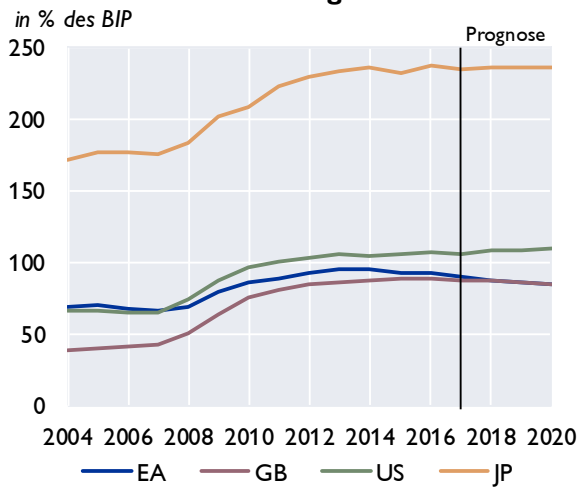
Verbraucherpreisindizes

in %



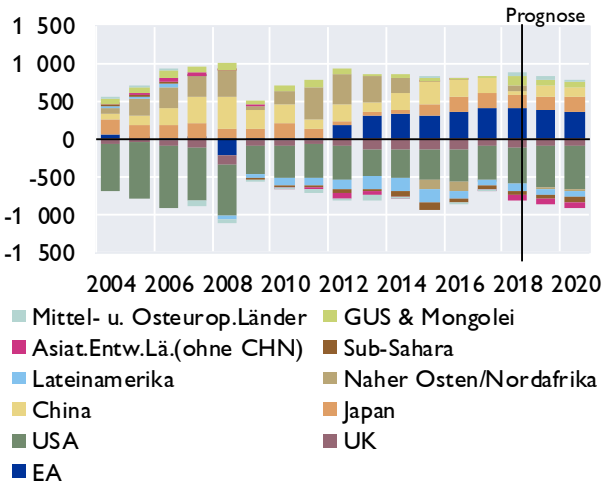
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

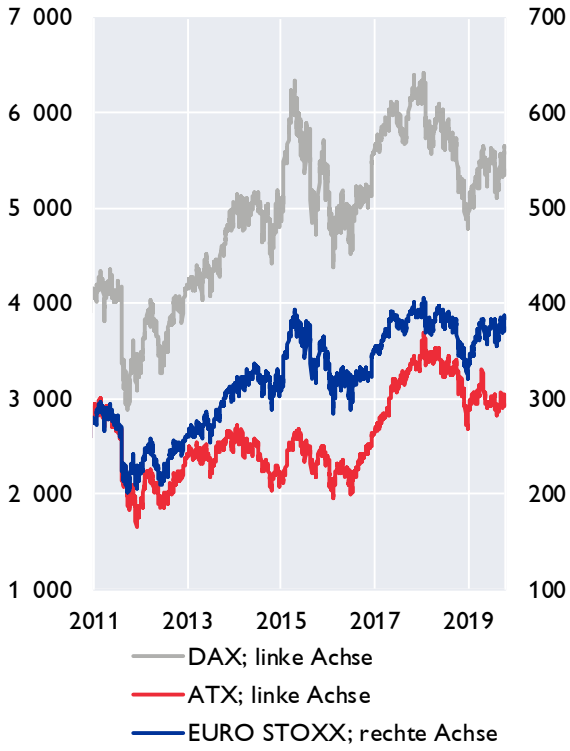


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2019 und IWF WEO Oktober 2019.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

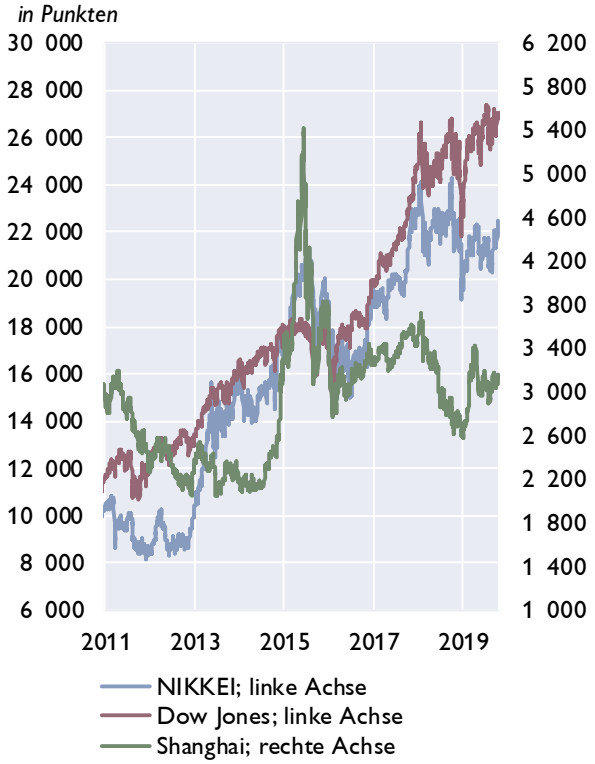
Aktienkurse - Europa

in Punkten



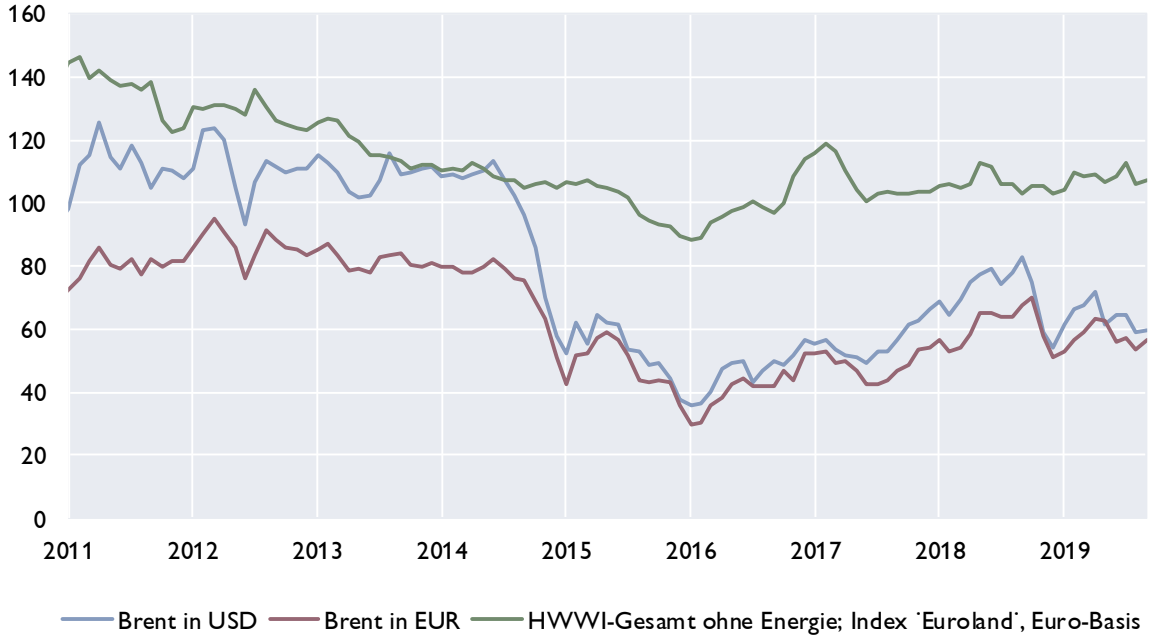
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Euroraum

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD[1]		IWF		EU-Kommission[2]	
	September 2019			Interim Sept.2019/Mai 2019		Oktober 2019		Interim Juli 2019/Mai 2019	
	2019	2020	2021	2019	2020	2019	2020	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	1,1	1,2	1,4	**1,1**	**1,0**	1,2	1,4	**1,2**	**1,4**
Privater Konsum, real	1,3	1,3	1,3	1,2	1,3	1,2	1,3	1,3	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,5	1,5	1,4	1,2	1,1	1,2	1,3	1,4	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,1	1,9	2,1	2,6	2,2	3,1	2,6	2,3	2,3
Exporte, real	2,3	2,4	3,0	×	×	2,2	2,9	2,3	3,0
Importe, real	2,6	3,1	3,4	×	×	2,6	3,3	2,8	3,3
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP Deflator	1,7	1,6	1,7	1,4	1,6	1,5	1,6	1,6	1,6
HVPI	1,2	1,0	1,5	1,2	1,5	1,2	1,4	**1,3**	**1,3**
Lohnstückkosten	2,1	1,7	1,5	1,1	1,1	2,4	1,1	1,7	1,5
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Beschäftigte	1,1	0,5	0,5	1,1	0,7	0,9	0,5	0,9	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	7,7	7,5	7,3	7,9	7,7	7,7	7,5	7,7	7,3
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,6	2,4	2,3	3,6	3,5	2,8	2,7	3,3	3,2
Öffentliches Defizit	−0,8	−0,8	−1,0	−0,9	−0,8	−0,9	−0,9	−0,9	−0,9
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	62,5	57,0	56,3	66,6	68,1	61,8	57,9	**64,7**	**61,5**
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,4	−0,6	−0,6	−0,3	−0,3	−0,4	−0,6	**−0,3**	**−0,5**
USD/EUR	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	**1,13**	**1,13**
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	×	×	×	**2,4**	**2,0**	2,4	2,1	2,4	1,9
BIP, real Welt[4]	2,8	3,2	3,3	**2,9**	**3,0**	3,0	3,4	3,2	3,5
Welthandel[4]	1,0	2,4	3,0	2,1	3,1	1,1	3,2	2,9	3,3

[1] *OECD: fett unterlegte Werte Interimsprognose September 2019; restliche Daten OECD Prognose Mai 2019.* - [2] *EK: fett unterlegte Werte Interimsprognose Juli 2019; restliche Daten EK Prognose Mai 2019.*

Seite 4

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2017	2018	2018 Q3	2018 Q4	2018 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Juni	2019 Juli	2019 Aug.	2019 Sept.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,8	2,1	1,9	1,4	1,4	1,0	1,3	1,0	1,0	0,8
Kerninflation	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	1,1	0,9	0,9	1,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,3	1,5	1,7	1,7	1,3	1,4	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	0,7	1,7	2,1	2,1	2,4	2,2	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,6	2,2	2,4	2,2	2,2	2,1	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,9	0,4	0,3	0,1	-0,2	-0,1	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	3,0	3,2	4,3	4,0	3,0	1,6	..	0,7	0,1	-0,8	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	107,1	106,2	104,8	104,7	107,3	108,0	108,9	108,6	113,0	106,0	107,5
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	48,5	60,6	65,3	59,6	56,2	60,7	55,7	55,8	57,3	53,5	56,5
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	54,8	71,5	75,8	68,3	63,6	68,4	62,0	62,9	64,2	59,5	62,1
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,5	1,9	0,2	0,3	0,4	0,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,6	1,4	0,2	0,4	0,4	0,2	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,5	1,1	0,2	0,4	0,4	0,3	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,3	0,5	1,5	0,2	0,5	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,5	0,2	0,6	0,3	0,3	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,5	0,5	-0,2	0,0	0,3	-0,1	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,1	0,0	0,2	-0,3	-0,2	0,0	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	241,0	193,4	40,9	49,1	42,7	57,1	..	19,7	24,5	14,7	..
Leistungsbilanz	349,5	359,1	78,9	85,5	95,2	57,1	..	22,5	21,6	26,6	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,2	3,0	2,7	2,9	3,2	1,9	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,1	111,2	110,9	108,8	106,0	104,1	102,5	103,3	102,7	103,1	101,7
Industrievertrauen (Saldo)	5,6	6,6	5,9	3,6	-0,5	-4,3	-7,3	-5,6	-7,3	-5,8	-8,8
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	57,4	55,0	54,3	51,7	49,1	47,7	46,4	47,6	46,5	47,0	45,7
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	103,2	103,1	103,2	102,2	99,5	98,4	94,9	97,5	95,8	94,3	94,6
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	2,9	0,9	0,5	-2,0	-0,5	-1,3	..	-2,3	-1,9	-2,6	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-5,4	-4,9	-5,1	-6,4	-7,0	-7,0	-6,7	-7,2	-6,6	-7,1	-6,5
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,5	1,6	1,3	1,7	2,4	2,0	..	2,5	2,2	2,0	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	83,0	83,9	83,8	83,6	83,6	82,8	81,9	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	9,1	8,2	8,0	7,9	7,8	7,6	..	7,5	7,5	7,4	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,6	1,5	0,3	0,3	0,4	0,2	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,7	4,1	3,6	4,1	4,6	4,5	..	4,5	5,1	5,7	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	4,8	5,1	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,2	3,0	3,1	3,0	3,1	3,2	..	3,2	3,2	3,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,33	-0,32	-0,32	-0,32	-0,31	-0,32	-0,40	-0,33	-0,36	-0,41	-0,42
10-Jahres Zinssatz (%)	1,17	1,27	1,30	1,39	1,11	0,80	0,17	0,58	0,36	0,10	0,05
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,50	1,59	1,62	1,71	1,42	1,12	0,57	0,90	0,72	0,51	0,47
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	102,1	115,3	123,8	129,0	133,4	114,3	114,5	119,9	111,4	112,8	119,7
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	377,0	375,2	381,0	348,6	353,1	372,9	374,4	369,7	380,0	363,6	379,7
Wechselkurs USD je EUR	1,13	1,18	1,16	1,14	1,14	1,12	1,11	1,13	1,12	1,11	1,10
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	96,6	98,9	99,2	98,5	97,4	97,3	97,7	97,9	97,5	98,1	97,4
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	91,4	93,4	93,7	93,0	91,7	91,4	91,5	91,9	91,3	91,9	91,2
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-1,0	-0,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	89,1	87,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

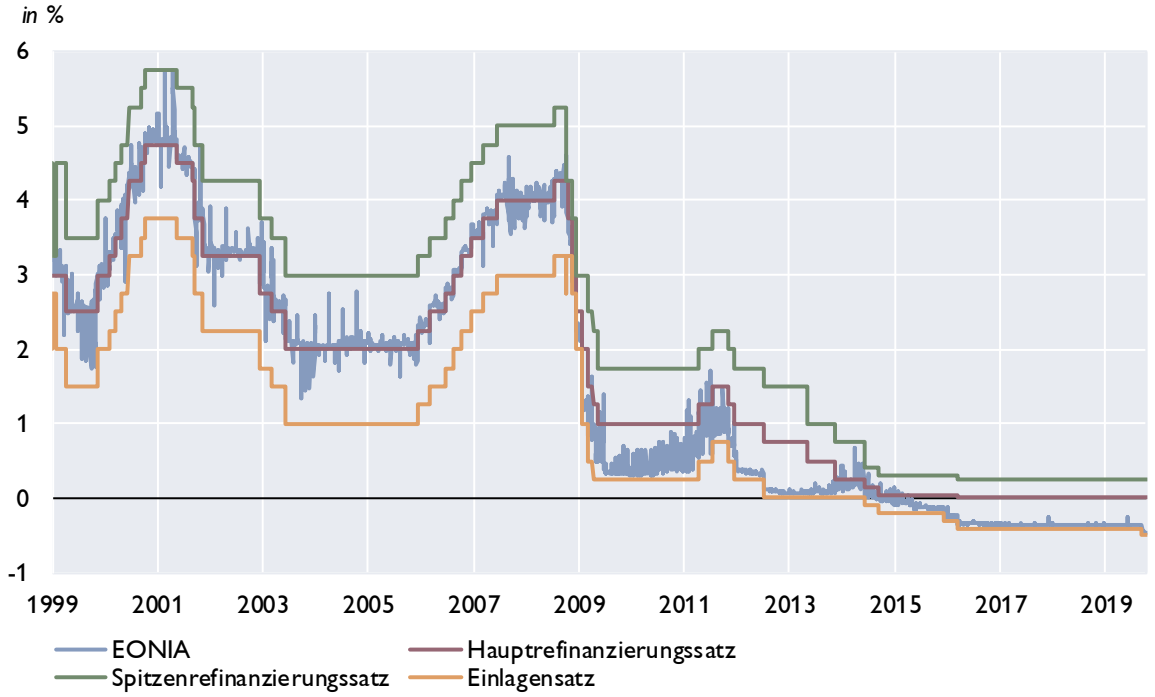
[1] ***ILO-Definition.***

[2] ***Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).***

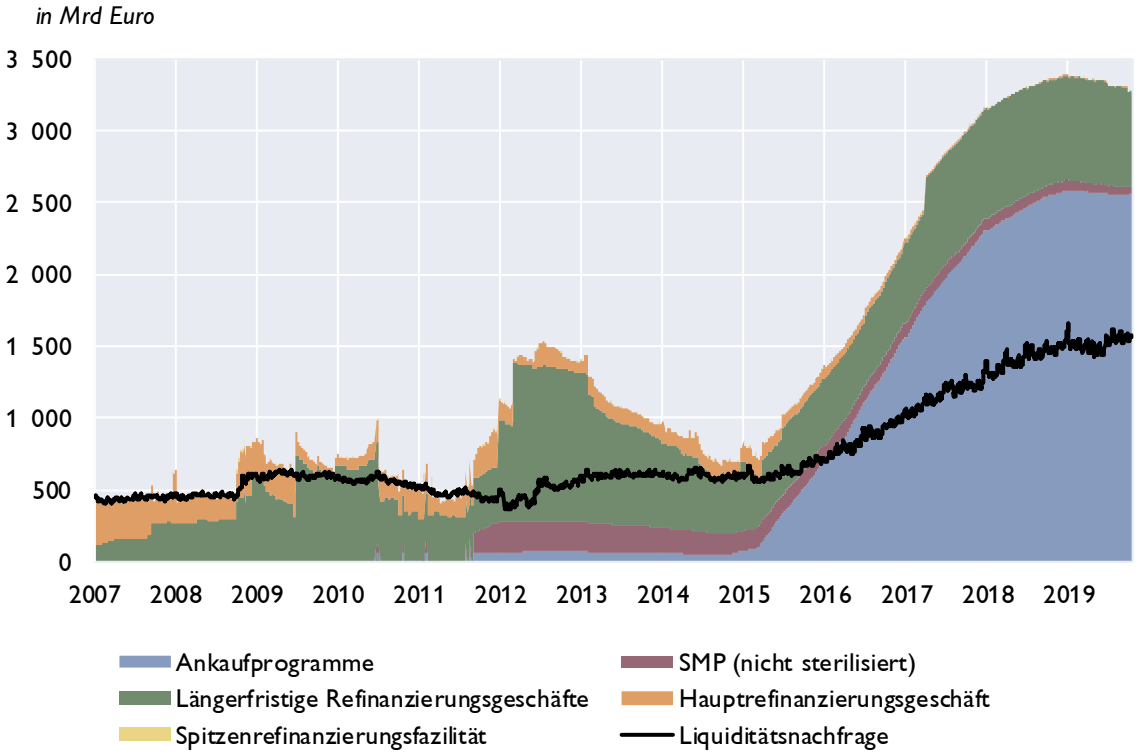
[3] ***Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).***

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

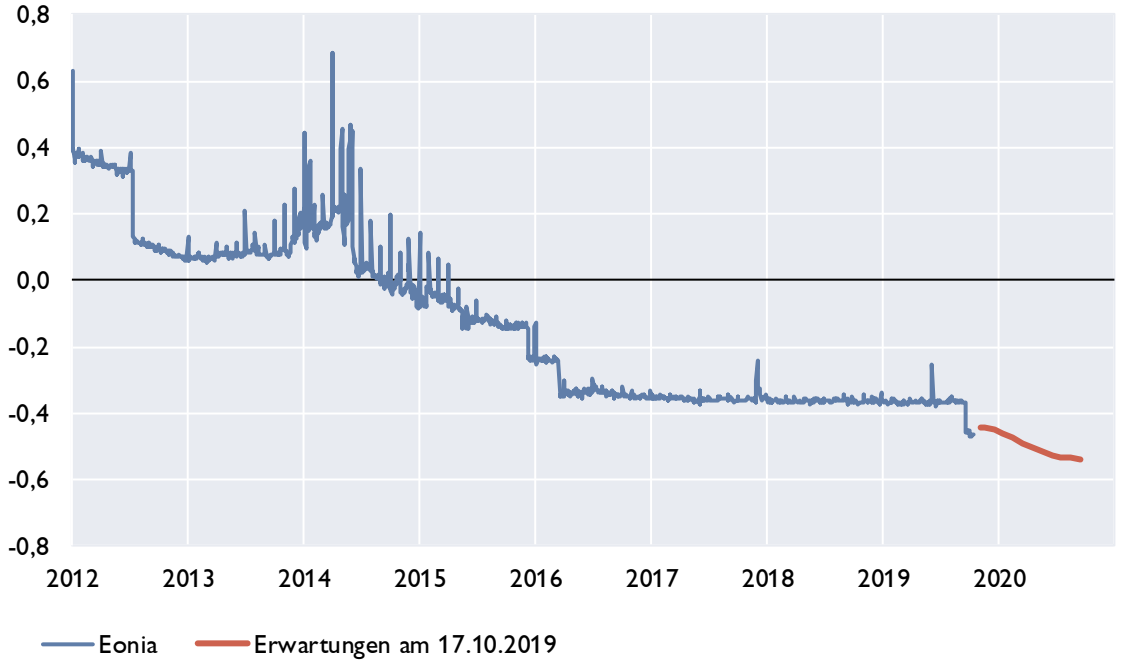


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

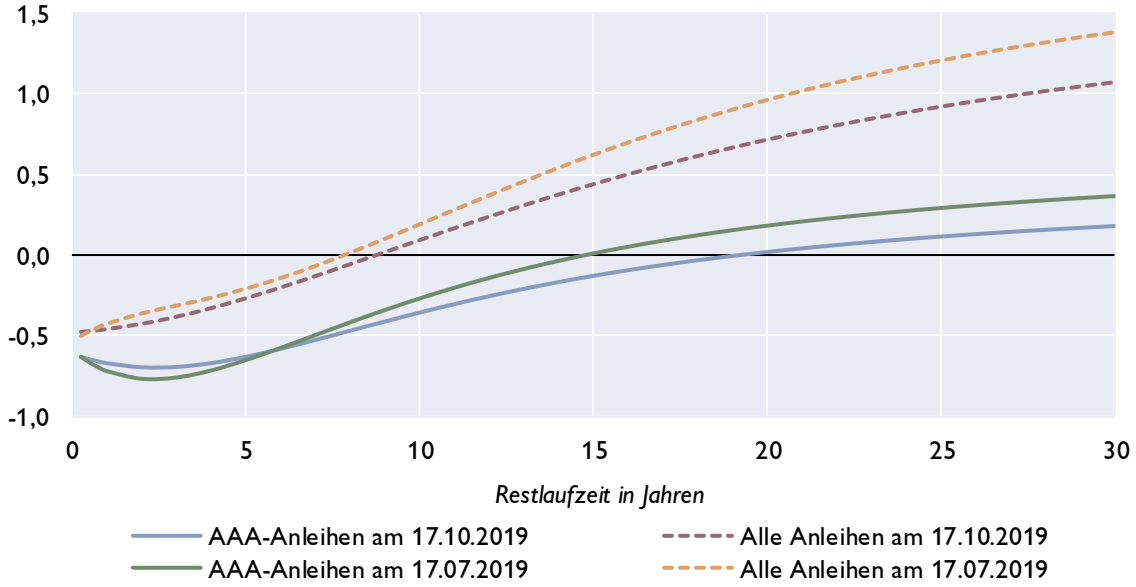
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Euro Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

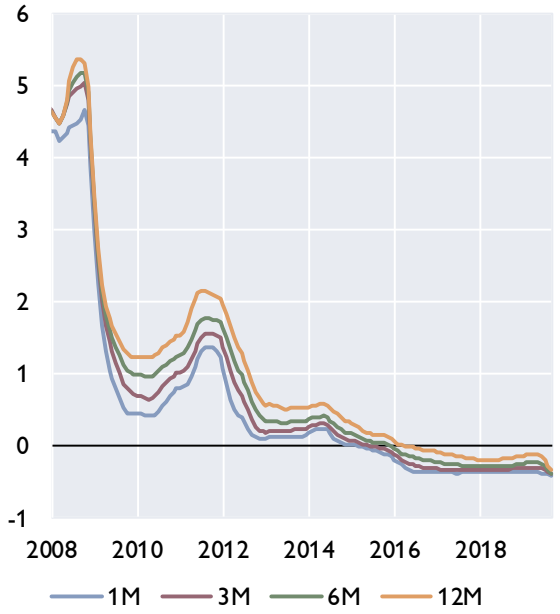


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

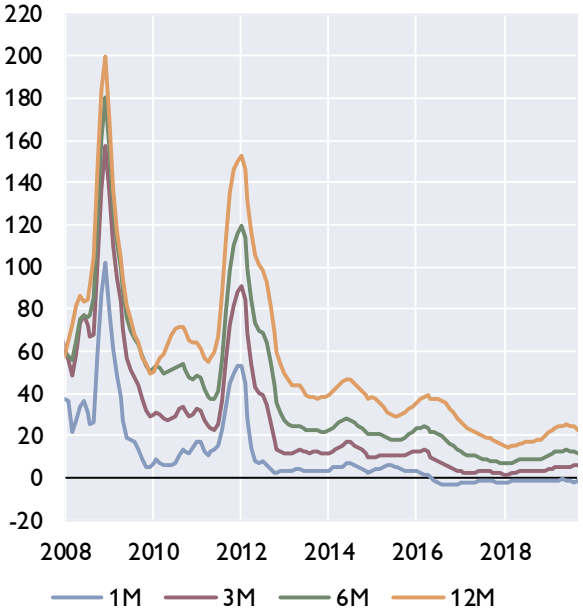
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



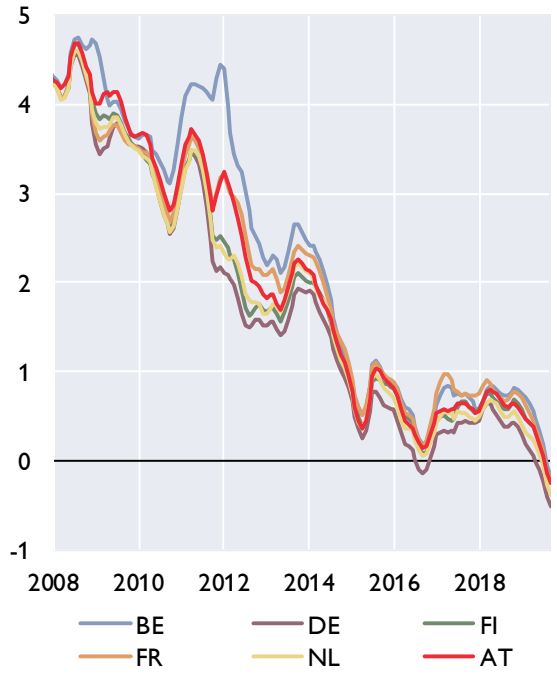
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



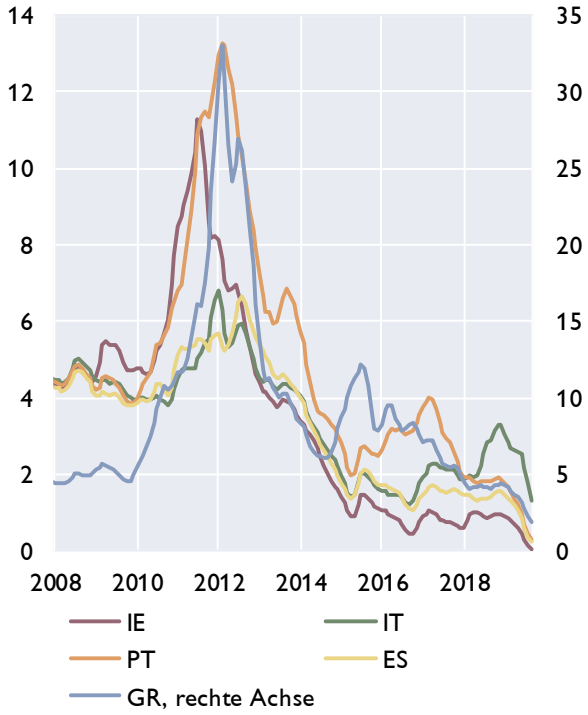
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

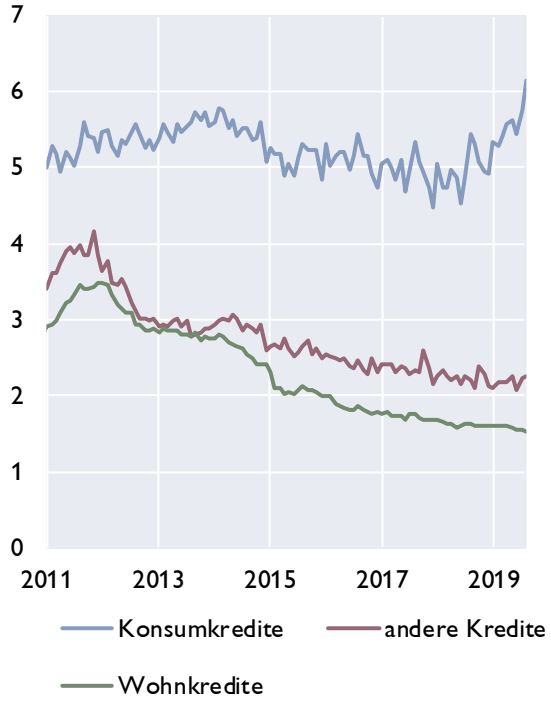


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

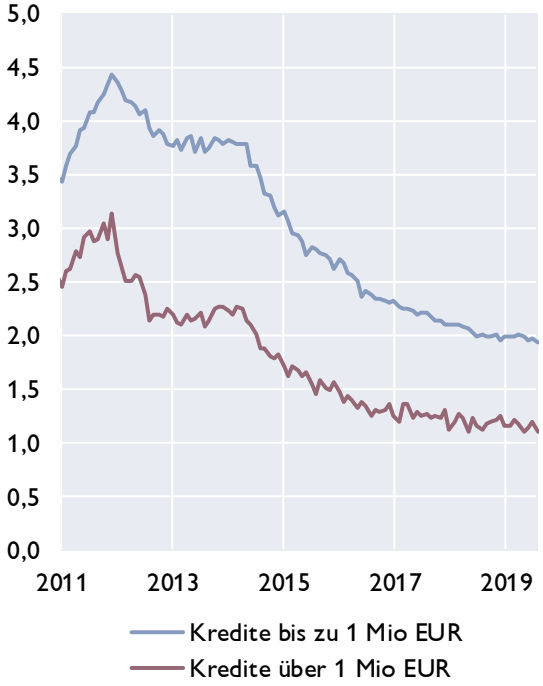
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



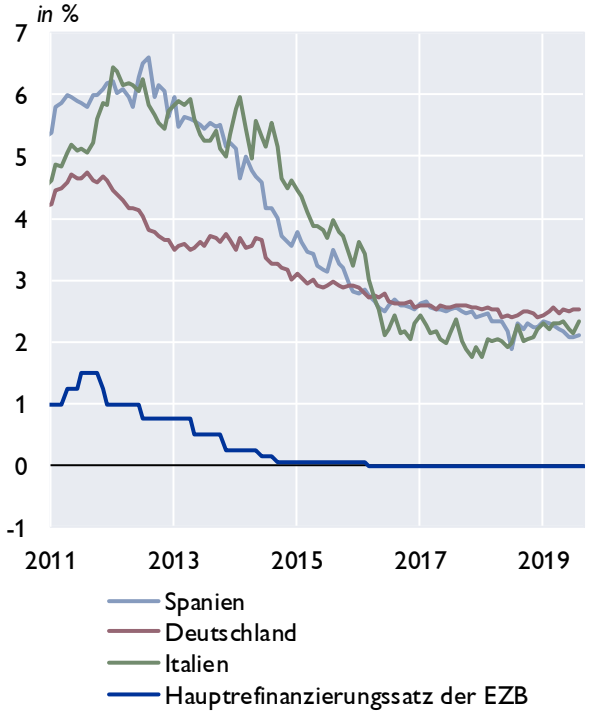
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



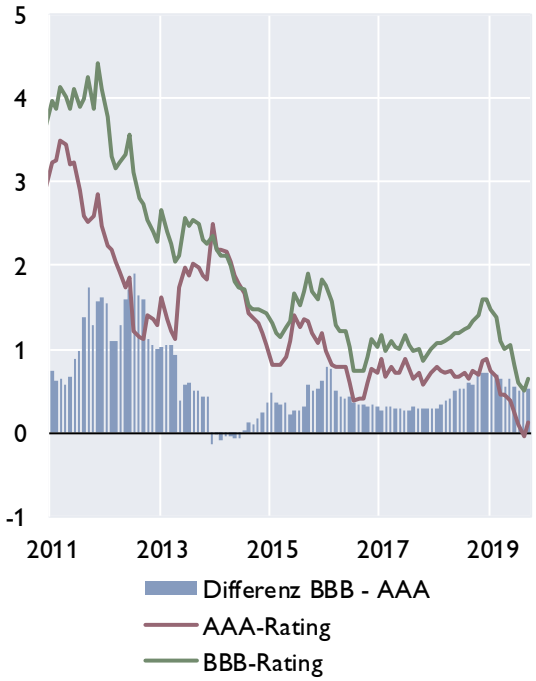
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

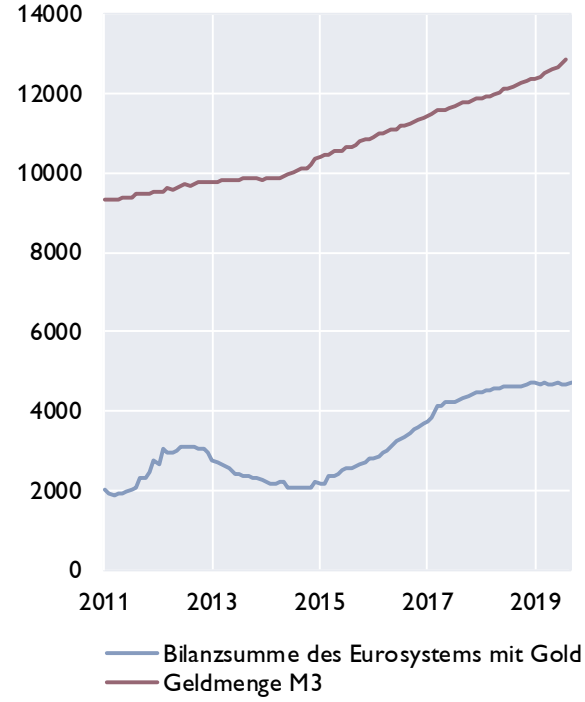


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

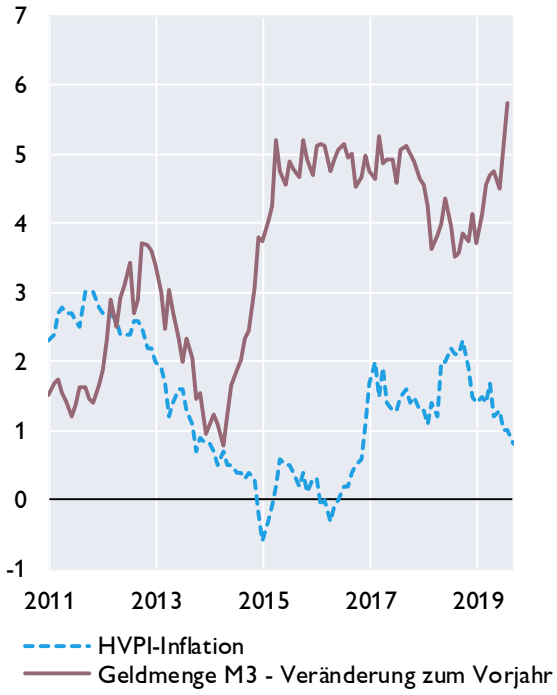
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



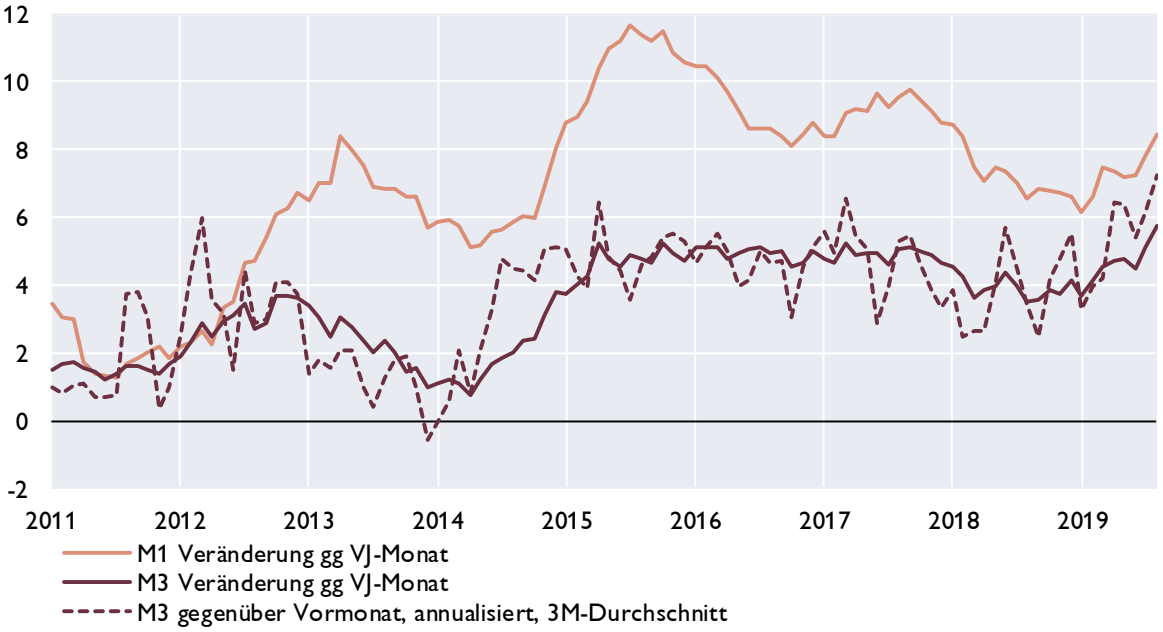
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

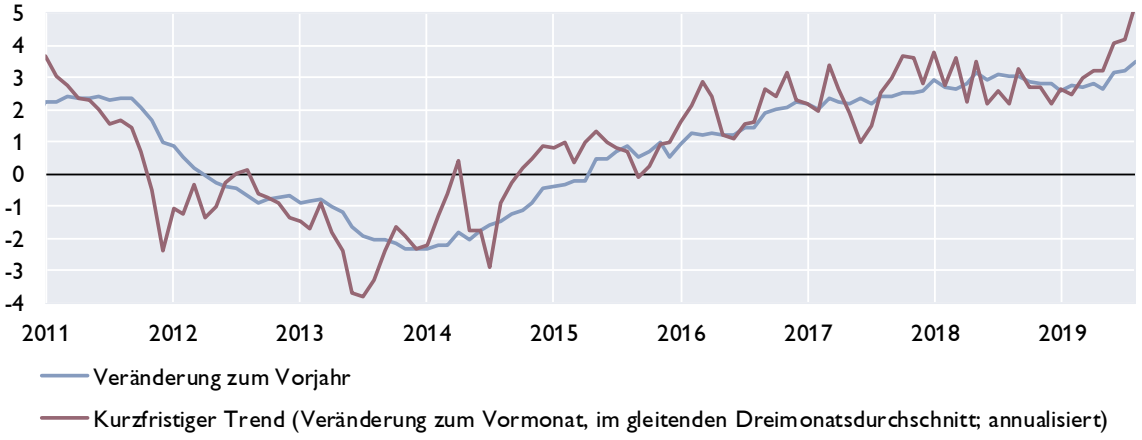
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2017	2018	Mär.19	Apr.19	Mai.19	Jun.19	Jul.19	Aug.19
Aktiva	Kredite	3,8	2,6	2,5	2,3	2,1	2,2	2,1	2,2
	Kredite an öffentliche Haushalte	6,6	2,0	1,8	1,3	0,6	−0,2	−0,5	−0,6
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,8	2,9	2,8	2,7	2,6	3,0	2,9	3,1
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*2,6*	*2,8*	*2,7*	*2,8*	*2,7*	*3,2*	*3,2*	*3,5*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,9	3,8	4,1	5,3	4,1	5,2	7,2	7,5
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	7,2	3,2	2,2	2,1	−1,4	−0,2	1,1	1,4
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−1,1	0,7	1,4	1,2	1,4	2,2	2,0	1,7

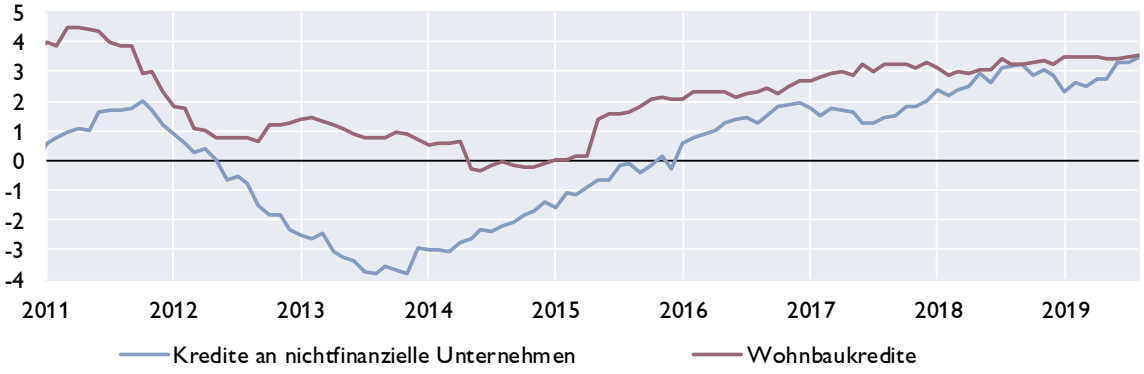
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



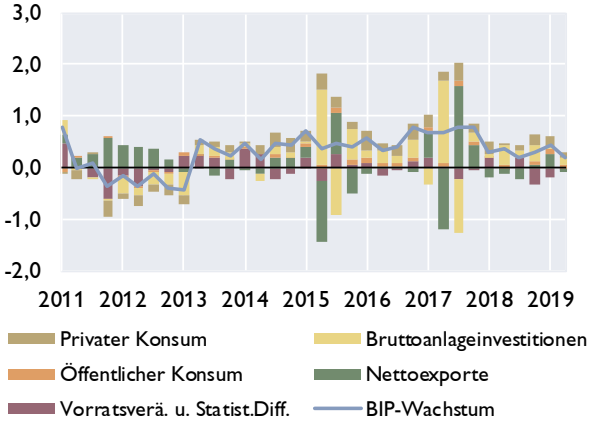
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

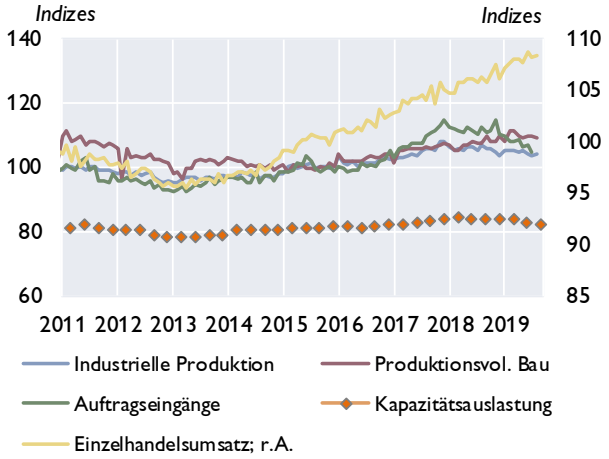
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

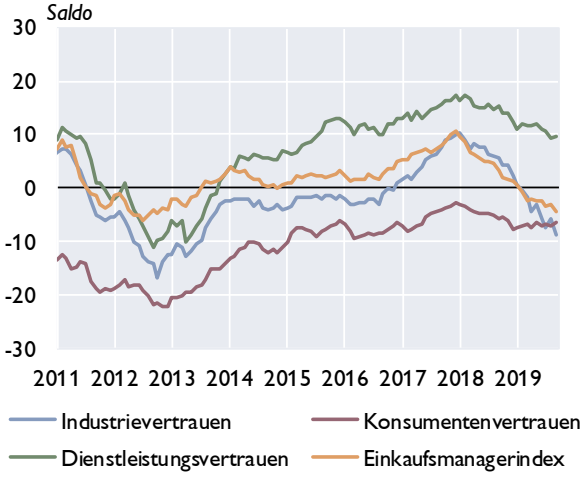
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



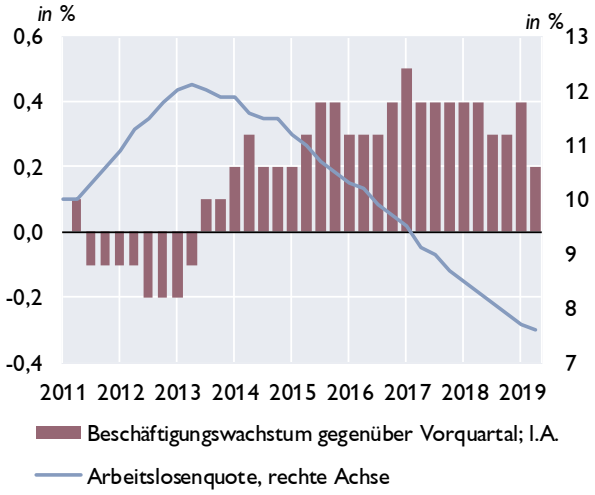
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Leistungsbilanz	351,6	352,5	358,7	78,6	90,0	111,2	67,7	42,3
Güter	362,0	346,9	294,4	77,7	65,0	81,3	71,6	84,4
Dienstleistungen	43,1	72,5	114,9	34,1	37,1	21,1	23,1	1,2
Einkommen	85,6	68,6	99,7	−5,0	22,8	51,7	26,5	−15,1
Laufende Transfers	−139,0	−135,5	−150,3	−28,3	−34,9	−42,9	−53,5	−28,3
Vermögensübertragungen	1,5	−19,7	−33,6	−0,5	3,0	−42,3	−4,2	−15,2
Kapitalbilanz	360,0	336,4	292,6	42,7	94,1	63,8	51,4	37,0
Direktinvestitionen	98,2	3,3	21,2	−3,4	2,7	−108,8	55,0	−59,3
Portfolioinvestitionen	563,1	331,2	241,8	66,7	34,4	130,0	−83,2	−41,8
Finanzderivate	20,8	25,4	96,6	37,5	35,0	29,6	2,2	30,2
Sonstige Investiitionen	−337,4	−22,4	−91,8	−64,6	20,7	7,2	74,6	105,2
Währungsreserven	15,3	−1,1	24,9	6,5	1,2	5,8	2,8	2,6
Statistische Differenz	6,8	3,6	−32,4	−35,5	1,0	−5,1	−12,1	10,0
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	3,2	3,2	3,0	3,2	2,7	2,9	3,2	1,9

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

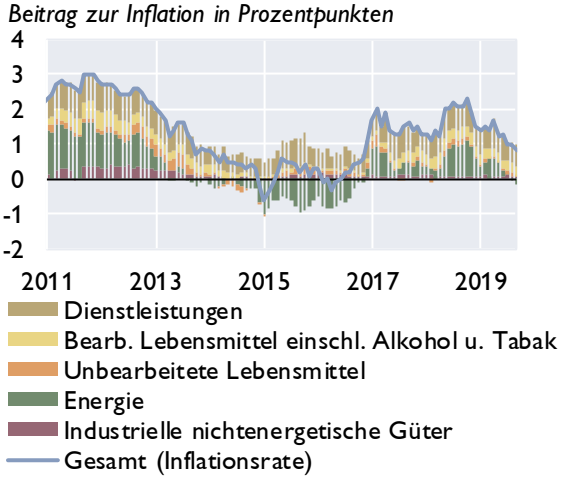
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2018	2017	2018	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,8	1,3	1,0	1,0	0,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	1,7	1,7	1,3	1,7	1,9	1,2
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	2,1	4,1	2,8	2,7	2,8	2,8
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,5	0,1	0,4	1,3	1,2	0,5
Wohnung, Wasser, Energie	15,7	1,9	2,4	2,3	1,5	1,3	1,0
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,0	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,7	0,7	0,9	0,8
Verkehr	15,4	3,2	3,3	1,1	1,0	0,6	0,0
Nachrichtenübermittlung	3,2	−1,5	−1,1	−2,6	−2,5	−2,1	−1,8
Freizeit und Kultur	9,2	1,1	1,0	0,7	−1,0	−0,9	−0,1
Bildungswesen	1,0	−0,1	−1,8	−0,6	−0,7	0,8	0,6
Hotels, Cafes und Restaurants	9,8	2,2	2,0	2,4	2,0	2,0	2,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,7	1,4	1,6	1,6	1,7	1,7

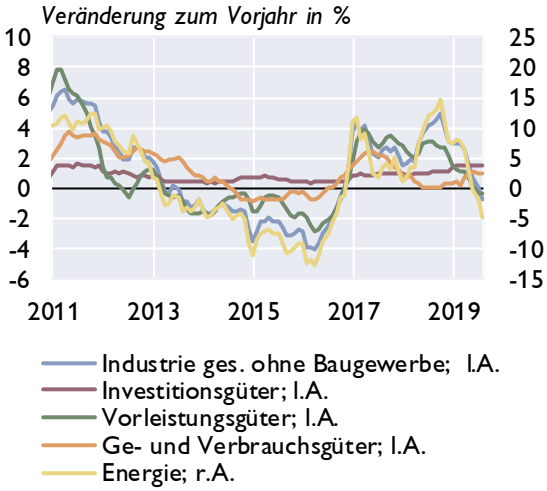
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



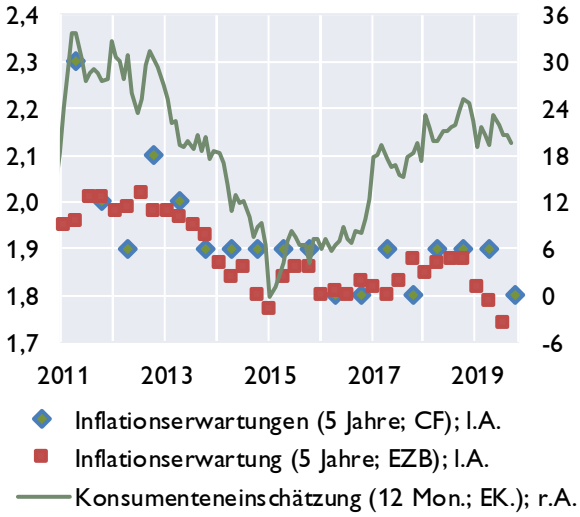
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



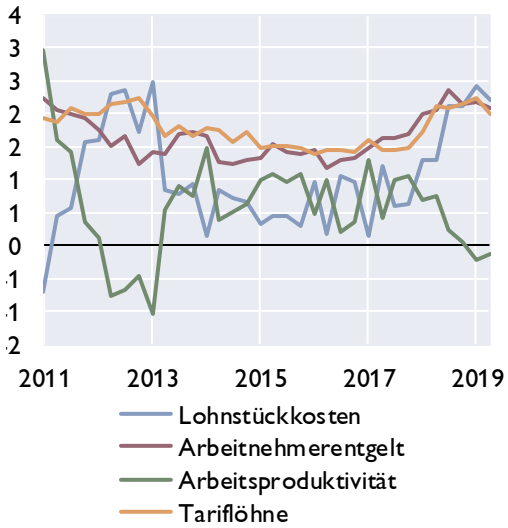
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

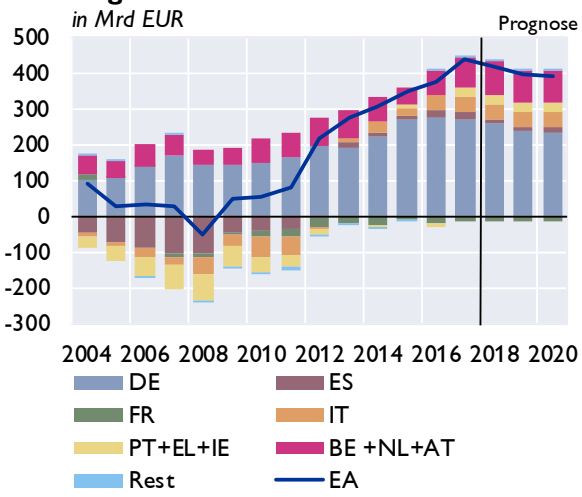
Veränderung zum Vorjahr in %

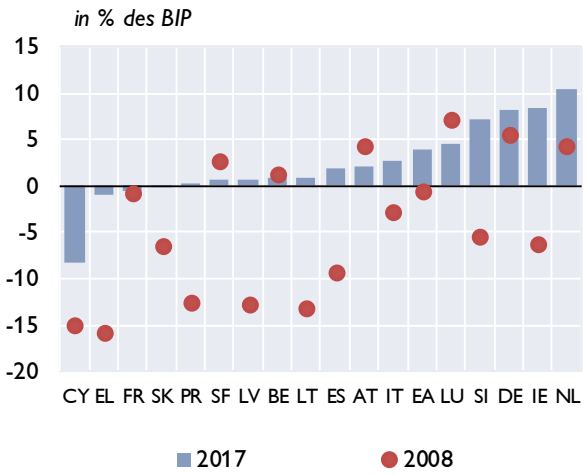


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

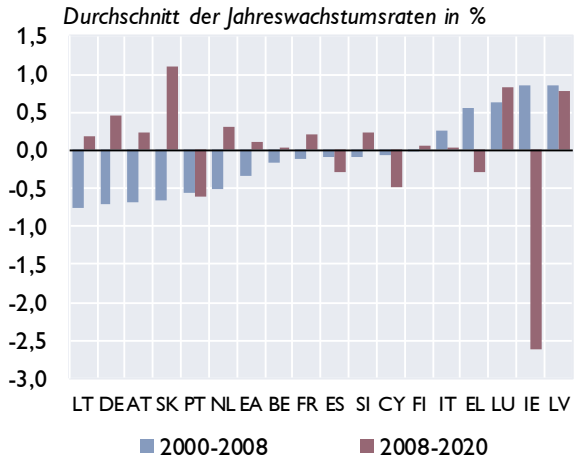
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

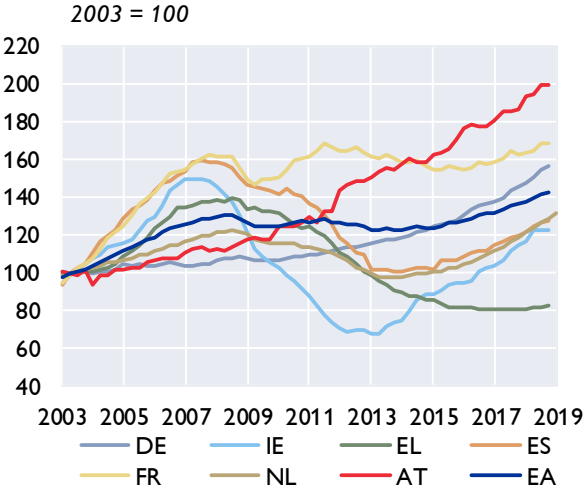




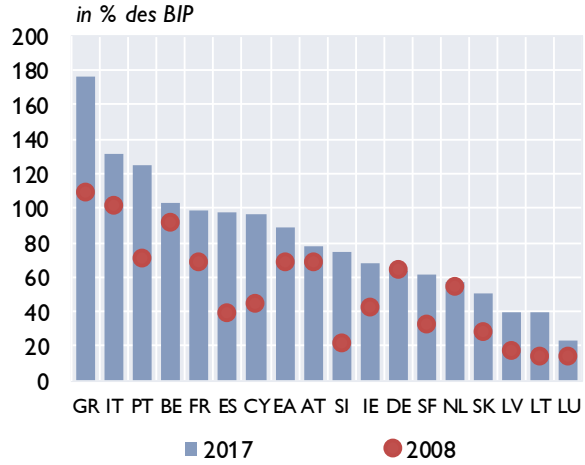
Lohnstückkosten[1]



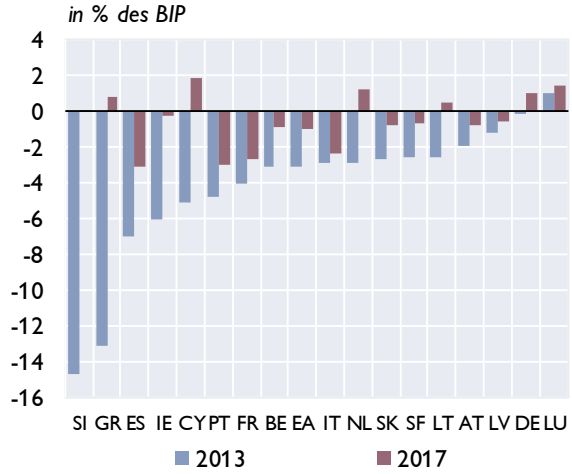
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



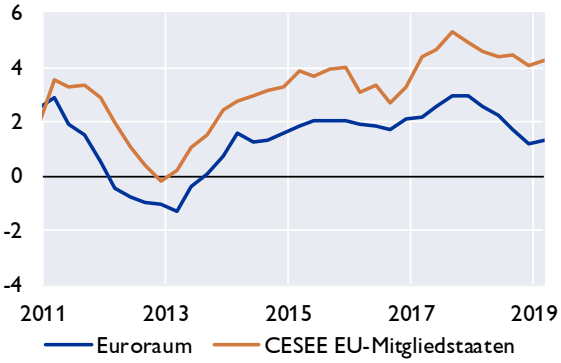
Quelle: EZB, Europäische Kommission. - [1] Prognose: EK-Prognose Mai 2019.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

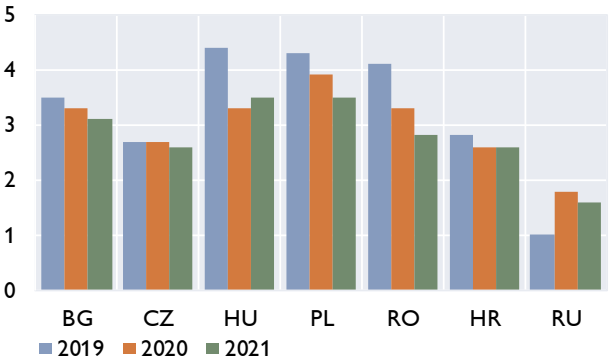
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



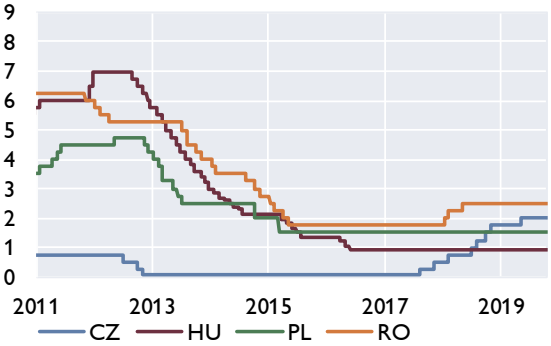
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2019

reales BIP-Wachstum in %



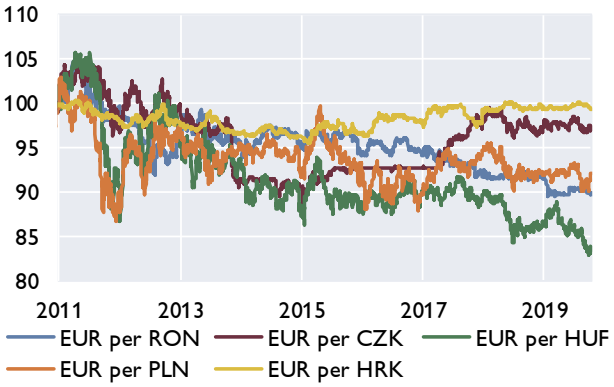
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2011=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2019		Mai 2019		Oktober 2019		Juni 2019	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Bulgarien	3,5	3,3	3,3	3,4	3,7	3,2	3,5	3,4
Estland	×	×	2,8	2,4	3,2	2,9	3,2	2,7
Kroatien	2,8	2,6	2,6	2,5	3,0	2,7	2,9	2,7
Lettland	×	×	3,1	2,8	2,8	2,8	3,3	3,1
Litauen	×	×	2,7	2,4	3,4	2,7	3,2	2,7
Polen	4,3	3,9	4,2	3,6	4,0	3,1	4,6	3,7
Rumänien	4,1	3,3	3,3	3,1	4,0	3,5	4,1	3,6
Russland	1,0	1,8	1,5	1,8	1,1	1,9	1,3	1,7
Slowakei	×	×	3,8	3,4	2,6	2,7	3,6	3,0
Slowenien	×	×	3,1	2,8	2,9	2,9	3,3	3,1
Tschechische Republik	2,7	2,7	2,6	2,4	2,5	2,6	2,5	2,4
Ungarn	4,4	3,3	3,7	2,8	4,6	3,3	4,1	3,1

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1]						
	2018	2019	2020	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,2	1,3	1,2
Deutschland	1,5	0,5	1,2	2,1	1,1	0,6	0,9	0,4
Estland	3,9	3,2	2,9	4,4	5,0	5,0	4,6	3,8
Irland	8,2	4,3	3,5	10,6	7,2	3,8	7,2	6,0
Griechenland	1,9	2,0	2,2	1,5	2,0	1,5	1,1	1,9
Spanien	2,6	2,2	1,8	2,3	2,2	2,1	2,2	2,0
Frankreich	1,7	1,2	1,3	1,9	1,5	1,2	1,3	1,4
Italien	0,9	0,0	0,5	0,9	0,4	0,0	0,0	0,1
Zypern	3,9	3,1	2,9	3,9	3,8	3,8	3,2	3,2
Lettland	4,8	2,8	2,8	4,7	5,1	5,3	3,2	2,9
Litauen	3,5	3,4	2,7	3,9	3,4	3,8	4,3	4,0
Luxemburg	2,6	2,6	2,8	3,9	2,7	1,2	1,0	3,7
Malta	6,8	5,1	4,3	6,9	8,0	7,1	5,2	4,0
Niederlande	2,6	1,8	1,6	2,8	2,3	2,1	1,9	1,6
Österreich	2,7	1,6	1,7	2,4	1,8	2,2	1,9	1,5
Portugal	2,1	1,9	1,6	2,8	2,4	2,0	2,1	1,9
Slowenien	4,1	2,9	2,9	4,4	4,7	3,2	3,5	2,4
Slowakische Republik	4,1	2,6	2,7	4,4	4,3	3,7	3,4	2,6
Finnland	1,7	1,2	1,5	2,2	1,5	0,6	0,5	1,3
Euroraum	1,9	1,2	1,4	2,3	1,7	1,2	1,3	1,2
Bulgarien	3,1	3,7	3,2	3,1	3,2	3,4	3,9	3,8
Tschechische Republik	3,0	2,5	2,6	2,4	2,5	2,7	2,7	2,8
Dänemark	1,5	1,7	1,9	1,3	2,7	2,6	2,0	2,6
Kroatien	2,6	3,0	2,7	2,9	2,6	2,5	3,8	2,5
Ungarn	4,9	4,6	3,3	4,9	5,5	5,1	5,2	5,2
Polen	5,1	4,0	3,1	5,4	5,6	4,6	4,6	4,2
Rumänien	4,1	4,0	3,5	4,4	3,8	4,0	4,9	4,6
Schweden	2,4	0,9	1,5	2,8	1,1	2,3	1,5	1,0
Vereinigtes Königreich	1,4	1,2	1,4	1,3	1,6	1,5	2,1	1,3
EU	2,0	1,5	1,7	2,3	1,9	1,5	1,6	1,4
Türkei	2,8	0,2	3,0	5,6	2,3	−2,8	−2,3	−1,5
USA	2,9	2,4	2,1	3,5	2,9	1,1	3,1	2,0
Japan	0,8	0,9	0,5	1,4	0,2	0,3	1,0	0,8
Schweiz	2,8	0,8	1,3	3,6	2,6	1,5	0,8	0,3
Russland	2,3	1,1	1,9	2,2	2,2	2,7	0,5	0,9
Brasilien	1,1	0,9	2,0	0,9	1,3	1,1	0,5	1,0
China	6,8	6,1	5,8	6,7	6,5	6,4	6,4	6,2
Indien	6,2	6,1	7,0	8,0	7,0	6,6	5,8	5,0

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, IWF, Macrobond.

[1] *IWF WEO Prognose Oktober 2019.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

		Prognose[2]						
	2018	2019	2020	Mai.19	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	2,3	1,5	1,3	1,7	1,3	1,2	0,9	0,6
Deutschland	1,9	1,5	1,7	1,3	1,5	1,1	1,0	0,9
Estland	3,4	2,5	2,4	3,1	2,6	2,0	2,1	2,2
Irland	0,7	1,2	1,5	1,0	1,1	0,5	0,6	0,6
Griechenland	0,8	0,6	0,9	0,6	0,2	0,4	0,1	0,2
Spanien	1,7	0,7	1,0	0,9	0,6	0,6	0,4	0,2
Frankreich	2,1	1,2	1,3	1,1	1,4	1,3	1,3	1,1
Italien	1,2	0,7	1,0	0,9	0,8	0,3	0,5	0,2
Zypern	0,8	0,7	1,6	0,2	0,3	0,1	0,6	−0,5
Lettland	2,6	2,3	2,2	3,5	3,1	3,0	3,1	2,3
Litauen	2,5	3,0	2,6	2,5	2,4	2,5	2,5	2,0
Luxemburg	2,0	1,7	1,7	2,2	1,5	1,6	1,4	1,1
Malta	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8	1,9	1,6
Niederlande	1,6	2,5	1,6	2,3	2,7	2,6	3,1	2,7
Österreich	2,1	1,5	1,9	1,7	1,6	1,4	1,5	1,2
Portugal	1,2	0,9	1,2	0,3	0,7	−0,7	−0,1	−0,3
Slowenien	1,9	1,8	1,9	1,6	1,9	2,0	2,4	1,7
Slowakische Republik	2,5	2,6	2,1	2,7	2,7	3,0	3,0	3,0
Finnland	1,2	1,2	1,3	1,3	1,1	1,0	1,2	1,0
Euroraum	1,8	1,2	1,4	1,2	1,3	1,0	1,0	0,8
Bulgarien	2,6	2,5	2,3	2,9	2,3	2,6	2,5	1,6
Tschechische Republik	2,0	2,6	2,3	2,6	2,4	2,6	2,6	2,6
Dänemark	0,7	1,3	1,5	0,7	0,5	0,4	0,5	0,4
Kroatien	1,6	1,0	1,2	1,0	0,5	0,9	0,6	0,6
Ungarn	2,9	3,4	3,4	4,0	3,4	3,3	3,2	2,9
Polen	1,2	2,4	3,5	2,2	2,3	2,5	2,6	2,4
Rumänien	4,1	4,2	3,3	4,4	3,9	4,1	4,1	3,5
Schweden	2,0	1,7	1,5	2,1	1,6	1,5	1,3	1,3
Vereinigtes Königreich	2,5	1,8	1,9	2,0	2,0	2,1	1,7	..
EU	1,9	1,5	1,7	1,6	1,6	1,4	1,4	1,2
Türkei	16,3	15,7	12,6	18,7	15,7	16,7	15,0	9,3
USA	2,4	1,8	2,3	1,8	1,7	1,8	1,8	1,7
Japan	0,5	1,0	1,3	0,7	0,7	0,5	0,3	0,2
Schweiz	0,9	0,6	0,6	0,5	0,7	0,4	0,5	0,1
Russland	2,9	4,7	3,5	5,1	4,7	4,6	4,3	3,9
Brasilien	3,7	3,8	3,5	4,7	3,4	3,2	3,4	2,9
China	2,1	2,3	2,4	2,7	2,7	2,8	2,8	3,0
Indien	4,9	3,4	4,1	8,7	8,6	6,0	6,3	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Macrobond.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *IWF WEO Prognose Oktober 2019.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2018	Prognose[2] 2019	2020	Mai.19	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19
	in %							
Belgien	6,0	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	..
Deutschland	3,4	3,2	3,3	3,1	3,1	3,1	3,1	..
Estland	5,4	4,7	4,7	5,0	4,6	4,2	..	..
Irland	5,8	5,5	5,2	5,2	5,3	5,3	5,3	5,3
Griechenland	19,3	17,8	16,8	17,2	17,1	16,9	..	..
Spanien	15,3	13,9	13,2	14,1	14,0	13,9	13,8	..
Frankreich	9,1	8,6	8,4	8,5	8,5	8,5	8,5	..
Italien	10,6	10,3	10,3	9,9	9,7	9,8	9,5	..
Zypern	8,4	7,0	6,0	7,3	7,2	7,0	6,8	..
Lettland	7,4	6,5	6,7	6,4	6,5	6,5	6,4	..
Litauen	6,2	6,1	6,0	6,1	6,2	6,4	6,6	..
Luxemburg	5,5	5,2	5,2	5,7	5,7	5,7	5,7	..
Malta	3,7	3,8	4,0	3,5	3,4	3,4	3,3	..
Niederlande	3,8	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5
Österreich	4,9	5,1	5,0	4,6	4,5	4,4	4,5	..
Portugal	7,0	6,1	5,6	6,6	6,5	6,4	6,2	..
Slowenien	5,1	4,5	4,5	4,3	4,2	4,2	4,2	..
Slowakische Republik	6,5	6,0	5,9	5,8	5,7	5,6	5,5	..
Finnland	7,4	6,5	6,4	6,7	6,7	6,7	6,8	..
Euroraum	8,2	7,7	7,5	7,6	7,5	7,5	7,4	..
Bulgarien	5,2	4,9	4,8	4,1	4,0	4,0	4,0	..
Tschechische Republik	2,2	2,2	2,3	2,1	1,9	2,1	2,0	..
Dänemark	5,0	5,0	5,0	4,9	4,7	4,9	5,0	..
Kroatien	8,4	9,0	8,0	7,0	7,0	7,0	6,9	..
Ungarn	3,7	3,5	3,4	3,4	3,5	3,4	..	..
Polen	3,9	3,8	3,8	3,4	3,3	3,3	3,3	..
Rumänien	4,2	4,3	4,6	3,9	3,8	3,9	3,8	..
Schweden	6,3	6,5	6,7	6,6	6,8	7,2	7,4	7,4
Vereinigtes Königreich	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	..	..
EU	6,8	x	x	6,3	6,3	6,3	6,2	..
Türkei	11,0	13,8	13,7	13,9	14,0	..	..	..
USA	3,9	3,7	3,5	3,6	3,7	3,7	3,7	..
Japan	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	..	..
Schweiz	2,5	2,8	2,8	2,3	2,3	2,3	2,3	..
Russland	4,8	4,6	4,8	4,5	4,4	4,5	4,3	4,5
Brasilien	12,3	11,8	10,8	12,3	12,0	11,8	11,8	..
China	3,8	3,8	3,8	3,6	3,6	..	..	..
Indien	6,0	x	x	7,0	7,9	7,3	8,2	7,2

Quelle: Eurostat, Macrobond, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *IWF WEO Prognose Oktober 2019.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018*)	Prognose[1] 2019	Prognose[1] 2020
	in % des BIP							
Belgien	1,2	−0,3	−0,8	−0,4	0,9	−1,3	−1,1	−0,8
Deutschland	6,7	7,6	8,9	8,7	8,2	7,3	7,0	6,6
Estland	0,5	0,8	1,9	1,8	3,2	1,7	0,7	0,3
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	8,5	10,6	10,8	9,6
Griechenland	−2,2	−2,1	−0,3	−1,2	−1,1	−3,5	−3,0	−3,3
Spanien	1,5	1,0	1,1	2,2	1,9	0,9	0,9	1,0
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,8	−0,6	−0,6	−0,5	−0,5
Italien	1,0	1,9	1,3	2,5	2,5	2,5	2,9	2,9
Zypern	−4,9	−4,4	−1,4	−5,1	−8,4	−7,0	−7,8	−7,5
Lettland	−2,5	−1,7	−0,5	1,6	0,7	−1,0	−1,8	−2,1
Litauen	1,4	4,0	−2,0	−0,7	0,9	1,6	1,1	1,1
Luxemburg	−1,4	−1,0	2,0	2,6	4,8	4,7	4,5	4,5
Malta	0,2	5,8	2,8	3,8	10,4	9,8	7,6	6,2
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,5	10,9	9,8	9,5
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,6	2,1	2,3	1,6	1,8
Portugal	0,7	−0,3	−0,9	0,1	0,2	−0,6	−0,6	−0,7
Slowenien	3,2	5,8	4,5	5,5	7,1	5,7	4,2	4,1
Slowakische Republik	1,5	1,0	−2,3	−1,2	−0,2	−2,5	−2,5	−1,7
Finnland	−1,9	−1,3	−0,7	−0,8	−0,3	−1,6	−0,7	−0,5
Euroraum	2,8	3,0	3,3	3,5	3,9	2,9	2,8	2,7
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,2	4,6	3,2	2,5
Tschechische Republik	−1,1	−1,2	−1,5	0,1	0,3	0,3	−0,1	−0,2
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,9	8,0	5,7	5,5	5,2
Kroatien	1,6	2,0	4,6	2,5	4,1	2,5	1,7	1,0
Ungarn	3,8	1,5	2,7	6,2	3,0	−0,5	−0,9	−0,6
Polen	−0,5	−1,4	0,2	−0,0	0,1	−0,6	−0,9	−1,1
Rumänien	−1,0	−0,5	−1,1	−2,0	−3,4	−4,5	−5,5	−5,2
Schweden	5,1	4,7	4,3	3,8	3,7	1,7	2,9	2,7
Vereinigtes Königreich	−5,2	−4,9	−4,9	−5,2	−3,3	−3,9	−3,5	−3,7
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,6	2,0	2,0	1,9
Türkei	−6,6	−4,6	−3,6	−3,8	−5,6	−3,5	−0,6	−0,9
USA	−2,1	−2,1	−2,2	−2,3	−2,3	−2,4	−2,5	−2,6
Japan	0,9	0,8	3,1	4,0	4,3	3,5	3,3	3,3
Schweiz	11,1	8,3	10,7	8,8	8,6	10,2	9,6	9,9
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	1,8	6,8	5,7	3,9
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,3	−0,4	−0,8	−1,2	−1,0
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,6	0,4	1,0	0,9
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−2,0	−2,3

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

**) Für das Jahr 2018: realisierte Daten aus dem IWF WEO Oktober 2019 (restliche Daten bis 2017: Europäische Kommission).*

[1] IWF-Prognose Oktober 2019. Aufgrund unterschiedliche Berechnungsmethoden sind die Prognosen des IWF nur bedingt mit mit den realisierten Werten der EK vergleichbar.

Fiskaldaten

	Budgetsalden*)				Staatsschulden*)			
			Prognose[1]				Prognose[1]	
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
	in % des BIP							
Belgien	−0,8	−0,7	−1,3	−1,3	103,4	102,0	101,0	99,8
Deutschland	1,0	1,9	1,1	1,0	64,6	61,7	58,6	55,7
Estland	−0,4	−0,5	−0,2	−0,1	9,2	8,3	8,2	7,9
Irland	−0,3	0,0	−0,0	0,2	68,5	63,7	60,9	57,7
Griechenland	0,7	1,0	−0,3	−1,0	176,2	184,9	176,6	171,4
Spanien	−3,1	−2,5	−2,2	−1,9	98,1	97,1	96,4	95,2
Frankreich	−2,8	−2,5	−3,3	−2,4	98,4	98,4	99,3	99,2
Italien	−2,4	−2,1	−2,0	−2,5	131,4	132,2	133,2	133,7
Zypern	1,8	−4,8	3,6	2,6	95,8	102,5	96,1	89,4
Lettland	−0,6	−0,7	−0,8	−0,5	40,0	35,9	36,3	34,9
Litauen	0,5	0,7	0,5	0,4	39,4	34,2	31,8	29,9
Luxemburg	1,4	2,4	0,9	1,1	23,0	21,4	21,3	21,1
Malta	3,4	2,0	0,5	0,8	50,2	45,2	42,3	39,1
Niederlande	1,2	1,5	1,2	0,3	57,0	52,4	49,2	47,3
Österreich	−0,8	0,1	0,1	−0,2	78,2	73,8	70,7	67,7
Portugal	−3,0	−0,4	−0,2	0,1	124,8	120,1	117,6	114,8
Slowenien	0,0	1,1	0,3	0,1	74,1	70,4	67,1	64,5
Slowakische Republik	−0,8	−0,7	−0,8	−0,9	51,0	48,9	48,4	47,8
Finnland	−0,8	−0,7	−0,7	−1,0	61,3	59,3	58,9	59,1
Euroraum	−1,0	−0,5	−0,9	−0,9	89,1	85,4	83,9	82,3
Bulgarien	1,2	0,1	−2,0	−0,0	25,6	20,4	19,2	18,0
Tschechische Republik	1,6	0,9	0,2	−0,1	34,7	32,6	31,6	30,5
Dänemark	1,5	0,5	0,2	0,0	35,5	34,3	33,0	31,8
Kroatien	0,8	0,2	−0,0	−0,2	77,8	74,6	71,1	68,3
Ungarn	−2,2	−2,2	−1,8	−1,6	73,4	70,8	67,5	65,1
Polen	−1,5	−0,4	−1,5	−2,5	50,6	48,9	47,8	47,3
Rumänien	−2,7	−2,8	−3,7	−3,5	35,2	36,7	37,4	38,6
Schweden	1,4	0,9	0,4	0,3	40,8	38,5	36,9	35,4
Vereinigtes Königreich	−1,9	−1,4	−1,4	−1,5	87,1	86,8	85,6	84,8
EU	−1,0	−0,6	−0,9	−1,0	83,3	81,9	80,4	78,9
Türkei	−2,8	−3,1	−4,6	−4,7	28,3	30,2	30,1	30,8
USA	−4,2	−5,7	−5,6	−5,5	105,2	104,3	106,2	108,0
Japan	−3,0	−3,2	−3,0	−2,2	234,8	237,1	237,7	237,6
Schweiz	1,3	1,3	1,0	0,4	33,5	40,5	38,6	37,3
Russland	−1,5	2,9	1,0	0,1	15,1	14,6	16,5	17,7
Brasilien	−7,9	−7,2	−7,5	−6,9	84,1	87,9	91,6	93,9
China	−3,9	−4,8	−6,1	−6,3	46,8	50,6	55,6	60,9
Indien	−7,0	−6,4	−7,5	−7,2	67,8	68,1	69,0	68,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

**) Für das Jahr 2018: realisierte Daten aus dem IWF WEO Oktober 2019 (restliche Daten 2017: Europäische Kommission).*

[1] IWF-Prognose Oktober 2019.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2019			Oktober 2019		Oktober 2019		Mai 2019		Oktober 2019		Mai/Juli 2019	
	2019	2020	2021	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real[1]	1,5	1,6	1,6	1,7	1,4	1,5	1,3	1,4	1,6	1,6	1,7	1,5	1,5
Privater Konsum, real	1,6	1,4	1,3	1,5	1,6	1,5	1,3	1,8	1,7	×	×	1,6	1,6
Öffentlicher Konsum, real	1,5	1,2	1,1	1,3	0,9	0,5	1,0	0,9	0,5	×	×	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,7	1,9	1,8	2,9	1,5	2,5	1,1	2,4	1,7	×	×	2,0	1,6
Exporte, real	2,0	2,8	3,4	2,3	2,3	2,2	1,7	2,3	2,6	1,8	1,3	2,8	3,2
Importe, real	2,0	2,6	3,0	2,4	2,5	2,2	1,5	1,9	2,5	1,2	1,1	2,9	2,8
Arbeitsproduktivität[2]	0,2	0,7	0,7	0,5	0,4	0,0	0,5	0,2	0,7	×	×	0,5	1,1
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP Deflator	1,5	1,6	1,6	1,9	1,7	1,9	1,6	2,0	1,9	1,6	1,8	2,0	1,9
VPI	×	×	×	1,6	1,7	1,5	1,5	×	×	×	×	×	×
HVPI[1)]	1,7	1,7	1,7	1,6	1,7	1,5	1,5	1,9	2,0	1,5	1,9	1,7	1,7
Lohnstückkosten	2,5	1,5	1,1	2,4	1,5	2,6	1,6	×	×	×	×	2,1	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %												
Beschäftigte	1,6	1,2	1,1	1,6	1,0	1,6	0,8	1,2	0,8	0,7	1,1	1,0	0,5
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,8	4,6	4,6	5,1	5,0	4,7	4,7
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2,2	2,3	2,6	2,5	2,3	×	×	2,4	2,4	1,6	1,8	2,4	2,6
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,4	0,5	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	−0,2	0,3	0,2
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel[1]	68,1	65,8	62,7	66,0	63,0	64,0	60,0	68,4	70,0	61,8	57,9	64,7	61,5
Kurzfristiger Zinssatz in %[1]	−0,3	−0,3	−0,2	−0,4	−0,5	−0,4	−0,4	−0,3	−0,3	−0,4	−0,6	−0,3	−0,3
USD/EUR-Wechselkurs[1]	1,12	1,12	1,12	1,12	1,10	1,12	1,11	1,12	1,12	1,1	1,1	1,13	1,13
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum[1]	1,2	1,4	1,4	1,2	1,3	1,1	1,2	1,2	1,4	1,2	1,4	1,2	1,4
BIP, real USA	2,5	2,0	1,8	2,3	1,8	2,3	1,7	2,8	2,3	2,4	2,1	2,4	1,9
BIP, real Welt	3,1	3,4	3,3	×	×	3,0	3,1	3,2	3,4	3,0	3,4	3,2	3,5
Welthandel[3]	1,4	3,1	3,4	×	×	−0,5	1,3	2,1	3,1	1,2	3,2	2,9	3,3

[1] EU-Kommission: Interimsprognose vom Juli 2019. - [2] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.
[3] IHS: Waren laut CPB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

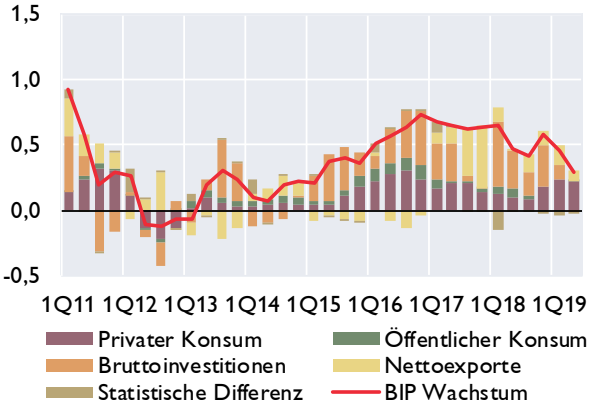
	2017	2018	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Juni	2019 Juli	2019 Aug.	2019 Sep.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,2	2,1	2,2	2,1	1,6	1,7	1,3	1,6	1,4	1,5	1,2
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,2	1,9	1,8	1,7	1,5	1,7	1,5	1,7	1,5	1,6	1,5
Nationaler VPI	2,1	2,0	2,1	2,1	1,7	1,7	1,4	1,6	1,4	1,5	1,2
Deflator des privaten Konsums	1,4	2,0	2,3	2,1	1,8	1,7	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,7	1,1	1,8	1,8	1,8	1,7	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	1,9	2,4	3,4	2,6	1,5	0,6	..	−0,2	−0,2	−0,8	..
Großhandelspreisindex	4,6	4,2	5,4	4,0	2,0	0,9	−1,0	−0,7	−0,3	−1,2	−1,5
Tariflohnindex	1,4	2,7	2,8	2,7	3,0	3,1	..	3,1	3,1	3,1	..
BIP je Erwerbstätigen	2,3	1,9	1,6	2,7	2,3	2,2	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,8	2,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	−2,3	1,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,0	2,7	0,4	0,6	0,5	0,3	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,6	1,7	0,2	0,3	0,5	0,4	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,6	1,2	0,1	−0,1	−0,1	0,0	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	3,7	0,9	1,2	1,0	0,5	..	×	×	×	×
Exporte	3,4	5,0	1,1	0,9	0,8	0,5	..	×	×	×	×
Importe	4,1	4,7	1,0	0,8	0,6	0,4	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,1	2,5	1,6	2,5	2,0	1,5	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,4	0,1	1,4	1,0	1,0	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−0,2	0,2	1,5	−0,3	−0,1	0,5	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	0,9	−0,1	1,4	1,1	−0,0	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	8,2	5,7	6,6	4,8	4,5	2,0	..	−7,7	5,3	..	..
Importe	8,8	5,8	5,3	6,9	5,5	0,4	..	−9,6	9,5	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	13,2	11,8	2,2	2,2	6,4	1,2	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	8,6	8,7	1,3	2,0	5,6	0,7	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	9,7	5,7	1,0	1,8	4,9	−0,4	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,7	1,6	1,0	1,8	5,0	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	112,5	114,0	113,1	111,1	106,2	104,3	103,5	102,3	103,2	103,1	104,1
Industrievertrauen (%-Saldo)	5,5	8,6	7,4	4,8	−2,4	−4,4	−5,4	−6,4	−6,9	−4,5	−4,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	5,1	4,0	2,3	11,7	6,7	0,7	..	1,0	1,2	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	86,7	88,7	88,5	87,0	87,2	86,7	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	8,8	13,2	17,5	16,0	12,5	12,4	11,3	10,0	14,4	10,3	9,3
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	26,6	26,7	25,9	23,9	20,3	16,9	15,7	16,0	18,3	11,7	17,2
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−1,1	0,9	0,4	−0,2	−1,6	−2,3	−3,2	−3,6	−3,8	−2,0	−3,7
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−5,3	−10,0	−12,3	−11,5	−9,8	−13,1	−10,8	−15,6	−18,3	−9,1	−5,0
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	0,1	−1,3	0,8	−1,7	1,4	..	−3,3	5,8	0,9	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,9	2,4	2,3	2,1	2,0	1,7	1,2	1,6	1,4	0,7	1,5
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−4,9	−8,2	−7,7	−6,1	−4,7	−3,4	−3,2	−3,7	−3,8	−3,1	−2,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,5	7,7	6,9	7,9	8,3	6,9	6,6	6,5	6,5	6,8	6,6
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,5	4,9	4,9	4,7	4,7	4,6	..	4,5	4,4	4,5	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,5	8,0	6,5	7,9	6,3	6,8	..	5,8	6,5	6,0	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,8	6,8	6,1	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,9	5,2	5,0	5,2	3,8	3,5	..	3,5	3,7	3,9	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,4	−0,3	−0,4	−0,4	−0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,7	0,6	0,6	0,4	0,2	−0,3	0,0	−0,1	−0,4	−0,3
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 096	3 330	3 323	3 094	2 985	3 055	2 964	2 942	3 001	2 895	2 997
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−0,9	−0,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−0,7	0,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	78,3	74,0	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

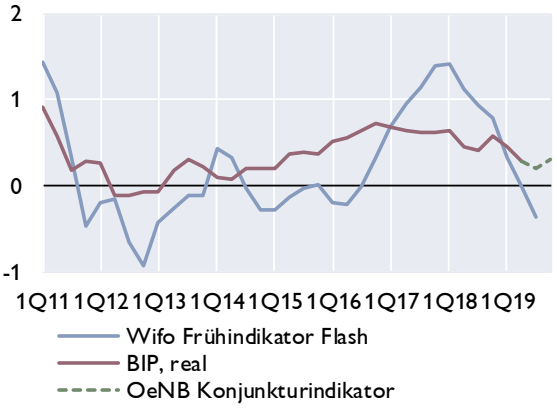
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



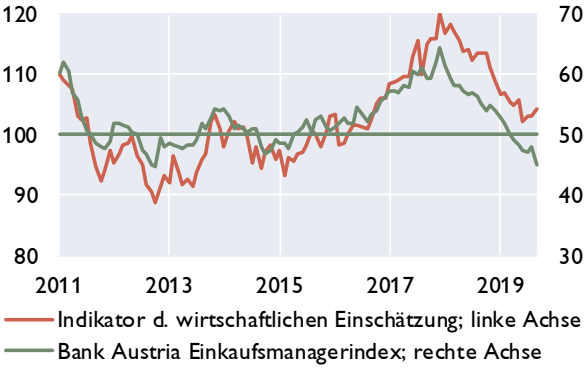
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



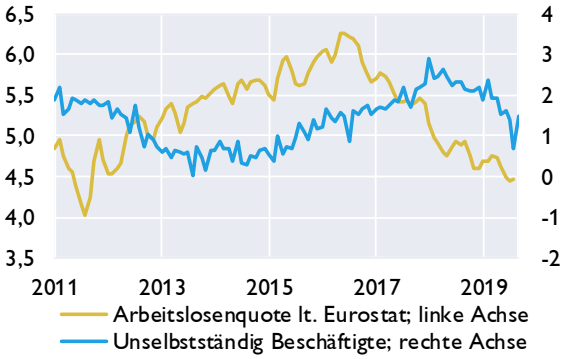
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	9,7	5,7	9,0	0,5	1,0	1,8	4,9	−0,4
Güter	2,6	1,5	3,6	1,8	0,9	−0,1	0,7	0,9
Dienstleistungen	10,6	10,3	10,3	0,6	1,3	2,3	5,7	0,3
Primäreinkommen	0,0	−3,3	−1,1	−0,9	−0,4	0,6	−0,2	−0,9
Sekundäreinkommen	−3,4	−2,7	−3,9	−1,0	−0,8	−1,0	−1,3	−0,7
Vermögensübertragungen	−0,4	−0,3	−0,2	0,0	0,0	−0,1	−0,1	0,0
Kapitalbilanz	10,8	8,1	10,3	−1,1	4,1	0,4	6,4	0,1
Direktinvestitionen	1,9	−3,0	2,7	−0,2	1,1	2,5	2,1	1,2
Portfolioinvestitionen	23,8	19,4	3,5	−0,4	1,9	0,5	−1,2	−2,7
Finanzderivate	−0,4	−0,9	−0,8	−0,4	−0,1	0,1	0,0	0,1
Sonstige Investiitionen	−15,0	−4,3	2,7	0,1	1,6	−2,6	5,5	1,3
Währungsreserven[3]	0,5	−3,1	2,1	−0,2	−0,4	−0,1	0,0	0,2
Statistische Differenz	1,5	2,6	1,6	−1,6	3,1	−1,3	1,6	0,5
Leistungsbilanz in % des BIP	2,7	1,6	2,3	0,6	1,0	1,8	5,0	−0,4

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2016 endgültige Daten, 2017 und 2018 revidierte Daten, 2019 provisorische Daten.*

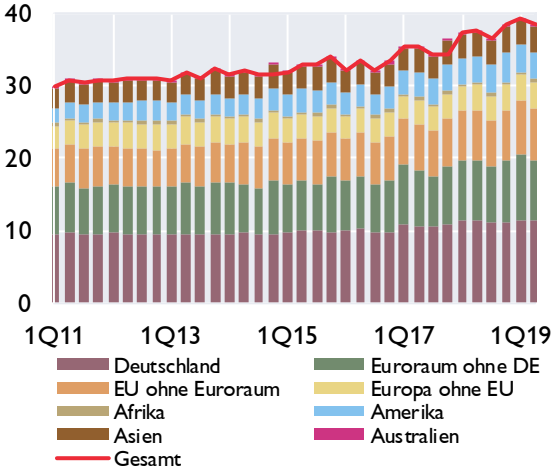
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2016	131 125	135 667	−4541,9	−0,3	1,6
2017	141 940	147 542	−5602,5	8,2	8,8
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
Jän.-Juli 18	87 860	90 638	−2778,1	6,6	6,1
Jän.-Juli 19	90 987	94 148	−3160,2	3,6	3,9
Feb. 19	12 935	13 317	−382,5	9,6	10,9
März 19	13 546	13 974	−427,4	−0,9	−1,6
Apr. 19	13 034	13 535	−501,8	6,1	6,9
Mai 19	13 227	13 631	−403,5	8,3	4,4
Juni 19	12 129	12 154	−24,9	−7,7	−9,6
Juli 19	13 445	14 334	−889,0	5,3	9,5

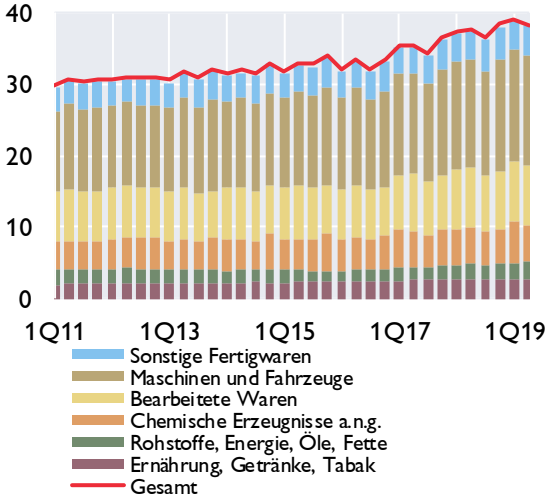
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

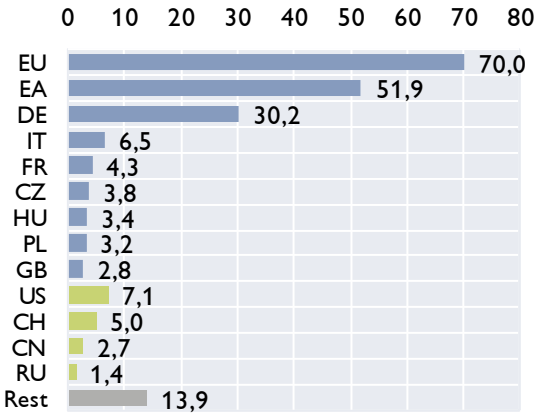
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2018

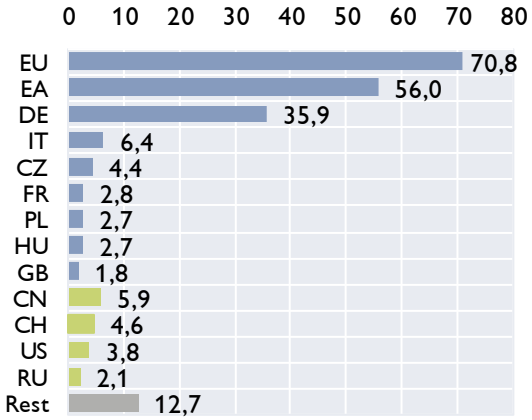
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



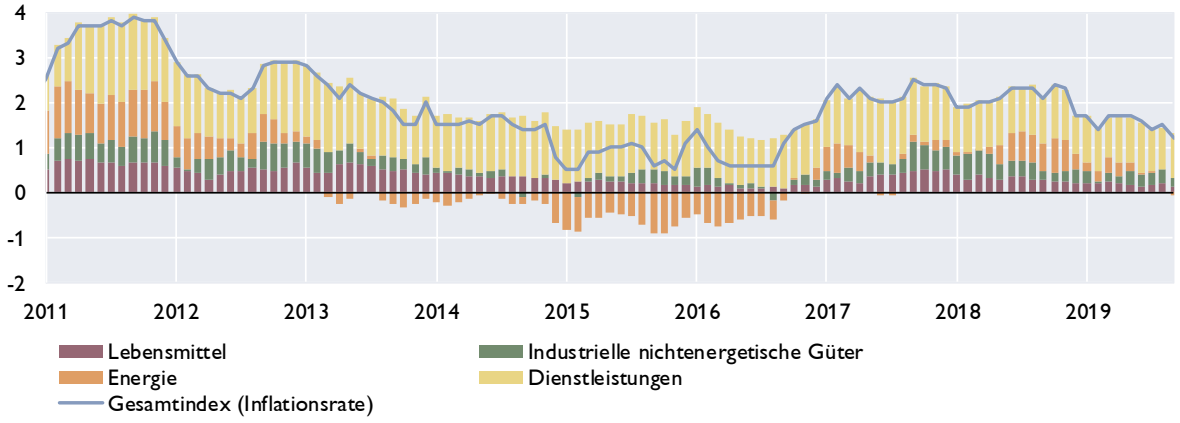
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2019	2017	2018	Mai.19	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,2	2,1	1,7	1,6	1,4	1,5	1,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	2,3	1,5	1,1	1,0	1,2	1,7	0,9
Alkoholische Getränke und Tabak	3,6	3,2	3,9	1,3	0,5	0,5	0,3	0,6
Bekleidung und Schuhe	7,4	1,6	0,6	1,2	−0,4	0,8	2,5	0,9
Wohnung, Wasser, Energie	14,5	1,6	2,5	3,1	3,1	3,0	3,0	2,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,1	0,7	2,3	1,2	1,4	1,1	1,3	1,0
Gesundheitspflege	5,4	1,5	2,2	1,3	1,5	0,6	0,9	0,9
Verkehr	13,8	3,7	2,9	0,7	0,6	−0,2	−0,6	−0,5
Nachrichtenübermittlung	2,1	0,2	−2,3	−0,8	−2,5	−4,3	−3,9	−4,0
Freizeit und Kultur	10,3	2,5	1,2	1,2	1,5	1,0	0,8	1,0
Bildungswesen	1,1	1,9	2,9	2,5	2,4	2,5	2,5	2,0
Hotels, Cafes und Restaurants	15,6	2,8	3,0	2,6	3,0	3,0	2,9	3,0
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,7	1,5	2,0	2,5	2,0	1,5	1,2	1,5

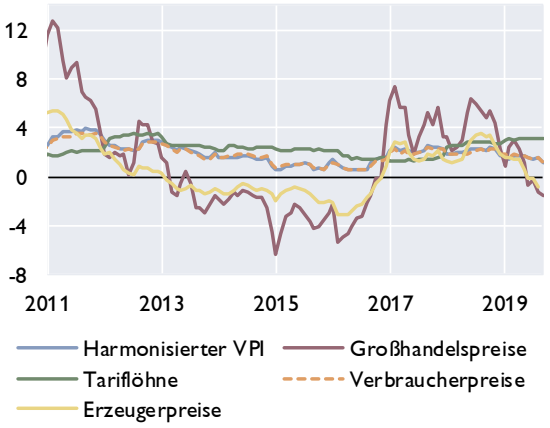
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019[1]	2020[1]
Stundenproduktivität	1,4	0,4	0,5	0,4
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	1,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit [2]	1,0	1,7	−0,8	0,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,9	2,5	2,4	1,5
Sachgütererzeugung	−2,2	1,1	3,3	1,0

[1] WIFO-Prognose Oktober 2019.
[2] Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Gesamt	**140 828**	**144 500**	**149 819**	**26 561**	**49 416**	**24 688**	**47 999**	**28 352**
Inländer	38 003	38 523	39 390	8 899	13 528	7 439	9 447	9 169
Ausländer	102 825	105 977	110 430	17 662	35 888	17 249	38 552	19 184
darunter								
Deutschland	52 632	53 576	56 285	9 079	18 923	8 366	18 450	322 296
Osteuropa	10 814	11 640	12 499	1 869	2 986	2 277	5 508	180 026
Niederlande	9 506	9 765	10 036	842	3 045	1 077	5 133	27 259
Schweiz	5 078	5 063	4 975	884	1 543	980	1 490	42 184
Vereinigtes Königreich	3 703	3 740	3 802	694	851	612	1 605	62 260
Italien	2 874	2 897	2 863	422	1 388	596	481	41 243
Belgien	2 741	2 783	2 826	481	967	284	1 155	12 197
Frankreich	1 766	1 804	1 797	339	694	267	486	40 239
Dänemark	1 544	1 576	1 559	78	389	136	991	6 814
USA	1 642	1 783	1 926	520	677	436	326	125 170
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,2**	**2,6**	**3,7**	**−0,8**	**1,3**	**6,4**	**−2,4**	**6,7**
Inländer	4,3	1,4	2,2	1,6	1,3	2,7	−0,8	3,0
Ausländer	4,1	3,1	4,2	−2,0	1,3	8,1	−2,7	8,6

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Deutschland	8 271	8 435	9 007	1 452	2 529	1 737	3 146	1 504
Niederlande	1 167	1 224	1 262	93	297	167	745	99
Schweiz	1 160	1 225	1 402	214	377	289	513	228
Italien	768	751	780	140	282	187	181	176
CESEE[1]	2 503	2 740	3 000	530	687	683	1 141	574
Restl. Europa	2 144	2 214	2 393	354	559	391	1 160	364
Rest der Welt	1 388	1 523	1 715	388	599	371	393	430
Gesamt	**17 401**	**18 112**	**19 559**	**3 171**	**5 330**	**3 825**	**7 279**	**3 375**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Deutschland	2 182	2 221	2 271	665	713	467	464	628
Italien	1 432	1 414	1 537	456	690	227	152	452
Kroatien	815	826	944	214	642	42	39	212
Europäische Mittelmeerländer[2]	965	1 084	1 088	232	531	183	105	303
Restl. Europa	2 233	2 533	2 868	756	1 001	569	496	767
Rest der Welt	1 173	1 376	1 435	307	425	375	394	266
Gesamt	**8 800**	**9 454**	**10 143**	**2 630**	**4 002**	**1 863**	**1 650**	**2 628**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

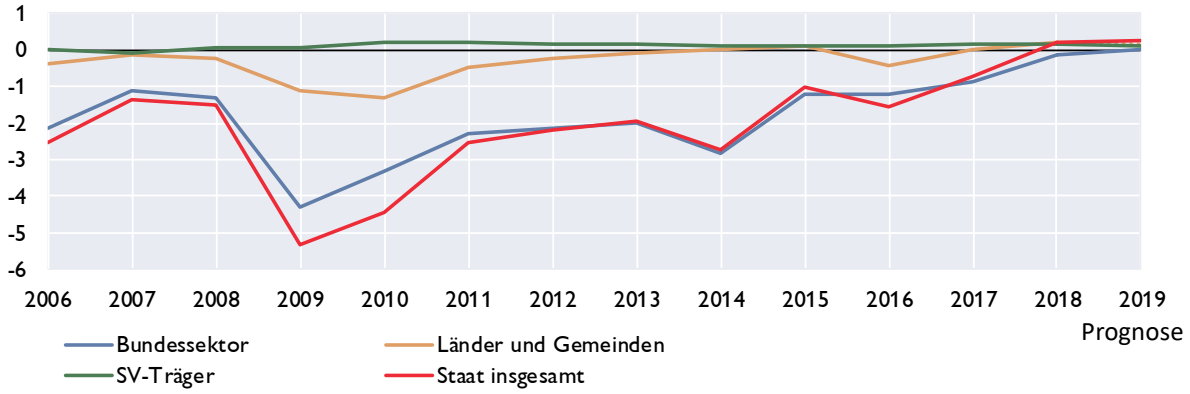
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2015	−4,1	0,4	0,3	−3,5	−1,2	0,1	0,1	−1,0
2016	−4,4	−1,5	0,4	−5,5	−1,2	−0,4	0,1	−1,5
2017	−3,2	−0,1	0,5	−2,8	−0,9	−0,0	0,1	−0,7
2018	−0,5	0,7	0,6	0,8	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019[1]	0,0	0,7	0,4	1,0	0,0	0,2	0,1	0,3

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

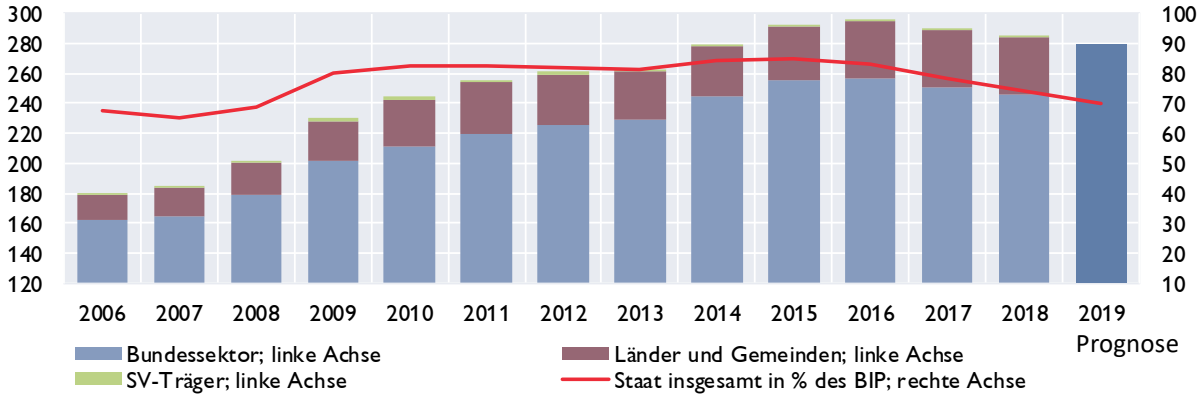


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2015	255,4	35,7	1,1	292,3	74,2	10,4	0,3	84,9
2016	257,3	37,8	1,1	296,2	72,0	10,6	0,3	82,9
2017	251,2	37,7	0,9	289,8	67,8	10,2	0,2	78,3
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,8	9,8	0,3	74,0
2019[1]	.	.	.	279,7	.	.	.	70,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



[1] *BMF-Prognose.*

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

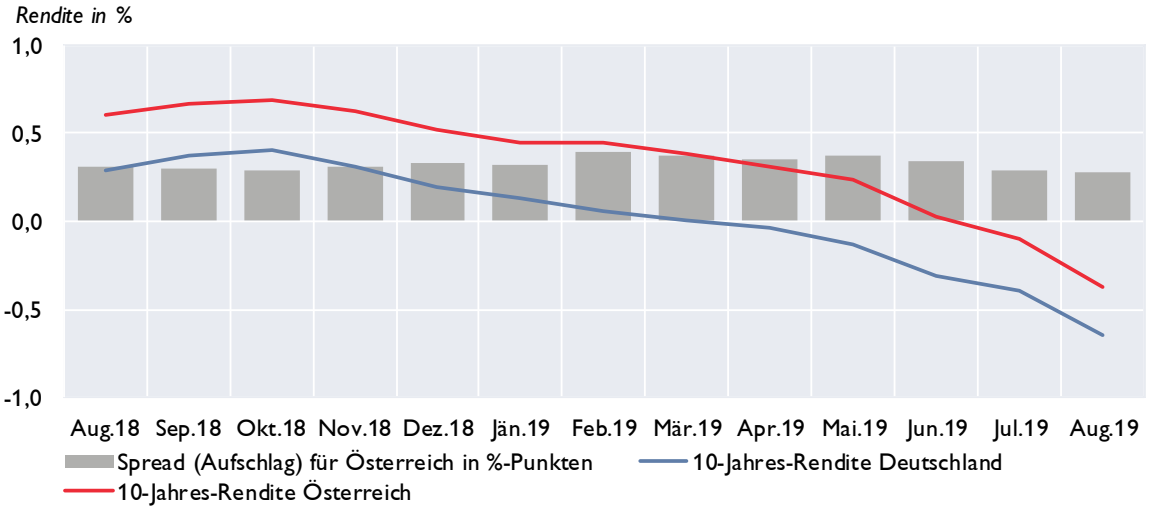
Finanzierungshaushalt[1] Allgemeine Gebarung	Jänner bis August 2018	Jänner bis August 2019	Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	50 923	50 510	77 983	79 174	1,5
Einzahlungen	50 412	52 830	76 879	79 689	3,7
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−511	2 320	−1 104	515	.

Abgaben des Bundes

	Jänner bis August 2018	Jänner bis August 2019	Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	27 685	29 019	44 050	44 562	1,2
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*2 553*	*2 816*	*4 280*	*4 200*	*−1,9*
Körperschaftsteuer	*5 364*	*5 642*	*9 163*	*9 000*	*−1,8*
Lohnsteuer	*17 458*	*18 368*	*27 177*	*27 900*	*2,7*
Kapitalertragsteuern	*2 014*	*1 931*	*3 072*	*3 150*	*2,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	28 511	28 947	43 344	44 307	2,2
davon: Umsatzsteuer	*19 441*	*19 836*	*29 347*	*30 300*	*3,2*
Öffentliche Abgaben brutto	57 043	58 803	88 204	89 510	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	20 202	21 306	31 328	31 888	1,8
Überweisungen an die Europäische Union	2 182	1 664	3 636	3 100	−14,7
Öffentliche Abgaben netto[3]	34 659	35 833	53 240	54 522	2,4

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*
[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*
[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

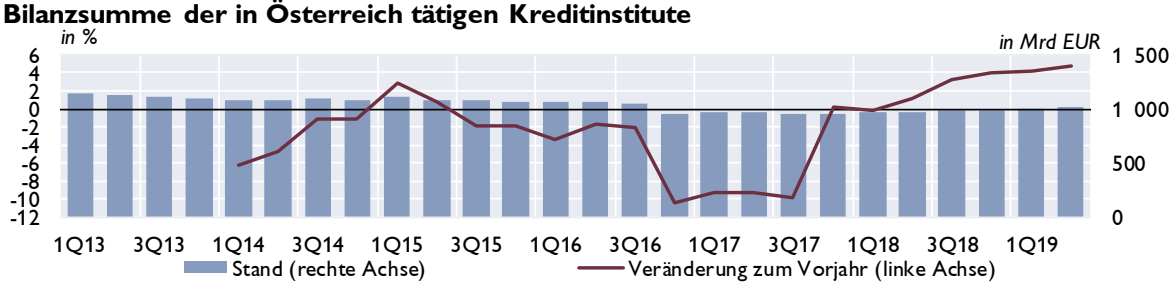
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert[1]

Vermögenslage	2. Quartal 2019	2. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	74 901	73 089	1 812	2,5
Darlehen und Kredite	729 198	684 833	44 365	6,5
Schuldverschreibungen	132 455	130 827	1 628	1,2
Eigenkapitalinstrumente	6 329	6 346	−17	−0,3
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	22 477	20 515	1 962	9,6
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 159	20 275	884	4,4
Materielle Vermögenswerte	12 091	16 965	−4 874	−28,7
Immaterielle Vermögenswerte	2 989	2 906	83	2,9
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	17 365	16 693	672	4,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 018 964	972 449	46 515	4,8
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	21 924	24 049	−2 125	−8,8
Einlagen von Kreditinstituten	111 500	106 264	5 236	4,9
Einlagen von Nichtbanken	595 036	565 658	29 378	5,2
Begebene Schuldverschreibungen	146 307	136 682	9 625	7,0
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	15 590	13 388	2 202	16,4
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	688	921	−233	−25,3
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital2)	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten2)	518	8 070	−7 552	−93,6
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	25 327	21 464	3 863	18,0
Rückstellungen	12 701	12 214	487	4,0
Eigenkapital und Minderheitenanteile	89 373	83 740	5 633	6,7
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis2)	−6 885	−5 966	−919	−15,4
*hievon: Minderheitenanteile	6 530	6 182	348	5,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 018 964	972 449	46 515	4,8

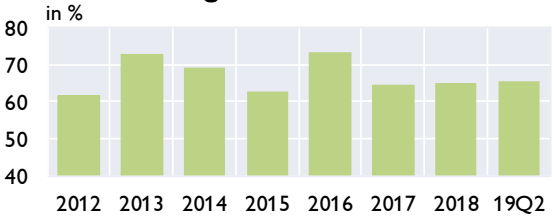
[1] *Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.*

[2] *Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.*

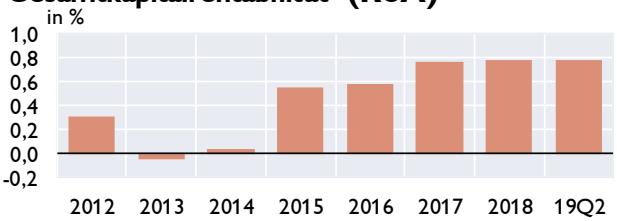
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.*

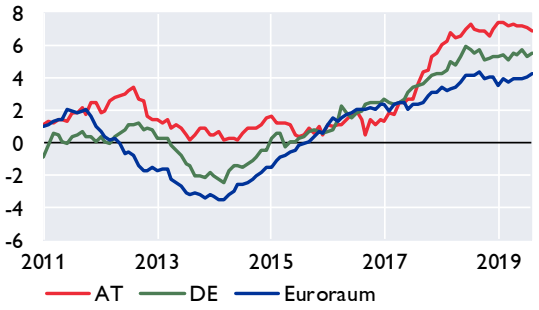
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2016	152,5	5 454	3,2	2,0	135,6	4 301	1,5	2,4
2017	156,4	5 604	3,1	2,9	143,8	4 315	5,5	3,2
2018	162,0	5 747	3,5	3,2	153,1	4 398	7,0	4,1
Nov.18	160,8	5 742	3,2	3,2	152,9	4 425	6,6	4,1
Dez.18	162,0	5 747	3,5	3,2	153,1	4 398	7,0	4,1
Jän.19	161,6	5 752	3,7	3,2	154,7	4 408	7,4	3,5
Feb.19	161,8	5 756	3,7	3,3	155,7	4 422	7,4	3,9
Mär.19	162,6	5 777	4,0	3,3	156,7	4 427	7,2	3,8
Apr.19	162,4	5 790	3,9	3,3	157,0	4 448	7,4	4,0
Mai.19	163,4	5 798	3,6	3,3	158,3	4 473	7,2	3,9
Jun.19	164,6	5 831	4,5	3,3	159,0	4 473	7,2	4,0
Jul.19	165,4	5 850	4,4	3,4	159,8	4 500	7,1	4,1
Aug.19	165,9	5 864	4,3	3,4	160,4	4 496	6,9	4,3

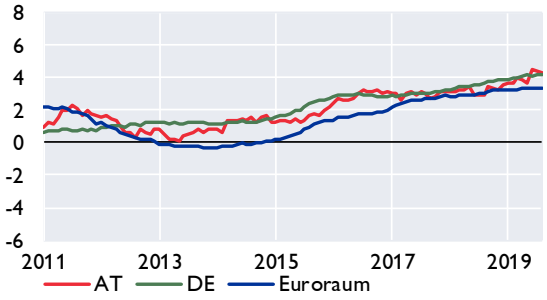
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



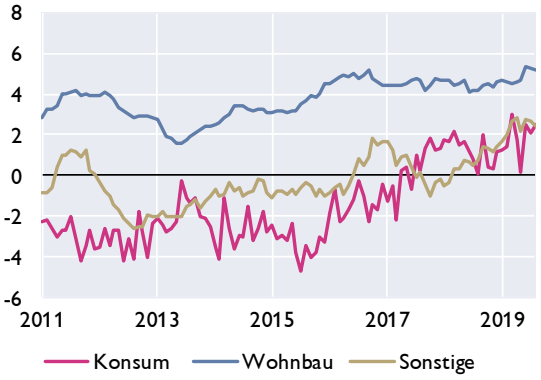
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



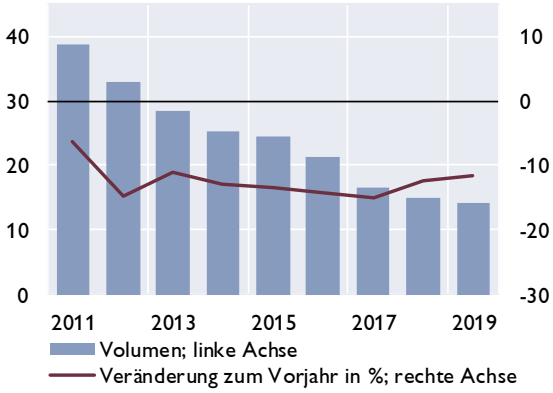
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

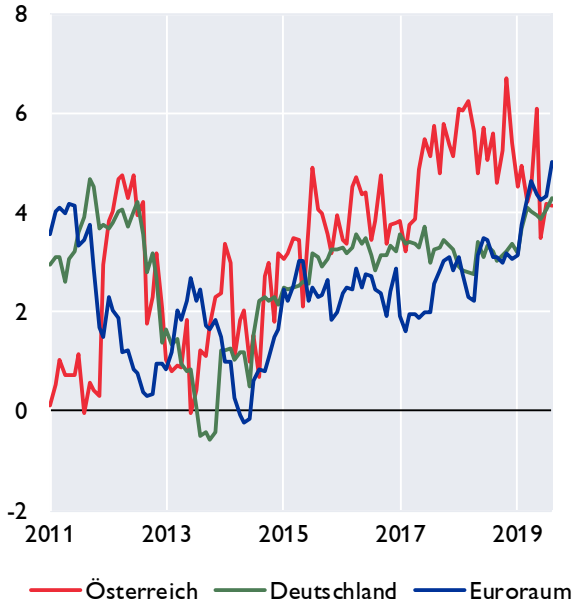


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

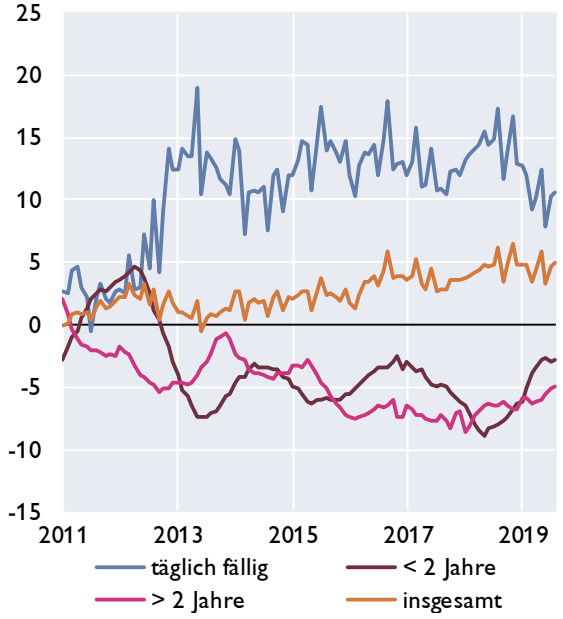
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



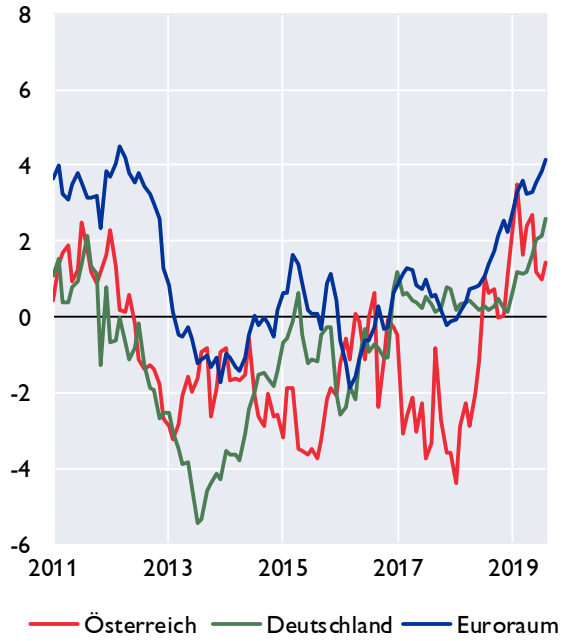
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



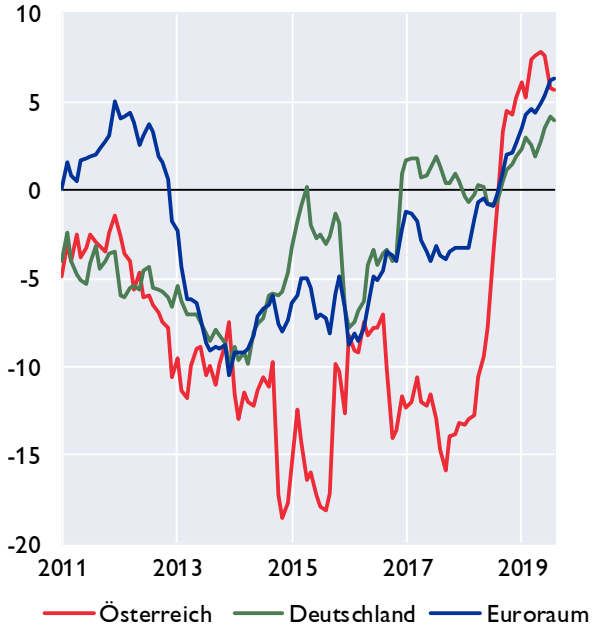
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

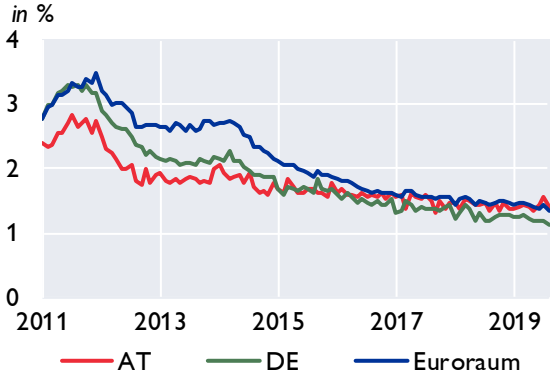


Quelle: OeNB, EZB

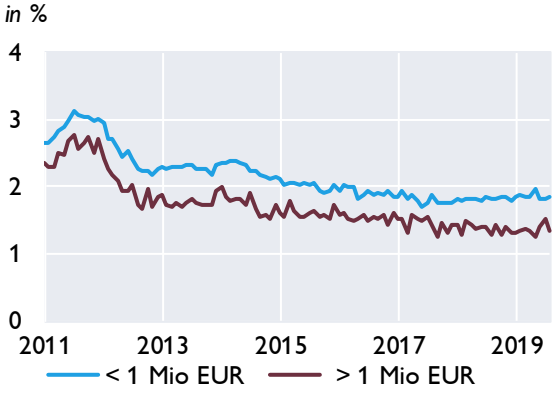
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

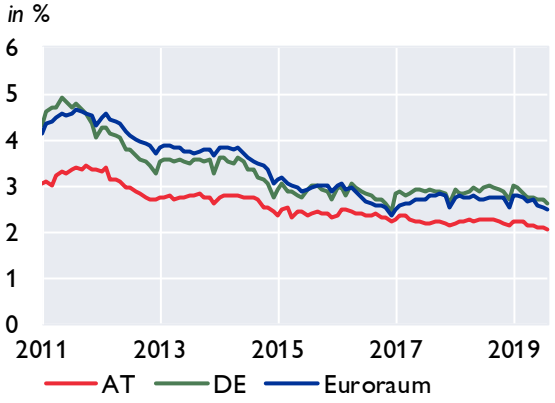


Nach Kredithöhe in Österreich

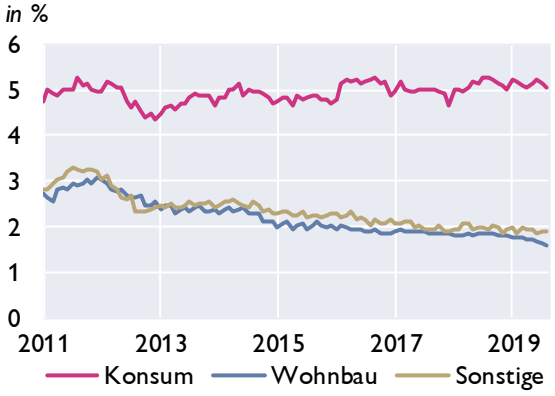


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

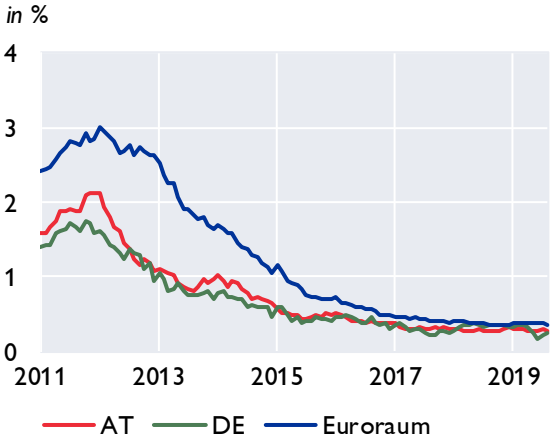


Nach Verwendungszweck in Österreich

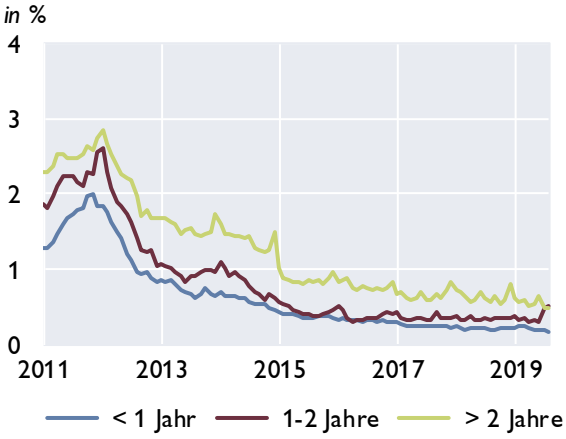


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert[1]

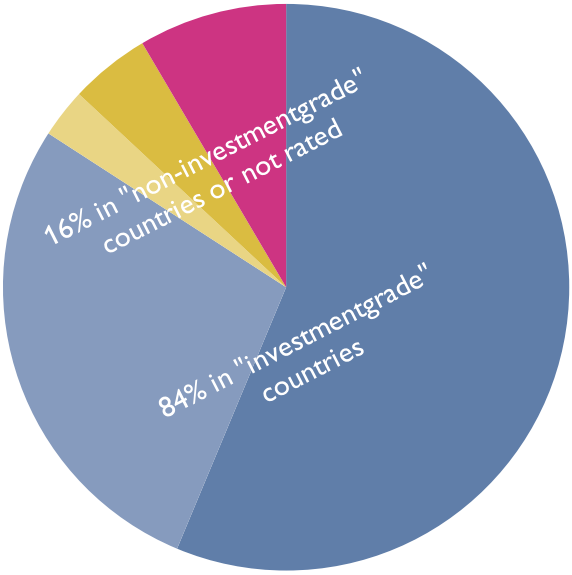
Ertragslage	2. Quartal 2019 in Mio EUR	2. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	7 681	7 484	197	2,6
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*11 979*	*11 709*	*270*	*2,3*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*4 298*	*4 225*	*73*	*1,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)2)	0	0	-	-
Dividendenerträge	321	305	16	5,2
Provisionsergebnis, netto	3 494	3 536	−42	−1,2
**hievon: Provisionserträge*	*4 648*	*4 756*	*−108*	*−2,3*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1 154*	*1 219*	*−65*	*−5,3*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	167	96	71	74,0
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−239	−449	210	46,8
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto2)	194	−53	247	466,0
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	373	689	−316	−45,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	3	6	−3	−50,0
Sonstige betriebliche Erträge	1 612	1 521	91	6,0
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1 510	1 459	51	3,5
Betriebserträge, netto	**12 097**	**11 677**	**420**	**3,6**
(Verwaltungsaufwendungen)	7 083	7 126	−43	−0,6
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*4 224*	*4 188*	*36*	*0,9*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*2 860*	*2 938*	*−78*	*−2,7*
(Abschreibungen)	646	522	124	23,8
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	36	7	29	414,3
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	138	73	65	89,0
Betriebsergebnis	**4 194**	**3 948**	**246**	**6,2**
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−71	−50	−21	−42,0
(Sonstige Rückstellungen)	113	−40	153	382,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	64	−127	191	150,4
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−13	1	−14	−1400,0
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	1	0	1	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	528	609	−81	−13,3
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen2)	1	−102	103	101,0
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS2)	8	−6	14	233,3
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**4 638**	**4 666**	**−28**	**−0,6**
(Ertragssteuern)	787	789	−2	−0,3
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**3 850**	**3 877**	**−27**	**−0,7**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	2	1	1	100,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern2)	3	14	−11	−78,6
(Minderheitenanteile)	334	299	35	11,7
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**3 521**	**3 592**	**−71**	**−2,0**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.

[1] *Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.*

[2] *Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.*

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019Q2
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47 001	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	79 306
Slowakei	25 093	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	34 492
Rumänien	25 778	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	25 734
Kroatien	22 038	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	18 007
Ungarn	18 109	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	17 818
Polen	17 017	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 644
Republik Serbien	4 865	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 015
Slowenien	8 079	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	6 448
Bulgarien	3 626	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 206
Bosnien Herzgowina	4 124	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 725
Republik Montenegro	865	392	346	405	811	892	923
Türkei	929	1011	889	924	859	737	563
Mazedonien	350	306	292	330	345	396	442
Aserbeidschan	144	247	239	293	267	244	222
Litauen	161	144	131	124	164	171	225
Lettland	126	53	77	132	119	140	129
Estland	50	51	14	17	14	14	11
Andere	23 411	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	20 457
Gesamt	201 768	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	226 368

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	13 236	*13 236*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 121
Bargeld	1 610	7 496	*7 443*	*0*	*19*	*34*	*0*	23 891	0	5 108
Täglich fällige Einlagen	58 100	126 411	*106 528*	*6 541*	*10 416*	*2 406*	*519*	159 377	5 965	97 501
Sonstige Einlagen	18 637	174 926	*162 242*	*1 085*	*10 725*	*415*	*460*	100 207	1 354	47 717
Kurzfristige Kredite	38 630	74 837	*68 947*	*4*	*4 905*	*971*	*9*	2 266	0	21 806
Langfristige Kredite	109 344	416 176	*388 266*	*190*	*22 485*	*5 220*	*15*	150	12	85 671
Handelskredite	54 906	75	*2*	*0*	*73*	*0*	*0*	1	2	19 747
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	108	2 440	*2 089*	*308*	*43*	*0*	*0*	1 872	0	11 141
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 348	317 461	*176 961*	*81 253*	*3 161*	*55 673*	*413*	27 502	1 292	311 116
Börsennotierte Aktien	25 805	55 042	*4 507*	*28 332*	*20 987*	*1 216*	*0*	25 381	812	51 442
Nicht börsennotierte Aktien	38 872	87 357	*23 641*	*171*	*55 743*	*7 768*	*34*	6 494	20	25 162
Investmentzertifikate	13 072	157 026	*16 177*	*60 248*	*22 493*	*35 504*	*22 603*	61 814	2 875	20 935
Sonstige Anteilsrechte	178 783	117 433	*28 345*	*1 904*	*82 615*	*4 570*	*0*	138 230	2 036	179 163
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	83 202	x	1 846
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2 365	4 389	*0*	*0*	*0*	*4 389*	*0*	3 010	0	2 083
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	46 513	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	12 432	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9 248	13 086	*6 049*	*6*	*5 689*	*1 024*	*318*	8 486	169	7 809
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	554 826	1 567 393	*1 004 433*	*180 042*	*239 356*	*119 190*	*24 371*	700 826	14 537	890 370
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	66	*66*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	46	1 238	*1 238*	*0*	*-8*	*8*	*0*	791	0	1 283
Täglich fällige Einlagen	3 740	5 314	*6 492*	*399*	*38*	*-1 245*	*-370*	11 818	335	2 139
Sonstige Einlagen	1 048	5 214	*3 883*	*-28*	*1 144*	*-85*	*299*	-3 752	-92	3 740
Kurzfristige Kredite	2 093	4 496	*2 861*	*-2*	*1 622*	*6*	*9*	104	0	353
Langfristige Kredite	6 561	22 003	*19 895*	*-6*	*1 990*	*125*	*0*	-55	0	-3 018
Handelskredite	4 935	-91	*-100*	*0*	*9*	*0*	*0*	0	1	1 051
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	74	525	*769*	*-253*	*34*	*-26*	*0*	422	-9	2 436
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	88	2 024	*4 210*	*-1 744*	*1*	*-475*	*32*	-609	-64	4 667
Börsennotierte Aktien	-674	1 431	*316*	*694*	*262*	*159*	*0*	814	9	433
Nicht börsennotierte Aktien	-574	128	*913*	*56*	*-1 032*	*190*	*0*	146	0	-21
Investmentzertifikate	138	410	*-222*	*-824*	*1 000*	*-117*	*573*	993	89	41
Sonstige Anteilsrechte	1 730	950	*145*	*-97*	*812*	*89*	*0*	675	9	1 693
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 297	x	-106
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	63	-264	*0*	*0*	*0*	*-264*	*0*	80	0	72
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	533	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 145	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-510	-2 392	*-1 259*	*33*	*-1 341*	*-23*	*198*	241	-9	-1 334
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	18 757	41 051	*39 207*	*-1 771*	*4 531*	*-1 657*	*740*	12 051	267	13 429
Nettogeldvermögen	-314 735	21 228	*20 605*	*-5 184*	*-4 792*	*9 149*	*1 448*	507 514	11 430	-26 617
Finanzierungssaldo	-2 595	6 282	*1 747*	*-1 453*	*4 135*	*1 593*	*260*	5 406	531	-10 983

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 121	*2 121*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	13 236
Bargeld	x	35 574	*35 574*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 623
Täglich fällige Einlagen	x	434 917	*434 917*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	31 639
Sonstige Einlagen	x	255 624	*255 624*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	96 374
Kurzfristige Kredite	48 242	10 808	*0*	*122*	*9 090*	*1 596*	*1*	9 442	437	67 719
Langfristige Kredite	272 373	30 131	*0*	*254*	*29 177*	*692*	*8*	181 744	2 457	120 023
Handelskredite	51 106	50	*0*	*0*	*50*	*0*	*0*	1	1	22 555
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	627	5 242	*5 169*	*x*	*73*	*0*	*0*	x	x	2 300
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	44 101	157 142	*139 592*	*0*	*14 167*	*3 383*	*0*	x	x	190 482
Börsennotierte Aktien	84 739	35 780	*25 838*	*x*	*4 525*	*5 417*	*x*	x	x	54 796
Nicht börsennotierte Aktien	36 957	65 466	*50 054*	*444*	*9 225*	*5 562*	*180*	x	x	78 179
Investmentzertifikate	x	184 339	*0*	*184 339*	*0*	*0*	*x*	x	x	81 941
Sonstige Anteilsrechte	298 571	183 396	*20 622*	*68*	*162 604*	*102*	*0*	x	12	138 867
Lebensversicherungsansprüche	x	80 515	*x*	*x*	*0*	*80 515*	*x*	x	x	4 533
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 351	*x*	*x*	*0*	*9 351*	*x*	x	x	2 496
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 148	33 239	*7 969*	*x*	*0*	*2 537*	*22 734*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	12 432	*0*	*0*	*12 432*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	19 698	10 039	*6 347*	*0*	*2 805*	*887*	*0*	2 125	200	9 223
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	869 561	1 546 166	*983 828*	*185 226*	*244 148*	*110 041*	*22 923*	193 312	3 107	916 987
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	66
Bargeld	x	3 368	*3 368*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-23
Täglich fällige Einlagen	x	15 500	*15 500*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 883
Sonstige Einlagen	x	5 169	*5 169*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 700
Kurzfristige Kredite	1 829	-2 548	*0*	*-47*	*-1 047*	*-1 448*	*-6*	-122	-31	7 488
Langfristige Kredite	10 831	-1 660	*0*	*50*	*-1 718*	*1*	*6*	7 002	146	8 267
Handelskredite	5 063	8	*0*	*0*	*8*	*0*	*0*	0	0	554
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-15	1 349	*1 329*	*x*	*20*	*0*	*0*	x	x	362
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	3 156	10 557	*10 421*	*x*	*832*	*-696*	*0*	x	x	31
Börsennotierte Aktien	581	137	*76*	*x*	*61*	*0*	*0*	x	x	1 298
Nicht börsennotierte Aktien	185	381	*446*	*x*	*-13*	*-20*	*0*	x	x	-880
Investmentzertifikate	x	-264	*0*	*-264*	*0*	*0*	*0*	x	x	2 356
Sonstige Anteilsrechte	191	3 819	*1 911*	*2*	*1 720*	*185*	*0*	x	1	995
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 631	*0*	*x*	*0*	*-1 631*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	246	*0*	*x*	*0*	*246*	*0*	x	x	-294
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-48	582	*-3*	*x*	*0*	*104*	*480*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 145	*0*	*0*	*1 145*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-421	-1 388	*-756*	*-27*	*-612*	*7*	*0*	-235	-380	-2 618
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	21 353	34 769	*37 460*	*-317*	*396*	*-3 250*	*480*	6 645	-263	24 412
Nettogeldvermögen	-314 735	21 228	*20 605*	*-5 184*	*-4 792*	*9 149*	*1 448*	507 514	11 430	-26 617
Finanzierungssaldo	-2 595	6 282	*1 747*	*-1 453*	*4 135*	*1 593*	*260*	5 406	531	-10 983

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*